

## 1. Ideologische Funktion und methodologische Grundlagen

Das siebente Jahrzehnt unseres Jahrhunderts steht im Zeichen von Veränderungen, die deutlicher als zuvor den Charakter unserer Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, sichtbar werden lassen. Den Erfolgen und Errungenschaften des realen Sozialismus stehen die Erscheinungen der sich vertiefenden Krise des Kapitalismus gegenüber. Die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegungen hat tiefgreifende Veränderungen der internationalen Beziehungen bewirkt. Der kalte Krieg des Imperialismus, seine Nachkriegspolitik der Stärke hat ein vollständiges Fiasko erlitten. „Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz bestimmen immer stärker die Normen im Zusammenleben von Staaten unterschiedlicher Ordnung.“<sup>1</sup>

Die DDR konnte, fest verbunden mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern, die vom Imperialismus verhängte diplomatische Blockade durchbrechen, wurde Mitglied der UNO und anderer internationaler Organisationen. Der Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD trug schließlich der Tatsache Rechnung, daß die nach 1945 auf deutschem Boden entstandenen beiden deutschen Staaten gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen einen Prozeß wirtschaftlicher, politischer und kultureller Abgrenzung durchlaufen haben. Während in der BRD die bürgerliche deutsche Nation fortbesteht, entwickelt sich in der DDR die sozialistische deutsche Nation.<sup>2</sup> Der Grundlagenvertrag war zugleich ein Indiz dafür, daß die in der Nachkriegsperiode betriebene aggressive sogenannte Deutschlandpolitik der Bundesrepublik gescheitert war, wollte man es nun zugeben oder nicht.

Die Alleinvertretungsanmaßung der BRD, die vom Kurato-[10]rium Unteilbares Deutschland erarbeiteten Pläne der Einverleibung der DDR in die Staats- und Gesellschaftsordnung der BRD, die revanchistischen Gebietsansprüche usw. erwiesen sich als nicht realisierbar. In den herrschenden Kreisen der BRD erfolgte unter dem Druck der internationalen Veränderungen ein widerspruchsvoller und komplizierter Umdenkungsprozeß. Langfristige Konzeptionen der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus wurden und werden ausgearbeitet, in deren Mittelpunkt Vorstellungen zur Infiltration, Erosion und „Liberalisierung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung von innen heraus, Vorstellungen vom „Wandel durch Annäherung“ usw. stehen. Damit verbunden war und ist die Verschärfung des ideologischen Kampfes des Imperialismus gegen die sozialistischen Länder und die revolutionäre Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern.

Der Machtapparat des Imperialismus zur ideologischen Einwirkung hat in seinem Umfang noch nie gekannte Ausmaße angenommen. Zugleich verstärken aggressive Kreise des Imperialismus, insbesondere in den USA und in der BRD, ihre Anstrengungen, die Entspannung durch die Forcierung des Wettrüstens zu unterlaufen und rückgängig zu machen. Die CDU/CSU in der BRD gibt zwar gezwungenermaßen Lippenbekenntnisse zu den zwischen der BRD und der DDR sowie der UdSSR, der VR Polen und der ČSSR abgeschlossenen Verträge ab. In Wirklichkeit läuft ihre politische Konzeption aber offensichtlich auf deren ganze oder teilweise Revision hinaus. Auch die sozialdemokratisch-liberale Regierungskoalition entwickelt zahlreiche Aktivitäten bzw. gibt Stellungnahmen an, die mit Geist und Buchstaben der mit der DDR und anderen sozialistischen Staaten abgeschlossenen Verträge nicht vereinbar sind und den Entspannungsprozeß hemmen. Das betrifft nicht nur Stellungnahmen bzw. Positionen hinsichtlich des Verhältnisses Westberlins zur BRD oder zu Provokationen an der Staatsgrenze der DDR, sondern auch staats- und völkerrechtliche Grundpositionen.

---

<sup>1</sup> Werner Lamberz auf der Konferenz des ZK der SED am 25/26. Mai 1977, in: Die weiteren Aufgaben der politischen Massenarbeit der Partei, Berlin 1977, S. 26.

<sup>2</sup> Dazu siehe: Alfred Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, Berlin 1976.

Am deutlichsten wird das in der von der Bundesregierung vollzogenen grundsätzlichen Anerkennung der sogenannten Rechtsauslegung des Grundlagenvertrages durch das Bundesverfassungsgericht vom 31. Juli 1973. Die sozialdemokratisch-liberale Regierungskoalition hält danach trotz des abgeschlossenen Grundlagenvertrages an folgenden Prinzipien bzw. Fiktionen fest:

- die angebliche Einheit der deutschen Nation besteht fort;
- es besteht eine allgemeine deutsche Staatsbürgerschaft, die Staatsbürgerschaft der DDR wird nicht anerkannt;
- die DDR werde nur staats-, nicht völkerrechtlich anerkannt; die Grenzen zwischen der DDR und der BRD tragen somit keinen völkerrechtlichen Charakter (das Bundesverfassungsgericht vergleicht sie sogar mit den Grenzen zwischen den Ländern der BRD);
- nach wie vor ist der angebliche Verfassungsauftrag zur sogenannten Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf dem Boden einer „freiheitlich-demokratischen Ordnung“ rechtswirksam.

Diese Positionen verbinden sich mit Kampagnen zur Verteufelung der DDR, in modifizierter Form zwar, aber doch noch ganz im Geiste und Stile des kalten Krieges. In seinem Interview mit der „Saarbrücker Zeitung“ wies der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, darauf hin, daß das mit Geist und Buchstaben der Schlußakte von Helsinki nicht vereinbar ist, denn diese enthalte weder „eine Wertung des kapitalistischen Systems der BRD noch der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR. Von der Verteufelung oder gar Abschaffung des Kommunismus ist dort keine Rede.“<sup>3</sup>

Der Prozeß der Entspannung und Normalisierung zwischen der DDR und der BRD wird auf diese Weise ernsthaft gehemmt. Aus diesen Tatsachen wird deutlich, daß die Wandlungen, die sich in der Politik der Regierung der BRD vollzogen haben, begrenzt sind. Es handelt sich um eine teils erzwungene, teils halbherzige Wende zu einer Entspannungspolitik, die einen Einschnitt, aber keine grundlegende Wende in den politischen Zielen der herrschenden Kreise der BRD gegenüber der DDR und den sozialistischen Bruderländern beinhaltet. In den Grundpositionen dominiert gegenüber den strategisch-taktischen Wandlungen die Kontinuität – von der Gründung der BRD bis heute. Die notwendigen Konsequenzen aus der Schlußakte von Helsinki und aus den Verträgen mit den sozialistischen Ländern werden nur teilweise und sehr zögernd gezogen. Es wird be- [12] wußt eine Kontinuität der Grundpositionen aufrechterhalten, die in der Zeit des kalten Krieges entwickelt worden sind.

Das findet auch im bürgerlichen Geschichtsbild der BRD über die Nachkriegsperiode, wie es in der BRD dominiert, seine Widerspiegelung. Die Veränderungen dieses Geschichtsbildes während der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre sind nicht unbeträchtlich. Wir werden darauf noch eingehen. Aber in seinen konzeptionellen Hauptleitlinien, Axiomen und Wertvorstellungen dominiert doch eindeutig die Kontinuität, vor allem was die Darstellung der vierziger und fünfziger Jahre der Nachkriegszeit betrifft. Es handelt sich dabei um eine Kontinuität besonderer Art, um eine Kontinuität mit dem von einem militanten und simplifizierenden Antikommunismus beherrschten Geschichtsbild mit ausgeprägter Verteufelungs- und Vernichtungsentention gegenüber dem historischen Fortschritt, den mit ihm verbundenen Kräften und der sozialistischen DDR. Wenn diese Art bürgerlichen Geschichtsbildes in der BRD eindeutig vorherrscht, so wirkt hier nach wie vor eine ideologische Potenz, die in ihrer bewußtseinsbildenden Wirkung gegen den Entspannungsprozeß und gegen eine wirkliche Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz gerichtet ist.

Worum es geht, ist kurz gesagt dies: Das bürgerliche Geschichtsbild oder die bürgerlichen Geschichtsbilder werden immer das bürgerliche Klasseninteresse reflektieren und hinsichtlich der neuesten Zeit unmittelbar die Politik der herrschenden Klassen oder bestimmter Klassenfraktionen historisch legitimieren. Und jedes dieser Geschichtsbilder steht infolge dieser politischen Bindung und seiner unwissenschaftlichen methodologischen Grundlagen, auf die wir noch ausführlicher eingehen

---

<sup>3</sup> Interview des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit der „Saarbrücker Zeitung“, in: Dokumente zur Politik der DDR, Berlin 1977/2, S. 8.

werden, in einer unaufhebbarer Diskrepanz zu den objektiven historischen Prozessen. Aber so wenig es im Interesse von Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt gleichgültig ist, wie und in welchen Formen, mit welcher Politik bürgerliches Klasseninteresse wahrgenommen wird, so wenig ist es gleichgültig, mit welchem Geschichtsbild bürgerliches Klasseninteresse reflektiert wird – ob eine der Aggression oder eine der Entspannung verpflichtete bürgerliche Politik historisch legitimiert und ideologisch gestützt werden soll. Darüber hinaus ist es natürlich in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und [13] Sozialismus notwendig, jedes bürgerliche Geschichtsbild einer prinzipiellen Kritik zu unterziehen, die Wissenschaftlichkeit des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes in der Auseinandersetzung nachzuweisen und es zu verbreiten.

Dem Geschichtsbild über die Nachkriegszeit wurde in der BRD, von der Zeit ihrer Entstehung als Produkt des kalten Krieges an, immer eine große politische Bedeutung beigemessen. Ging und geht es dabei doch vor allem um solche Grundfragen, wie die Legitimierung der Entstehung und Entwicklung der BRD und ihrer Politik, ihre Absicherung gegen systemverändernde Tendenzen und ihre Immunisierung gegen die Einflüsse der entstehenden und sich entwickelnden sozialistischen DDR einerseits, um die ideologische Einwirkung auf die Bevölkerung der DDR andererseits im Sinne der sogenannten Deutschlandpolitik der BRD.

Die Auseinandersetzung mit diesem Geschichtsbild, die Analyse seiner Grundlagen, Methoden und Leitlinien, der Nachweis seines Klassencharakters und seiner politischen Bindung, die Entlarvung der unter diesem Geschichtsbild vollzogenen Geschichtsfälschung spezifischer Art ist deshalb nicht nur eine die Geschichtsschreibung interessierende Problematik, sondern sie ist von allgemeiner ideologisch-politischer Bedeutung. Wenn die obengenannten Positionen des Bundesverfassungsgerichts und die Verteufelungskampagnen gegen die DDR wesentlich durch das bürgerliche Geschichtsbild der BRD über die Nachkriegsperiode begründet und gerechtfertigt werden, so bedarf ihre Widerlegung nicht zuletzt der Kritik eben jenes Geschichtsbildes von den Positionen eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes aus. Der historische Platz der Nachkriegsperiode von 1945 bis 1949 erhellt ihre politische Bedeutung. In dieser Zeit wurde auf deutschem Boden – in Wechselwirkung mit internationalen Entwicklungsprozessen – über historische Alternativen entschieden; die Weichen für die folgende Entwicklung wurden gestellt. Einer der führenden bürgerlichen Historiker der BRD auf dem Gebiet der Nachkriegsgeschichte, H.-P. Schwarz, hebt in diesem Zusammenhang hervor: „Daß die Übergangsperiode der Jahre 1945 bis 1949 der Bundesrepublik Deutschland ihren Stempel aufgedrückt hat... Tragende Strukturelemente und Bewußtseinsorientierungen, die den Lebensweg des westdeutschen Staates bestimmen sollten, sind damals ausgeformt wor-[14]den – die Rahmenbedingungen des internationalen Systems ebenso wie die vorherrschenden außenpolitischen Orientierungen in Deutschland selbst, die Strukturen der politischen Grundordnung, aber auch konstitutive Elemente der Wirtschaftsordnung. So dürfte die paradoxe Formulierung nicht zu überspitzt sein, daß die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einem Gutteil vorentschieden wurde, bevor diese überhaupt ans Licht der Welt trat.“<sup>4</sup>

Das ist der eine Bezug – den entscheidenden anderen klammert Schwarz geflissentlich aus. Es ist die Beseitigung des Kapitalismus in Ostdeutschland, die Entstehung und erfolgreiche, irreversible Entwicklung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden als fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die mit der Entstehung und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems verbundene Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus war und ist für die Bourgeoisie der BRD – unmittelbar konfrontiert mit dem sozialistischen deutschen Staat – mit einer von ihr durchaus empfundenen besonderen Gefährdungsproblematik verbunden. Das schlägt sich auch und gerade im bürgerlichen Geschichtsbild von den Entscheidungsjahren 1945 bis 1949 nieder. Dem Geschichtsbild über die Entwicklung in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg wird von den herrschenden Kreisen in der BRD große Bedeutung zugemessen, und es werden demzufolge große Anstrengungen unternommen, es gemäß den Klasseninteressen der Bourgeoisie und der Staatsräson der BRD zu formen.

---

<sup>4</sup> Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Die zweite Republik, Stuttgart 1974, S. 27.

Mit dem Geschichtsbild der Jahre 1945 bis 1949 geht es den herrschenden Kreisen der BRD einerseits um die historische und demokratische Legitimierung ihres Weges vom Deutschen Reich zur BRD, der Grundlagen der Staats- und Gesellschaftsordnung der BRD und ihrer politischen Wert- und Zielvorstellungen. Es geht um die Verschleierung der damit verbundenen Spaltung Deutschlands durch den Imperialismus und der Restauration der wirtschaftlichen, politischen und schließlich militärischen Macht des deutschen Imperialismus. Es geht andererseits darum, das Geschichtsbild zur „Immunsierung“ der Werktätigen gegen den historischen Fortschritt zu benutzen, die Beseitigung von Faschismus und Militarismus, die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen zu diffamieren, insbesondere die [15] entscheidende politische Kraft, die SED, und einen Nachvollzug dieses „abschreckenden Beispiels“ in heute noch kapitalistischen Ländern zu verhindern, der DDR einen angeblich historisch begründeten Mangel an Legitimität nachzuweisen und dies für ihre Verteufelung in der ideologischen Auseinandersetzung in Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen.

Ein solches Unterfangen verlangt zwangsläufig eine rigorose Vergewaltigung des objektiven historischen Prozesses. Diese Vergewaltigung geschieht natürlich nicht immer vordergründig, denn dann wäre sie leicht zu entlarven und wenig wirksam. Sie geschieht deshalb vielmehr mittels eines komplizierten methodischen Arsenal, mittels Thesen und Konzeptionen, die dem marxistisch nicht geschulten Leser oft plausibel erscheinen und deshalb ihre Wirkung nicht verfehlen.

Das bürgerliche Geschichtsbild über den Zeitabschnitt 1945 bis 1949 ist Produkt bürgerlicher Geschichtsschreibung der BRD und darüber hinaus der politischen Wissenschaften. Es ist nicht nur Bestandteil eines umfassenden bürgerlichen Geschichtsbildes der Neuzeit und der Geschichte der BRD und der DDR, sondern vor allem Produkt allgemeiner bürgerlicher historisch-politischer Konzeptionen, Geschichts- und Gesellschaftstheorien und der bürgerlichen Wissenschaftsmethodologie. In diesem Geschichtsbild kommt die Grundlagenkrise bürgerlicher Geschichtsschreibung und anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen in unserer Epoche besonders deutlich zum Ausdruck. Diese Grundlagenkrise entstand 1945 und trat seit Mitte der sechziger Jahre in neue Phasen ein.<sup>5</sup> Sie fand ihren Niederschlag auch im bürgerlichen Geschichtsbild der Nachkriegsjahre. Dieses Geschichtsbild erschien in den fünfziger Jahren sowohl in speziellen Darstellungen als auch als Bestandteil bzw. Endpunkt umfassender Geschichtsdarstellungen. Historiker, Politikwissenschaftler, politische Publizisten bzw. Politiker, insbesondere auch Renegaten und bürgerliche Schulbuchautoren entwickelten dieses Geschichtsbild, deren unmittelbares politisches Engagement besonders deutlich hervortrat.<sup>6</sup>

Diese Darstellungen trugen weitgehend den Charakter direkter und unmittelbarer Apologien der antisowjetischen Politik der Westmächte und der von Adenauer und Schumacher repräsentierten deutschen Nachkriegspolitik. Man stützte sich weitgehend direkt auf die von ihnen und von konformen Politikern [16] in der Klassenauseinandersetzung entwickelten Vorstellungen und im Geiste des kalten Krieges gegebenen Interpretationen. Das führte soweit, daß die Geschichte und Entstehungsgeschichte der DDR, die ja gemäß dem Bonner Alleinvertretungsanspruch bzw. der Annexionsdoktrin nicht existierte, auch im Geschichtsbild kaum berücksichtigt wurde.

---

<sup>5</sup> Siehe hierzu: Gerhard Lozek/Helmut Meier/Hans Schleier, Zur Kritik der geschichtstheoretischen Grundlagen der bürgerlichen Geschichtsschreibung, in: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, 3., neubearb. und erw. Aufl., Berlin 1977, S. 136 ff.

<sup>6</sup> Genannt seien: Wilhelm Cornides, Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945-1955, Tübingen und Stuttgart 1957; Horst Duhnke, Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone, Köln 1955; Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln/(West-)Berlin 1955; Volkmar von Löwenstein-Zühlsdorff, Deutschlands Schicksal 1945 bis 1957, Bonn 1957; Richard Lukas, 10 Jahre sowjetische Besatzungszone, Mainz 1955; Boris Meissner, Rußland, die Westmächte und Deutschland, Hamburg 1953; Ullrich Rühmland, Mitteldeutschland – „Moskaus westliche Provinz“. Zehn Jahre Sowjetstaat, Stuttgart 1959; Ernst Richert, Macht ohne Mandat, Köln/Opladen 1958; Die Sowjetisierung Ost-Mittel-Europas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern, im Auftrage des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates hrsg. von Ernst Birke und Rudolf Neumann unter Mitwirkung von Eugen Lemberg, Frankfurt (Main) 1953; Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei. Funktion und Situation der SED, Köln 1954; Richard Thilenius, Die Teilung Deutschlands. Eine zeitgeschichtliche Analyse, Hamburg 1957.

Die Beschäftigung mit der Geschichte der Entstehung und Entwicklung der DDR war, wie Ernst Deuerlein 1971 rückblickend feststellte, „von der Überzeugung bestimmt, es handle sich um eine rasch überwindbare Episode der deutschen Entwicklung ...“<sup>7</sup> Das heißt, die bürgerlichen Historiker und Politologen, die sich mit der Nachkriegsgeschichte beschäftigten, teilten die Illusionen, aber mehr noch die aggressiven Zielsetzungen der bundesdeutschen Politik, die darauf abzielten, den „Tag X“ auszulösen und die DDR zu liquidieren.

In seiner Entstehungsphase wurde das bürgerliche Geschichtsbild der Jahre 1945 bis 1949 von den theoretisch-methodologischen Grundlagen des traditionellen deutschen Historismus aus geformt sowie von den in der BRD anfangs stark von ihm beeinflussten politischen Wissenschaften.<sup>8</sup> Von daher wurde der Blickwinkel dieses Geschichtsbildes grundsätzlich auf Staats- und Außenpolitik (bzw. in Modernisierung auf internationale Politik im Sinne von Machtpolitik) und das Handeln von Persönlichkeiten sowie auf Fragen des Verwaltungsaufbaus von den Ländern zum Bund, der Parteiengeschichte unter dem Aspekt der Installierung und des Funktionierens des politischen Systems ausgerichtet und eingengt. Der „Machtkonflikt“ zwischen den Westmächten und der UdSSR wurde nicht als Konflikt von Gesellschaftssystemen, sondern von politischen Ordnungsvorstellungen interpretiert – natürlich mit eindeutiger Parteinahme für den Westen und unter Verketzerung der sowjetischen Politik.

Als Hauptkomponenten dieser Geschichtsdarstellungen traten die antikommunistische „Totalitarismus“-Doktrin und eine spezifische Variante der imperialistischen Europa- bzw. Abendland-Ideologie hervor, die darauf ausgerichtet war, das Einschwenken der deutschen Bourgeoisie auf eine Westorientierung, den Versuch ihrer „Aussöhnung“ mit den imperialistischen Siegermächten bzw. den Versuch der Schaffung einer „atlantischen Gemeinschaft“ historisch zu untermauern und zu legitimieren, und damit zugleich am restaurativen Täuschungsmanöver der Adenauer und Konsorten mitzuarbeiten, die vorgaben, eine geschichtliche Wende vollzogen zu haben bzw. vollziehen zu wollen. Die gesellschaftlichen Grundlagen bzw. Bezüge dieses Geschichtsbildes, das bis Mitte der sechziger Jahre dominierte, waren wenig ausgeprägt. Es verfügte nicht über eine solche allgemein anerkannte bürgerliche Gesellschaftslehre, wie sie sich seit Mitte der sechziger Jahre mit der Lehre von der Industriegesellschaft auch in der BRD durchsetzte. Der Gegensatz zwischen kapitalistischer und sozialistischer Staats- und Gesellschaftsordnung erschien in diesem Geschichtsbild lediglich in seiner durch das Prisma der „Totalitarismus“-Doktrin gebrochenen Form der Entgegensetzung von „freiheitlich-demokratischer“ und „totalitärer“ Gesellschaftsordnung bzw. von „freier“ Wirtschaft und „kollektivistischer“ „Kommando“- oder „Zwangs“wirtschaft.

Wenn in jener Zeit solche damals führenden Exponenten der Geschichtswissenschaft der BRD, wie Gerhard Ritter und Hans Rothfels, nicht mit umfassenden Darstellungen zur Nachkriegsgeschichte hervortraten, so bedeutete das nicht, daß sie keinen Einfluß auf die Gestaltung des Nachkriegsgeschichtsbildes hatten. Ganz im Gegenteil – sie engagierten sich besonders bei der Entwicklung der historisch-politischen Konzeption und der Komponenten des Geschichtsbildes der Neuzeit und der neuesten Zeit und damit auch des Nachkriegsgeschichtsbildes.<sup>9</sup> Mit seinen „Zeitgeschichtlichen Betrachtungen“<sup>10</sup> und anderen Arbeiten leistete Rothfels auch einen unmittelbaren Beitrag zur konzeptionellen Bewältigung der Nachkriegsproblematik im Klasseninteresse der Großbourgeoisie der BRD.<sup>11</sup>

---

<sup>7</sup> Ernst Deuerlein (Hrsg.), DDR 1945-1970. Geschichte und Bestandsaufnahme, 3., durchges. und wesentlich erw. Aufl., München 1971, S. 9.

<sup>8</sup> Siegfried Petersen, Bürgerliche „Politische Wissenschaft“ und Zeitgeschichtsschreibung. Zur bürgerlichen Parteienlehre und -darstellung in der BRD, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), H. 7/1976, S. 749 ff.

<sup>9</sup> Siehe zum Beispiel Gerhard Ritter, Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute, München 1962.

<sup>10</sup> Hans Rothfels, Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Vorträge und Aufsätze, Göttingen 1959.

<sup>11</sup> Bezeichnend z. B. das folgende revanchistische Engagement von Rothfels, Schieder u. a.: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in Verbindung mit Adolf Distelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, bearbeitet von Theodor Schieder, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 5 Bd., Bonn 1953-1960.

Mitte der sechziger Jahre begann eine neue Entwicklungsphase der Geschichtsschreibung der BRD, in der sich ihre Grundlagenkrise ausweitete.<sup>12</sup> Diese neue Phase stand im engsten Zusammenhang mit der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Der Sozialismus hatte in der Sowjetunion endgültig gesiegt. In den meisten sozialistischen Ländern waren die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus erfolgreich bewältigt worden. Der Sozialismus konnte sich nun auf seinen eigenen Grundlagen entwickeln und immer besser seine Vorzüge entfalten, seine Über-[18]legenheit über den Kapitalismus demonstrieren. Das sozialistische Weltssystem hatte sich zur einflußreichsten, stärksten politischen Kraft in der internationalen Arena entwickelt. Die Sowjetunion hatte den ersten bemannten Raumflug durchgeführt. Der Traum von einer erfolgreichen Politik der Stärke, vom „Roll-back“ des Sozialismus war endgültig ausgeträumt. Die bisherige imperialistische Politik der BRD, vor allem ihre sogenannte Deutschland- und Ostpolitik, hatte völlig bankrott gemacht. Auch der Bankrott des mit dieser Politik untrennbar verknüpften Nachkriegsgeschichtsbildes war nicht mehr aufzuhalten. Seine Diskrepanz zur historischen Wahrheit trat auch für breite Kreise der BRD, insbesondere für die Jugend, immer offener zutage. Die Sozialwissenschaften gewannen an Boden, die Legitimation bürgerlicher Geschichtsschreibung wurde weithin in Frage gestellt.<sup>13</sup> Hinzu kam, gerade in bezug auf die Nachkriegsgeschichte, die Ausstrahlung des von der marxistischen Geschichtsschreibung vermittelten Geschichtsbildes, wobei insbesondere das im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“<sup>14</sup> und in der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“<sup>15</sup> entwickelte geschlossene marxistisch-leninistische Geschichtsbild seine Wirkung tat. Man konnte nun nicht mehr an den Ergebnissen der marxistischen Geschichtswissenschaft vorbeiarbeiten wie bisher. Das hatte vor allem auch methodologische Rück- und Auswirkungen. Die Historiographie der BRD entdeckte ihr Interesse für die Geschichte der Arbeiterklasse bzw. für die Sozialgeschichte. Neue Disziplinen wie die Kommunismusforschung<sup>16</sup> und Sowjetologie und schließlich die DDRologie machten der Geschichtsschreibung auf dem Gebiet der neuesten Geschichte Konkurrenz. Die bürgerliche Geschichtsschreibung unternahm verstärkte Anstrengungen zur Anpassung an die neuen Bedingungen und Anforderungen, zur Modernisierung ihrer Disziplin. Die strukturorientierte Sozialgeschichtsschreibung wurde als Pendant zur politischen Geschichtsschreibung entwickelt, ohne deren Grundprinzipien in Frage zu stellen. Man wandte sich verstärkt Problemen der Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft zu. Der Methodenpluralismus wurde zum Hauptprinzip einer angeblich modernen Geschichtswissenschaft stilisiert, wobei in verstärktem Maße die mehr pragmatische Historiographie der westlichen Länder mit ihrem „methodolo-[19]gisch gegebenen Eklektizismus“<sup>17</sup> rezipiert wurde. Zum Teil und bis zu einem gewissen Grade wurden selbst marxistische Problemstellungen und Begriffe aufgegriffen. Das zeigte sich auch in bezug auf die Nachkriegsgeschichte – allerdings mit wesentlichen Einschränkungen.

Als gesellschaftstheoretische und historisch-politische Grundkonzeption des „modernisierten“ Geschichtsbildes, wie es seit Mitte der sechziger Jahre hervortritt, avancierte die Lehre von der

---

<sup>12</sup> Hierzu besonders Unbewältigte Vergangenheit, a. a. O., Kap. II; [Hans Schleier, Theorie der Geschichte – Theorie der Geschichtswissenschaft. Zu neueren theoretisch-methodologischen Arbeiten der Geschichtsschreibung in der BRD \(Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, hrsg. von Manfred Buhr \(im folgenden: Kritik-Reihe\), Bd. 60, Berlin 1975; Hans Schulze, Sozialdemokratismus zwischen Entideologisierung und Reideologisierung, Kritik-Reihe, Bd. 28, Berlin 1973; Herbert Crüger, Der Verlust des Objektiven. Zum Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart in der historischen Erkenntnis, Kritik-Reihe, Bd. 59, Berlin 1975.](#)

<sup>13</sup> Aus bürgerlicher Sicht siehe: Arnold Sywottek, Geschichtswissenschaft in der Legitimationskrise. Ein Überblick über die Diskussion um Theorie und Didaktik der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland 1969-1973, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Institut für Sozialgeschichte Braunschweig/Bonn, Beiheft 1, Bonn-Bad Godesberg 1974.

<sup>14</sup> Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963

<sup>15</sup> Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bde. 6 bis 8, Berlin 1966.

<sup>16</sup> Kurt Zeisler, Genesis und Funktion der gegenwärtigen imperialistischen „Kommunismusforschung“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), H. 10/1973, S. 1157 ff.

<sup>17</sup> Unbewältigte Vergangenheit, a. a. O., S. 145; Dieter Bergner/Reinhard Mocek, Bürgerliche Gesellschaftstheorien. Studien zu den weltanschaulichen Grundlagen und ideologischen Funktionen bürgerlicher Gesellschaftsauffassungen, Berlin 1976, S. 203 ff.

Industriegesellschaft.<sup>18</sup> Als historiographische und geschichtsideologische Hauptkomponenten traten hervor

- eine modifizierte Totalitarismus-Doktrin
- die bürgerliche Integrationskonzeption
- die Pluralismustheorie
- die imperialistische „Europa-Ideologie“
- der bürgerliche Nationalismus.<sup>19</sup>

Auf dieser Grundlage bzw. mit der Umsetzung dieser konzeptionellen Leitlinien veränderte sich auch das bürgerliche Geschichtsbild der BRD für die Nachkriegszeit bzw. für den Zeitabschnitt von 1945 bis 1949. Es erfolgte – in bestimmten Grenzen – eine kritische Aufarbeitung der Adenauer-Ära bzw. der Geschichte der westlichen Besatzungszonen. Nicht zuletzt unter der unmittelbaren Einwirkung von Arbeiten bürgerlicher Autoren aus anderen Ländern, insbesondere aus den USA<sup>20</sup>, wurde auch die Europa- und Deutschlandpolitik der Westmächte differenzierter, unter Einbeziehung gesellschaftspolitischer Aspekte, dargestellt. In jüngster Zeit wurde damit begonnen, die bisher „vergessene“ innere Entwicklung der westlichen Besatzungszonen aufzuarbeiten – ebenfalls unter Einbeziehung gesellschaftspolitischer Grundfragen.<sup>21</sup> Unter dem Einfluß marxistischer Arbeiten wird die Restaurationsproblematik aufgegriffen und eine explizite Auseinandersetzung dazu geführt<sup>22</sup> – bisher allerdings noch nicht in größeren Darstellungen. Die antisowjetische Argumentation bei der Behandlung der Europa- und Deutschlandpolitik wird nicht mehr so plump, sondern raffinierter entwickelt. Auch die Behandlung von KPD und SED erfolgt differenzierter. Man gibt sich mehr Mühe in der Argumentation, man macht Teilzugeständnisse wie etwa dieses: Die Politik der KPD und der SED sowie der SMAD (Sowjetische Militär-[20]administration in Deutschland) sei in gewisser Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen erfolgt usw. usf. Eine stärker soziologisch orientierte Betrachtungsweise historischer Komponenten, wie sie insbesondere die DDRologie entwickelte, ließ gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen deutlicher ins Blickfeld geraten.<sup>23</sup> Ein Teil der jüngeren Historiker und Politikwissenschaftler zeigt einen spürbaren Drang nach höherer Realitätsbezogenheit<sup>24</sup>, und in einigen Fällen dürfte noch unentschieden sein, wie weit sich dieser Drang in den bisherigen Rahmen der bürgerlichen Geschichtsschreibung fest integrieren läßt. Es gibt bereits bemerkenswerte Bestrebungen in der BRD, die Nachkriegsgeschichte, oder besser die Entstehungsgeschichte der BRD, von antiimperialistisch-demokratischen

---

<sup>18</sup> Siehe hierzu: Unbewältigte Vergangenheit, a. a. O., S. 16 ff.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 38 ff.

<sup>20</sup> Zum Beispiel John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland, 1945-1949, Frankfurt (Main) 1971; John Dornberg, Deutschlands andere Hälfte. Profil und Charakter der DDR, Wien 1969.

<sup>21</sup> Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-1949, Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 137), München 1976; siehe auch: die Anlage und Auswahl der geplanten mehrbändigen Quellenedition: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 1: September 1945 bis Dezember 1946, bearbeitet von Walter Vogel und Christoph Weisz, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, München/Wien, dessen erster Band 1976 erschienen ist; Günter Trittel, Die Bodenreform in der britischen Zone 1945-1949, Stuttgart 1975.

<sup>22</sup> Siehe insbesondere Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974.

<sup>23</sup> Siehe z. B. Werner Bröll/Wolfgang Heisenberg/Winfried Sühlo, Das andere Deutschland, 3. Aufl., München/Wien 1971; Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1971; Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1972; Dietrich Storbeck, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland, Berlin 1964.

<sup>24</sup> Siehe z. B. Werner Abelshausen, Wirtschaft in Westdeutschland 1945 bis 1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975; Manfred Dörr, Restauration oder Demokratisierung? Zur Verfassungspolitik in Hessen 1945/1946, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 2 (1971), S. 99-122; Wilhard Grünwald, Die Münchner Ministerpräsidentenkonferenz 1945. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens, Meisenheim am Glan 1971; Peter Hüttenberger, Die Anfänge der Gesellschaftspolitik in der britischen Zone, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 21 (1973), S. 171-176; Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt (Main) 1972; Karlheinz Nieclauß, Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik 1945-1949, München 1974; Günter Plum, Versuche gesellschaftspolitischer Neuordnung. Ihr Scheitern im Kräftefeld deutscher und alliierter Politik, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-1949, a. a. O., S. 90-117.

und fortschrittlichen, zum Teil sozialistisch-reformistischen<sup>25</sup> bzw. auch linksradikalen Positionen aus aufzuarbeiten.<sup>26</sup>

Ein wesentlicher Fortschritt seit Mitte der sechziger Jahre besteht nicht zuletzt darin, daß es der marxistischen Geschichtsschreibung auf dem Gebiet der Nachkriegsgeschichte gelungen ist, sowohl auf dem Büchermarkt<sup>27</sup> als auch an einigen Universitäten Positionen und Einfluß zu gewinnen.

Die Anpassungs- und Modernisierungsbestrebungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung konnten und können ihre Grundlagenkrise jedoch nicht grundsätzlich beheben, denn sie verbleiben innerhalb der Grenzen, die vom bürgerlichen Klasseninteresse determiniert und von der bürgerlichen Wissenschaftsmethodologie abgesteckt wurden: dem philosophischen Subjektivismus, der Ablehnung einer Theorie der Geschichte, historischer Gesetzmäßigkeiten und des Determinismus, der Negierung der historischen Mission der Arbeiterklasse, der Verfälschung des realen Sozialismus usw. Die Grundpositionen des bürgerlichen Historismus wurden also nicht überwunden, sondern in modifizierter, „modernisierter“ Form im Rahmen des Methodenpluralismus weitgehend bewahrt. Dennoch war und ist nicht zu übersehen, daß die der bürgerlichen Geschichtsschreibung immanente Diskrepanz zum objektiven historischen Prozeß und zur historischen Wahrheit teilweise verringert bzw. auf neue, geschicktere Weise verschleiert werden konnte. Die bürgerliche Geschichtsschreibung ist wieder wirksamer geworden, sie hat verlorengegangene Positionen im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb zum Teil zurückerlangt. Aber die Selbstgefälligkeit und antikommunistische Selbstsicherheit der führenden Historiker und Politikwissenschaftler bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Provenienz der BRD der fünfziger Jahre ist dahin, wie zum Beispiel Äußerungen in einem repräsentativen Sammelband<sup>28</sup> zeigen. Er wurde zum 25. Jahrestag der BRD mit dem Ziel herausgegeben, die alten Grundpositionen des bürgerlichen Nachkriegsgeschichtsbildes mit flexibleren Methoden und in angestrenzter Auseinandersetzung mit dem marxistischen Geschichtsbild bzw. mit allen demokratisch-alternativen Ansätzen zu verteidigen.

Manfred Hättich, Professor für politische Wissenschaften an der Universität München, formuliert in diesem Sammelband die Befürchtung, „daß es in zunehmendem Maße gelingt, große Teile der Bevölkerung in der Bewertung des ökonomischen Systems zu verunsichern“<sup>29</sup>, Und Hans-Peter Schwarz, ein der CDU nahestehender führender Exponent dieser Geschichtsdarstellung, beklagt sich im gleichen Band: „Was in einem Großteil der derzeitigen öffentlichen Meinungsbildung tonangebend ist, arbeitet an der Destruktion des geschichtlichen Bewußtseins“<sup>30</sup> – sprich des antikommunistisch-bürgerlichen Geschichtsbildes. „Doch noch überwiegen in der Forschung nicht die Arbeiten jener Autoren, die das 1948/49 eingerichtete internationale, gesellschaftliche und politische System in Frage stellen.“<sup>31</sup> Veränderungen, Modernisierungen des bürgerlichen Nachkriegsgeschichtsbildes, die aufmerksam festzuhalten sind, haben ihre sehr eng gezogenen Grenzen. Es geht im Grunde um Veränderungen unter Beibehaltung der Konstanten dieses Geschichtsbildes, oder besser, um Veränderungen mit dem Ziel, diese Konstanten mit neuartiger Optik wieder attraktiv und ideologisch

---

<sup>25</sup> Das betrifft insbesondere Darstellungen, die der Arbeiterbewegung nahe bzw. mit ihr in Verbindung stehen. Siehe z. B.: Wolfgang Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt (Main) 1964; Hans-Hermann Hartwich, *Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo* (Schriften zur politischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Bd. 1), Köln und Opladen 1970; Theo Pirker, *Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland*, 1. und 2. 1., München 1960; ders., *Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964*, München 1965; Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, 4., unveränd. Aufl., Frankfurt (Main) 1973; *Zehn Jahre Arbeit. Zehn Jahre Aufstieg. Zehn Jahre neue deutsche Gewerkschaftsbewegung 1945-1955*, hrsg. vom Bund-Verlag, Köln 1956.

<sup>26</sup> Siehe *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949*, Autorenkollektiv: Ernst-Ulrich Huster/Gerhard Kraiker/Burkhard Scherer/Friedrich-Karl Schlotmann/Marianne Welteke, Frankfurt (Main) 1973. Siehe dazu die Rezension von Rolf Badstübner, in: *ZfG*, H. 6/1974, S. 633 f.; Ute Schmidt/Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-1948* (Rotbuch 27), (West-)Berlin 1971.

<sup>27</sup> Zu dieser Thematik zum Beispiel: *BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme*, Köln 1971; Max Reimann, *Entscheidungen 1945 bis 1956*, Frankfurt (Main) 1974.

<sup>28</sup> *Die zweite Republik*, a. a. O.

<sup>29</sup> Manfred Hättich, *Geschichtsbild und Demokratieverständnis*, in: *Die zweite Republik*, a. a. O., S. 914.

<sup>30</sup> Hans-Peter Schwarz, *Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates*, in: *Die zweite Republik*, a. a. O., S. 28.

<sup>31</sup> Ebenda.



wirksam zu machen. Die Restaurationsapologie und die Verteufelung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen und der Gründung der sozialistischen DDR sind nach wie vor der Hauptinhalt dieses bürgerlichen Geschichtsbildes, der jetzt lediglich raffinierter verpackt wird. Wir werden das – und damit die rigorose Vergewaltigung der objektiven historischen Prozesse und der historischen Wahrheit in diesem Geschichtsbild – nachweisen. Durch ihren geradezu „konstruierten Bruch zwischen Geschichte und Gegenwart der DDR“<sup>32</sup>, das heißt infolge der Rezeption der traditionellen Konstanten des bürgerlichen Geschichtsbildes in den historischen Komponenten [22] der DDRologie werden auch deren soziologische Ansätze weitgehend integriert.

Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf die seit den sechziger Jahren erschienenen größeren zusammenhängenden Darstellungen, in denen das in der BRD herrschende bürgerliche Geschichtsbild über den Zeitabschnitt von 1945 bis 1949 in seiner „modernisierten“ Form entwickelt wurde und das heute den Büchermarkt, die Massenmedien, den Schul-<sup>33</sup> und Hochschulbetrieb entscheidend beeinflusst. Seine Haupt-exponenten sind bürgerliche Historiker der konservativen oder sozialliberalen Richtung, Politikwissenschaftler, Kommunismusforscher und DDRologen und die entsprechenden wissenschaftlichen Einrichtungen. Natürlich gibt es keine speziellen Einrichtungen, die sich ausschließlich mit dem Zeitabschnitt 1945 bis 1949 beschäftigen. Aber bei der systematischen historiographischen Aufarbeitung dieses Zeitabschnitts, wie sie in den letzten Jahren verstärkt angestrebt wird, kommt dem Münchner Institut für Zeitgeschichte und der von diesem herausgegebenen Zeitschrift „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“ eine zentrale Rolle zu. In den Heften der seit Ende der sechziger Jahre erschienenen Jahrgänge dieser Zeitschrift tritt diese Thematik deutlich hervor, wobei allerdings einseitig der Weg „vom Reich zur BRD“ untersucht wird. Von den bürgerlichen Historikern und Politikwissenschaftlern, die im Rahmen meist umfassenderer Beschäftigung das Geschichtsbild des Zeitabschnittes 1945 bis 1949 wesentlich mitgeprägt haben, seien hervorgehoben: Waldemar Besson<sup>34</sup>, Gerhard Binder<sup>35</sup>, Werner Conze<sup>36</sup>, Ernst-Otto Czempiel<sup>37</sup>, Ernst Deuerlein<sup>38</sup>, Wolfgang Diepenthal<sup>39</sup>, Karl Dietrich Erdmann<sup>40</sup>, Michael Freund<sup>41</sup>, Ekkehard Förtsch<sup>42</sup>, Wilhelm G. Grewe<sup>43</sup>, Hans Herzfeld<sup>44</sup>, Andreas Hillgruber<sup>45</sup>, Hans-Adolf Jacobson<sup>46</sup>, Albrecht Kaden<sup>47</sup>, Georg

<sup>32</sup> Heinz Heitzer, Bürgerliche DDR-Forschung in der BRD, in: ZfG, Berlin 1975/2, S. 156.

<sup>33</sup> Vgl. dazu: Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher, hrsg. von R. Kühnl, Hamburg 1973; Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart. 1776 bis heute (Oberstufe, Ausgabe G, Bd. 2), bearb. von R. H. Tenbrock, E. Goerlitz und W. Grütter, Paderborn und Hannover 1970; Welt der Politik, II., Lehrbuch der Zeitgeschichte, hrsg. von Hans Ritscher, Frankfurt (Main)/(West-)Berlin/München 1972; Politik und Gesellschaft. Grundlagen und Probleme der modernen Welt, Lehr- und Arbeitsbuch für die Gemeinschaftskunde/Politische Weltkunde, Bd. 2, hrsg. von Wanda Kampmann und Berthold Wiegand, Frankfurt (Main) 1972.

<sup>34</sup> Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.

<sup>35</sup> Gerhard Binder, Epoche der Entscheidungen. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts. Mit Dokumenten in Text und Bild, Stuttgart 1969.

<sup>36</sup> Werner Conze, Die deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte, Göttingen 1965; ders., Jacob Kaiser, Politiker zwischen Ost und West 1945 bis 1949, Stuttgart 1969.

<sup>37</sup> Ernst-Otto Czempiel, Das amerikanische Sicherheitssystem 1945 bis 1949. Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft, (West-) Berlin 1966.

<sup>38</sup> Ernst Deuerlein, Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg 1945 bis 1955 (Sonderdruck aus Brandt-Meyer-Just, Handbuch der deutschen Geschichte, IV, 6), Konstanz 1964; ders., (Hrsg.), DDR 1945-1970, a. a. O.

<sup>39</sup> Wolfgang Diepenthal, Drei Volksdemokratien. Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1948, Köln 1974.

<sup>40</sup> Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, Stuttgart 1976 (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Aufl., Bd. 4, 2. Teilbd.).

<sup>41</sup> Michael Freund, 25 Jahre Deutschland 1945-1970, Gütersloh/Wien 1971; ders., Deutsche Geschichte im Überblick, fortgeführt von Thilo Vogelsang, erw. und aktualisierte Sonderausg., Gütersloh/(West-)Berlin/München/Wien 1973.

<sup>42</sup> Ekkehard Förtsch/Robert Mann, Die SED, Stuttgart/(West-)Berlin/Köln/Mainz 1969.

<sup>43</sup> Wilhelm G. Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960.

<sup>44</sup> Hans Herzfeld, Berlin in der Weltpolitik 1945-1970, Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin (West), Bd. 38, (West-)Berlin/New York 1973.

<sup>45</sup> Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945-1972. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik; in: Deutsche Geschichte. Ereignisse und Probleme, hrsg. von Walther Hubatsch, Frankfurt (Main)/(West-)Berlin/Wien 1974.

<sup>46</sup> Hans-Adolf Jacobsen/Hans Dollinger (Hrsg.), Hundert Jahre Deutschland 1870-1970, München 1969.

<sup>47</sup> Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964.

Kotowski<sup>48</sup>, Elmar Krautkrämer<sup>49</sup>, Ekkehard Krippendorf<sup>50</sup>, Richard Löwenthal<sup>51</sup>, Christian Peter Ludz<sup>52</sup>, Wolfgang Marienfeld<sup>53</sup>, Günther Moltmann<sup>54</sup>, Paul Noack<sup>55</sup>, Ernst Nolte<sup>56</sup>, Wolfgang Pfeiler<sup>57</sup>, Manfred Rexin<sup>58</sup>, Klaus-Peter Schulz<sup>59</sup>, Hans-Peter Schwarz<sup>60</sup>, Kurt Sontheimer<sup>61</sup>, Walter Vogel<sup>62</sup>, Thilo Vogelsang<sup>63</sup>, Wolfgang Wagner<sup>64</sup>, Hermann Weber<sup>65</sup>.

Bei allen Unterschieden, die es zwischen den Darstellungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung im Detail bzw. auch als [23] Ausdruck des Methodenpluralismus gibt, tritt doch eindeutig eine konzeptionelle Grundlinie hervor, in der alle genannten und auch die nichtgenannten Darstellungen bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Provenienz übereinstimmen: das ist die antikommunistische Verteufelung und die weitgehende Ignorierung der antifaschistisch-demokratischen, revolutionären Problematik und der Entstehung der DDR einerseits, die apologetische Mythologisierung des Weges „vom Reich zur BRD“ bzw. der restaurativen Politik andererseits. Das geschieht gegenüber den früheren Darstellungen in „modernisierter“ Form mit dem Bestreben, angebliche Objektivität vorzutäuschen. Das schließt kritische Reflexionen zwar nicht aus, sie dienen aber lediglich dem Nachweis, daß es letztlich eben doch keine Alternative zum Weg „vom Reich zur Bundesrepublik“ gegeben habe.<sup>66</sup> Dieser Weg wird als zwangsläufig und zugleich demokratisch legitimiert dargestellt: zwangsläufig infolge des Ost-West-Konfliktes, der mit antisowjetischer Akzentuierung als unausweichlich und als grundlegender Bezugsrahmen dient, demokratisch, da angeblich von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung in Ablehnung des „Kommunismus“ gebilligt, wobei unter Kommunismus alle demokratischen Alternativpositionen subsumiert werden, die nicht staats- und systemkonform sind. Die BRD wird so zum angeblich demokratischen Nachfolgestaat des Deutschen Reiches, der

---

<sup>48</sup> Georg Kotowski, KPD und SED seit dem zweiten Weltkrieg, in: „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ – Kritik einer Legende, Beitrag im Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 13/14, (West-)Berlin 1965.

<sup>49</sup> Elmar Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Darstellung der Entwicklung von 1945-1949 mit Dokumenten, Hildesheim 1962.

<sup>50</sup> Ekkehard Krippendorf, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone 1945-1948. Entstehung, Struktur, Politik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 21), Düsseldorf 1961.

<sup>51</sup> Richard Löwenthal, Prolog: Dauer und Verwandlung, in: Die zweite Republik, a. a. O., S. 9 ff.; ders., Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, ebenda, S. 604 ff.

<sup>52</sup> Christian Peter Ludz, Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 21, 3., durchges. Aufl., Köln 1970.

<sup>53</sup> Wolfgang Marienfeld, Konferenzen über Deutschland. Die alliierte Deutschlandplanung und -politik 1941-1949, Hannover 1962.

<sup>54</sup> Günter Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik im zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1958.

<sup>55</sup> Paul Noack, Deutschland von 1945 bis 1960. Ein Abriß der Innen- und Außenpolitik, München 1960; ders., Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart/(West-)Berlin/Köln/Mainz 1972.

<sup>56</sup> Ernst Nolte, Deutschland und der kalte Krieg, München/Zürich 1974.

<sup>57</sup> Wolfgang Pfeiler, DDR-Lehrbuch. NBV-Lehrbuch zur politischen Bildung, Bonn 1974.

<sup>58</sup> Manfred Rexin, Die Jahre 1945-1949, Hannover 1962.

<sup>59</sup> Klaus-Peter Schultz, Auftakt zum kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/1946, (West-)Berlin 1965.

<sup>60</sup> Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied/(West-)Berlin 1966; ders., Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Die zweite Republik, a. a. O.

<sup>61</sup> Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1971; Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1972.

<sup>62</sup> Walter Vogel, Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau der Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil 1 (Schriften des Bundesarchivs, Nr. 2), Koblenz 1956 (Ms.); Teil II (Schriften des Bundesarchivs, Nr. 12), Boppard am Rhein 1964.

<sup>63</sup> Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland, neue Ausgabe in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1973.

<sup>64</sup> Wolfgang Wagner, Die Teilung Europas. Geschichte der sowjetischen Expansion bis zur Spaltung Deutschlands 1918-1945, 2. Aufl., Stuttgart 1960.

<sup>65</sup> Hermann Weber, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946 bis 1971, Edition Zeitgeschehen, Hannover 1971; ders., Die SED nach Ulbricht, Hannover 1974.

<sup>66</sup> Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O., S. 695.

gleichzeitig mit seiner inneren und äußeren Westorientierung den Weg zu den „freiheitlich-demokratischen“, „offenen“, „pluralistischen“ Gesellschaften des Westens gefunden sowie die Integration der Arbeiterklasse in diese Gesellschafts- und Staatsordnung vollzogen habe.

Damit sind zugleich – abstrahiert von der Klassen- und Machtfrage und von der gesellschaftspolitischen Bezugsebene – die Normen und Bewertungsmaßstäbe für dieses Geschichtsbild formuliert. Der Übergang vom preußisch-deutschen Machtstaatsprinzip zur „Westorientierung“ ist gleichzeitig verbunden mit der Hervorhebung der „atlantischen Gemeinschaft“ bzw. des Gedankens europäischer, das heißt westeuropäischer „Einigungsbestrebungen“ und damit verbunden mit einer starken Internationalisierung der Geschichte der BRD von ihren Anfängen an. NATO und EWG bzw. EG werden natürlich wieder abstrahiert von ihren imperialistischen, großkapitalistischen [24] Bezügen, als neue historische Erscheinungsform charakterisiert, die eine weitere entscheidende Bezugsebene dieses Geschichtsbildes sind. Mit der Angleichung an die „alten Demokratien des Westens“ und mit der geschichtlichen Wirksamkeit übernationaler Bündnisse wird der Anspruch erhoben, die Vergangenheit bewältigt zu haben. Die Entstehung und Entwicklung der „totalitären“ DDR erscheint, von diesen Leitlinien aus betrachtet, als abnorm und undemokratisch, als aus der deutschen Geschichte „herausfallend“, als von der Sowjetunion und einer kommunistischen Minderheit gegen den Willen der Bevölkerung installiert und entwickelt, analog der Entstehung und Entwicklung der anderen sozialistischen Länder. Der angebliche Expansionsdrang des „Sowjetimperialismus“ erscheint als Hauptfeind Nr. 1, gegen den man sich – möglichst offensiv, durch Zurückrollen oder Erosion des Sozialismus – „verteidigen“ muß. In diesem Bezugsrahmen erscheint dann die Forderung bzw. der Anspruch der BRD auf das ehemals deutsche Territorium, zumindest in den Grenzen von 1937, als politisch-moralisch ebenso legitimiert, wie eine „Wiedervereinigung“ im Sinne einer Annexion der DDR.

Die marxistische Geschichtsschreibung hat sich stets mit diesem bürgerlichen Geschichtsbild auseinandergesetzt und dessen Unhaltbarkeit nachgewiesen. Ihren Hauptbeitrag zur Widerlegung dieses Geschichtsbildes leistete und leistet die marxistische Geschichtsschreibung jedoch mit der Ausarbeitung und überzeugenden Darstellung eines geschlossenen, wissenschaftlichen Geschichtsbildes über den Zeitabschnitt von 1945 bis 1949 als Bestandteil eines umfassenden wissenschaftlichen Geschichtsbildes. Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung der DDR hat im Rahmen der Geschichtsschreibung aller sozialistischen Länder hierzu ihren Beitrag geleistet.<sup>67</sup> Ungeachtet der Tatsache, daß die historische Detailforschung noch viele neue Fakten erschließen und damit vertiefte Erkenntnisse in vielen Fragen ermöglichen wird, kann man doch feststellen, daß die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft die Grundprozesse dieser Periode bereits intensiv erforscht hat und in der Lage ist, ein relativ geschlossenes wissenschaftliches Geschichtsbild vorzulegen.<sup>68</sup> Auch die theoretische Verarbeitung und Durchdringung dieses Geschichtsbildes kann bereits große Fortschritte verzeichnen.<sup>69</sup>

---

<sup>67</sup> Über die bis 1970 erschienenen Arbeiten informieren die Forschungsberichte von Günter Benser, Forschungen zur deutschen Geschichte 1945-1949, und Heinz Heitzer, Forschungen zur Geschichte der DDR, in: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau, in: ZfG, Sonderband, Berlin 1970. Über die wichtigsten Ergebnisse der letzten Jahre siehe: Heinz Heitzer, Stand und Aufgaben der Forschungsarbeit über die Geschichte der DDR, in: ZfG, H. 9/1975, S. 989 ff.; Gerhard Roßmann, Zum Stand und zu einigen Aufgaben der Erforschung und Darstellung der Geschichte der SED, in: ZfG, H. 12/1975, S. 1373 ff.

<sup>68</sup> Als wichtigste zusammenfassende Darstellungen, die in den letzten Jahren erschienen sind, seien hervorgehoben: Klassenkampf – Tradition – Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974; DDR. Werden und Wachsen. Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974; Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955, Köln 1975.

<sup>69</sup> Siehe z. B. Rolf Badstübner, Zum Problem des einheitlichen revolutionären Prozesses auf dem Gebiet der DDR, in: ZfG, H. 11/1973, S. 1325 ff.; ders., Probleme des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf dem Gebiet der DDR, Vortrag, gehalten auf der Gründungsveranstaltung der Fachkommission Geschichte der Neuesten Zeit II am 6. 11. 1975 in Berlin, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, Berlin 1976, 1, S. 3 ff.; Günter Benser, Zur Dialektik des revolutionären Umwälzungsprozesses auf dem Territorium der DDR, in: ZfG, H. 5/1974, S. 522 ff.; Waltraud Falk, Der Beginn des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus in der DDR. Bestandteil des revolutionären Weltprozesses. Probleme der Wertung der historischen Umwälzungen in der DDR, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung

[25] Damit sind die wesentlichen Voraussetzungen gegeben, um das bürgerliche Geschichtsbild gleichermaßen einer grundsätzlichen wie konkreten, und das heißt einer umfassenden Kritik unterziehen zu können.

Das bürgerliche Geschichtsbild erhält seinen Klassencharakter und erfüllt seine politisch-ideologische Funktion primär durch die ihm zugrunde liegenden historisch-politischen und theoretischen Konzeptionen und deren spezifische erkenntnistheoretische und methodologische Grundlagen.<sup>70</sup> Sie determinieren die Fragestellungen und Schwerpunkte, die Auswahl und Wertung der Fakten und die Art und Weise ihrer Zusammenfügung, das heißt den Bauplan, nach dem das Geschichtsbild geformt wird. Daraus erhellt, daß eine immanente Kritik des bürgerlichen Geschichtsbildes zwar notwendig ist, aber nicht ausreicht.

Die marxistische Kritik dieses bürgerlichen Geschichtsbildes ist grundsätzlicher Art, da sie vom entgegengesetzten Klassenstandpunkt aus erfolgt. Sie verfügt außerdem über eine wissenschaftliche Geschichtstheorie und ein geschlossenes Geschichtsbild, in dem die Jahre 1945 bis 1949 eine in den historischen Gesamtprozeß integrierte Hauptperiode bilden. Daraus resultiert, daß der Inhalt dieser Hauptperiode nicht nur aus sich selbst, sondern wesentlich bestimmt wird von übergreifenden Prozessen, Struktur- und Entwicklungsgesetzen, die ihren historischen Platz bestimmen. Es sind dies vor allem diejenigen Gesetzmäßigkeiten und Klassenaktionen, die den Hauptinhalt unserer Epoche bestimmen. Ein wissenschaftliches Geschichtsbild der Jahre 1945 bis 1949 bedarf somit einer Geschichtstheorie, zumindest einer Epochentheorie, wobei wiederum auch die marxistische Epochentheorie Bestandteil einer allgemeinen Geschichtstheorie ist, bekanntlich derjenigen des historischen Materialismus. Die Epochentheorie des Marxismus-Leninismus arbeitet als Hauptinhalt unserer Epoche, als ihr historisches Grundgesetz, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus heraus, der weltgeschichtlich mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurde. Dieses Grundgesetz der Epoche setzt sich nicht im Selbstlauf, sondern nur im Klassenkampf – und zwar vor allem im Kampf der beiden antagonistischen Grundklassen, der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie – durch. Die Arbeiterklasse steht, gemäß dem Hauptinhalt unserer Epoche, in ihrem Mittelpunkt. Der Übergang vom [26] Kapitalismus zum Sozialismus ist seinem Charakter nach eine soziale Revolution, wobei der Frage der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse entscheidende Bedeutung zukommt. In keiner Epoche – auch in unserer nicht – existieren nur die beiden antagonistischen Grundklassen, und deshalb gibt es weder einen „reinen“ Kapitalismus noch eine „reine“ sozialistische Revolution. Der weltrevolutionäre Prozeß unserer Epoche, in dem sich ihr Grundgesetz widerspruchsvoll durchsetzt, ist deshalb ebenfalls sehr vielschichtig. Entscheidend jedoch ist, daß alle revolutionären Bewegungen in unserer Epoche sich gegen den Imperialismus richten, damit die Positionen des Hauptfeindes der Arbeiterklasse und des Sozialismus untergraben, und daß allen diesen revolutionären Bewegungen objektiv die Tendenz innewohnt, in epochenkongruente, das heißt sozialistische Bewegungen hinüberzuwachsen. Unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus führen objektiv alle Wege in Richtung Sozialismus, das heißt, es gibt keine grundlegende gesellschaftliche Veränderung, die nicht näher an den Sozialismus heranführt oder in ihn hinüberwächst, wobei zugleich die machtmäßigen Voraussetzungen hierfür zugunsten der Arbeiterklasse geschaffen werden müssen. Das zeigte sich auch in den Jahren 1945 bis 1949 im Kampf um antifaschistisch-demokratische Veränderungen, die objektiv auf der historischen Tagesordnung standen und subjektives Kampfziel großer Teile der Arbeiterklasse und anderer Klassen und Schichten waren.

Den Hauptinhalt der Periode 1945 bis 1949 zu bestimmen erfordert die richtige Analyse der Dialektik von Allgemeinem, Besonderem und Einzelem, von Ereignis, Struktur und Entwicklung.<sup>71</sup> Zunächst

---

(im folgenden: BzG), H. 6/1972, S. 956 ff.; Heinz Heitzer, Neue Probleme der Erforschung der Geschichte der DDR, in: ZfG, H. 8/1972, S. 954 ff.; ders., Allgemeines und Besonderes der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. ii, Berlin 1974, S. 7 ff.; Rolf Stöckigt, Probleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus – der historische Platz der Gründung der DDR, in: BzG, H. 3/1973, S. 415 ff.

<sup>70</sup> Gerhard Lozek, Zur Methodologie einer wirksamen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Das Problem der Strukturelemente und die Hauptrichtung der Auseinandersetzung, in: ZfG, H. 5/1970, S. 608 ff.

<sup>71</sup> Siehe zur allgemeinen methodologischen Problematik Ernst Engelberg, Ereignis, Struktur und Entwicklung in der Geschichte, in: ZfG, H. 6/1975, S. 613 ff.; ders. (Hrsg.), Probleme der Geschichtsmethodologie Berlin 1972

müssen die Hauptprozesse und die Klassenkonstellationen von den konkret-historischen Widerspruchsdialektik her bestimmt werden, und dann wird das Wirken allgemeiner Gesetzmäßigkeiten in den konkret-historischen Besonderheiten und einzelnen Fakten herauszuarbeiten sein, um ihr Wesen vollständig zu erschließen und ihren historischen Platz zu bestimmen. Damit sind dann sowohl der Bezugsrahmen für die Auswahl als auch die Wertungskriterien objektiv erschlossen.

Die Feststellung, daß die Arbeiterklasse die Hauptkraft für die Durchsetzung der grundlegenden antifaschistisch-demokrati-[27]schen Umwälzungen objektiv war und daß diese nur durch sie durchgesetzt werden konnten, ergibt sich aus der marxistisch-leninistischen Epochentheorie und wurde durch die geschichtliche Praxis bestätigt. Die grundlegende Rolle der Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Vorhut in unserer Epoche ist keine dogmatische These bzw. kein abstraktes Postulat, sie ist auch nicht nur allgemein-gesellschaftlicher Natur, sondern sie wird konkret-historisch deutlich. Es war eben nicht zufällig, daß deutsche Arbeiter den konsequentesten antifaschistischen Widerstandskampf leisteten, daß die KPD als einzige antifaschistische Partei auch nach 1933 ihre Parteiorganisation aufrechterhielt und gegen den Hitlerfaschismus opferreich weiterkämpfte. Auch in anderen Ländern errangen damals die Kommunisten Ansehen, Stärke und entscheidenden politischen Einfluß. Kommunisten waren deshalb nicht zufällig, wie die bürgerliche Geschichtsschreibung zähneknirschend konstatiert, überall „die Männer der ersten Stunde“.<sup>72</sup> Und es war ebenfalls nicht zufällig, daß die KPD mit einer richtungweisenden Nachkriegskonzeption hervortreten konnte, während die Bourgeoisie ein Bild großer Widersprüchlichkeit und Verwirrung bot. Kommunisten und klassenbewußte Sozialdemokraten kämpften am konsequentesten für die Bewältigung der antifaschistisch-demokratischen Aufgaben, denn sie begriffen als erste den Charakter und den historischen Platz dieser Aufgaben und waren bereit, die in deren Wesen eingeschlossene antikapitalistische Entwicklung mitzuvollziehen.

Die marxistische Kritik des bürgerlichen Geschichtsbildes ist umfassend, indem sie die Unwissenschaftlichkeit und den Klassencharakter dieses Geschichtsbildes mittels eines geschlossenen alternativen wissenschaftlichen Geschichtsbildes nachweist. Sie beschränkt sich jedoch nicht – und darf sich nicht beschränken – auf eine grundsätzliche alternative Kritik, sondern sie muß am historisch-konkreten Gegenstand die Richtigkeit der Prämissen, Grundlagen und Aussagen ihres Geschichtsbildes und die Unwissenschaftlichkeit des bürgerlichen Geschichtsbildes, das heißt seine Diskrepanz zur objektiven historischen Wahrheit, zeigen.

Die Aufdeckung der Unwissenschaftlichkeit des bürgerlichen Geschichtsbildes ist zu einem großen Teil durch induktive wissenschaftliche Analyse möglich. Es liegt doch auf der Hand, daß ein Geschichtsbild der Jahre 1945 bis 1949, wenn es wissen-[28]schaftlich sein will, vor allem solche Fragen beantworten muß, wie die nach der Beseitigung von Faschismus und Militarismus, die objektiv auf der Tagesordnung standen und auch dem subjektiven Wollen der Mehrheit des deutschen Volkes entsprachen. Die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge jener damals aktuellen Aufgaben müssen untersucht und die Zielsetzung muß begründet werden, einen demokratischen deutschen Staat in einem Europa des Friedens, der kollektiven Sicherheit und Zusammenarbeit zu schaffen. Daraus ergeben sich – ganz allgemein – wesentliche Leitlinien für ein wissenschaftliches Geschichtsbild der Periode 1945 bis 1949 und entscheidende Bewertungsmaßstäbe.

Die politisch-historische Aufgabenstellung und die gesellschaftspolitische Problematik der ersten Nachkriegsjahre bis zur Kapitalismuskritik im Ahlener Programm der CDU „rutschen“ den bürgerlichen Historikern mit fataler Regelmäßigkeit einfach „weg“, da sie der Grundtendenz ihrer Darstellung hinderlich sind. Diese Probleme würden ausweisen, daß die Gesellschafts- und Staatsordnung der BRD keineswegs dem entspricht, was in den ersten Nachkriegsjahren Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern und auch bürgerlichen Demokraten als Zielvorstellung – bei allen Unterschieden im einzelnen – grundsätzlich vorschwebte. Eine Behandlung dieser Problematik, verbunden mit einer eingehenderen Beschäftigung mit den antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen in Ostdeutschland, würde zwangsläufig deutlich werden lassen, daß die gesellschaftspolitische

---

<sup>72</sup> Wolfgang Diepenthal, Drei Volksdemokratien, a. a. O., S. 103.

Entwicklung in Ostdeutschland eigentlich sehr weitgehend jenen zunächst in ganz Deutschland vorherrschenden Zielvorstellungen entsprach. Das wiederum würde die Frage der demokratischen Legitimierung auf eine neue, gänzlich andere Art, und keineswegs zugunsten der BRD, stellen. Damit sind wir wieder bei den politischen und Klassenschranken, die die Unvereinbarkeit des bürgerlichen Geschichtsbildes der Jahre 1945 bis 1949 mit der geschichtswissenschaftlichen Objektivität in besonders zugespitzter Weise bedingen.

Worin bestand – kurz charakterisiert – der Hauptinhalt des historischen Prozesses von der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus bis zur Gründung der DDR?

Das ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands machte in seinem Aufruf an das deutsche Volk vom 11. Juni 1945 die [29] Situation deutlich, in der es sich am Beginn der Nachkriegsperiode befand. In einer tiefgründigen historisch-politischen Analyse deckte dieser Aufruf, der wie kein anderes programmatisches Dokument jener Zeit Geschichte gemacht hat, die historischen Wurzeln, politischen Ursachen und gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus und des zweiten Weltkrieges auf, wies er die Hauptschuld nicht nur der deutschen Faschisten und Militaristen, sondern vor allem der Exponenten des deutschen Monopolkapitals nach, bestimmte die antifaschistisch-demokratischen Aufgaben, die auf der Tagesordnung standen, zeigte den Weg für ihre Lösung und rief die deutsche Arbeiterklasse, das deutsche Volk, alle Hitlergegner zum gemeinsamen entschlossenen Kampf um ihre Lösung auf.

Hatte die Spaltung der Arbeiterklasse und aller antiimperialistisch-demokratischen Kräfte die Errichtung der faschistischen Diktatur ermöglicht, so kam es jetzt darauf an, die historischen Lehren zu ziehen, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen, einen festen Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien zu schaffen, um Faschismus und Militarismus restlos auszurotten, durch tiefgreifende politische, ideologische und ökonomische Umwälzungen im Sinne einer konsequenten antiimperialistischen Demokratisierung eine geschichtliche Wende einzuleiten und dadurch zugleich für immer dem Wiedererstehen einer deutschen Kriegsgefahr vorzubeugen sowie feste Garantien für eine dauerhafte Friedensordnung im Herzen Europas zu schaffen. Diese Zielsetzung entsprach den Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes, und sie fand deshalb weite, ständig zunehmende Resonanz. Sie entsprach den Zielen und dem Vermächtnis des opferreichen Kampfes der Völker der Antihitlerkoalition und des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes und stimmte im Grundsätzlichen mit den Prinzipien und Zielen überein, die die Siegermächte in den alliierten Beschlüssen, insbesondere in den Abkommen von Jalta und Potsdam festgelegt hatten bzw. im Begriff waren festzulegen. Die sozialistische Sowjetunion, die Hauptkraft der Antihitlerkoalition im antifaschistischen Befreiungskampf der Völker, verhinderte, daß Deutschland einem Super-Versailles unterworfen wurde, sondern den demokratischen Prinzipien des Völkerrechts gemäß behandelt wurde. Die Besetzung Deutschlands durch die [30] Truppen der Antihitlerkoalition bedeutete die Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus und nicht seine Versklavung. Es sollte die Chance erhalten, nach der restlosen Beseitigung von Faschismus und Militarismus, der Leistung von Wiedergutmachungen und der Schaffung fester Friedensgarantien einen souveränen, demokratischen deutschen Staat zu errichten, der nach Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages in den Kreis der Völker der Antihitlerkoalition aufgenommen werden würde. Eine solche Friedensregelung mit dem deutschen Volk war ein fester, entscheidender Bestandteil des Programms der Antihitlerkoalition zur Schaffung eines Europas des dauerhaften Friedens, der kollektiven Sicherheit und der gegenseitigen Zusammenarbeit – auf der Grundlage der festen Verankerung und Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, insbesondere der europäischen Grenzen und des Rechts eines jeden Volkes, seine Gesellschafts- und Staatsordnung selbst zu bestimmen.

Für diese Ziele kämpften Kommunisten, Sozialdemokraten, kleinbürgerliche und bürgerliche Demokraten, sie waren auch das Kernstück der sowjetischen Europapolitik. Angesichts der revolutionären Welle, die im Zuge des antifaschistischen Befreiungskampfes die meisten Völker Europas ergriffen hatte, war der Ausgang dieses Kampfes noch keineswegs negativ determiniert.

Die Spaltung Europas in zwei Wirtschafts- und Militärblöcke, die mitten durch Deutschland ging, war kein zwangsläufiges Ergebnis des zweiten Weltkrieges, sondern das Resultat des internationalen Klassenkampfes in der ersten Nachkriegsphase. Sie war vor allem das Ergebnis des Kurswechsels der imperialistischen Siegermächte vom Bündnis mit der Sowjetunion zur antikommunistischen Frontbildung im Zuge des kalten Krieges. Dieser Kurswechsel führte zum Bruch der alliierten Abkommen, insbesondere des Potsdamer Abkommens, durch die Westmächte sowie zu konterrevolutionären Aktivitäten in Westeuropa. Nur in Mittel-, Ost- und Südosteuropa konnten die antiimperialistisch-demokratischen und revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten erfolgreich verwirklicht werden, das heißt dort, wo es der Arbeiterklasse unter der Führung kommunistischer Parteien gelang, ihre Hegemonie zu errichten, dort, wo die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes nicht durch direkte und indirekte imperialistische Intervention verhindert, sondern durch die Sowjetunion unterstützt und vor einer solchen Intervention geschützt werden konnte. Das war auch in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Fall. In den Besatzungszonen der Westmächte wurden demgegenüber die antifaschistisch-demokratischen Kräfte unterdrückt, ihre Bestrebungen blockiert und eine Politik der vollendeten reaktionären Tatsachen betrieben, die zum Teil sorgfältig getarnt und schließlich mit dem Marshallplan ökonomisch fundiert wurde. Das Ergebnis dieses koordinierten Vorgehens der imperialistischen Besatzungsmächte und der reaktionären deutschen Bourgeoisie, unterstützt von rechten SPD- und Gewerkschaftsführern, war die Vollendung der Spaltung Deutschlands durch die Schaffung der Bundesrepublik Deutschland. In ihr herrschten bzw. konsolidierten wieder die gleichen gesellschaftlichen Mächte und Kräfte ihre Macht wie im Wilhelminischen Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im faschistischen „Großdeutschen Reich“: das Monopolkapital bzw. das staatsmonopolistische System des Kapitalismus.

Mit der Gründung der BRD hatte sich der deutsche Imperialismus, der 1945 am Boden lag, erneut eine entscheidende Machtbasis geschaffen. Diese Gründung stand im völligen Gegensatz zu den antifaschistisch-demokratischen Forderungen und gesellschaftspolitischen Neuordnungsvorstellungen, wie sie von der Mehrheit des deutschen Volkes auch in den Westzonen Deutschlands erhoben bzw. entwickelt worden waren und wie sie zum Teil sogar in Verfassungen westdeutscher Länder ihren Niederschlag gefunden hatten. Doch was galt den imperialistischen Besatzungsmächten und der westdeutschen Großbourgeoisie schon der Wille des deutschen Volkes – sie setzten sich rigoros über die demokratischen Bestrebungen und die internationalen Abkommen hinweg. Noch erlaubte ihnen das internationale Kräfteverhältnis – und in Wechselwirkung damit das politische Kräfteverhältnis in diesen Ländern – , ihre Klasseninteressen auf Kosten der Völker der Antihitlerkoalition durchzusetzen. Der Imperialismus war jedoch nicht mehr stark genug, den Erfolg des Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu verhindern. Mit der Entstehung und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems wurde eine Rückkehr zu den politischen Verhältnissen des Vorkriegs-Europa unwiderruflich verhindert; der Sozialismus war über den Rahmen eines Landes hinausgewachsen. Darin bestand das wichtigste Ergebnis des antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker und insbesondere der Sowjetunion. Die Deutsche Demokratische Republik, als Antwort auf die Schaffung des westdeutschen Separatstaates gegründet, entstand und entwickelte sich von Anfang an als Bestandteil dieses sozialistischen Weltsystems. Ihre Gründung bedeutete eine grundlegende Wende in der Geschichte des deutschen Volkes und Europas, denn erstmals existierte und wirkte damit ein demokratischer deutscher Friedensstaat.

KPD und SED wollten einen solchen Staat in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Zielen des Potsdamer Abkommens auf dem gesamten deutschen Territorium, das heißt auf dem Gebiet aller vier Besatzungszonen, errichten. Zahlreiche Initiativen und Vorschläge, die von allen demokratischen und patriotischen Kräften unterstützt wurden, zeugen davon. Mit der Volkskongreßbewegung für demokratische Einheit und den Abschluß eines Friedensvertrages entstand im Kampf um dieses Ziel und gegen die imperialistische Spaltungspolitik eine Millionen umfassende Volksbewegung. Sie konnte ihr Kampfziel nicht erreichen, leistete jedoch einen entscheidenden Beitrag zur Durchkreuzung der imperialistischen Pläne, ganz Deutschland in das imperialistische Weltsystem einzubeziehen. Aus dieser demokratischen Volksbewegung ging die sozialistische Deutsche Demokratische Republik

hervor. Sie machte – an der Seite der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Bruderländer stehend – die Pläne der reaktionären deutschen Bourgeoisie zunichte, die Macht des deutschen Imperialismus in den Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches wiederzuerrichten. Die Restauration der ökonomischen, politischen und schließlich militärischen Macht des deutschen Imperialismus in der BRD und seine aggressive, revanchistische Politik bewirkten schließlich, daß die Spaltung Deutschlands festgeschrieben wurde. Im Rahmen der kapitalistischen BRD reorganisierte sich die bürgerliche deutsche Nation. In der DDR bildeten sich mit der sozialistischen Revolution die Grundlagen für eine sozialistische deutsche Nation heraus, die sich mit der Gestaltung des reifen Sozialismus in der DDR entwickelt und ausprägt.

Die Gründung der DDR war ein Ereignis von säkularem [33] Rang, ein in seiner Bedeutung gar nicht zu überschätzender Wendepunkt in der deutschen Geschichte, gesetzmäßiges Ergebnis des hundertjährigen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse, des Kampfes aller progressiven Kräfte des deutschen Volkes. Die DDR war und ist fest verwurzelt in allen progressiven Traditionen der deutschen Geschichte. Indem die DDR als Ergebnis vor allem des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung, soziale Diskriminierung, politische Unterdrückung und imperialistische Kriegspolitik, des Kampfes gegen Militarismus und Faschismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus entstand, entstand sie zugleich als Ergebnis des Wirkens der grundlegenden gesellschaftlichen Struktur- und Entwicklungsgesetze unserer Epoche. Sie war und ist Produkt des Wirkens der Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, ihrer Durchsetzung im Klassenkampf und in der internationalen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus – verallgemeinert: der Gesetzmäßigkeiten der Abfolge und der Entwicklung ökonomischer Gesellschaftsformationen und damit derjenigen grundlegenden Gesetzmäßigkeit, mit deren Wirken sich der historische Fortschritt in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft durchsetzt.

Das bedeutet, daß die historischen Ereignisse und Prozesse des Zeitabschnittes von 1945 bis 1949, um die es in unserer Analyse geht, vor allem zu den gesellschaftlichen Entwicklungs- und Strukturgesetzen, zum Grundwiderspruch unserer Epoche in Beziehung gesetzt und von dieser Warte aus gewertet werden müssen. Anders gesagt: Hauptinhalt, Schwerpunkte, konzeptionelle Leitlinien, Faktenauswahl und -interpretation eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes sind primär vom Wirken der gesellschaftlichen Struktur- und Entwicklungsgesetze her zu bestimmen. Aus solcher Sicht besteht das Hauptmerkmal und der Hauptinhalt der Geschichte des deutschen Volkes in den Jahren 1945 bis 1949 darin, daß auf deutschem Boden eine sprunghafte, das heißt auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrückte grundlegende Veränderung des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens erfolgte, die qualitativ neue gesellschaftliche Strukturen hervorbrachte. Die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen waren ihrem Charakter nach revolutionär und verschmolzen unter Führung der Arbeiterklasse [34] und ihrer marxistisch-leninistischen Partei mit der sozialistischen Revolution zu einem einheitlichen revolutionären Prozeß, mit dem der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR gemäß den ihm innewohnenden objektiven Gesetzmäßigkeiten vollzogen wurde. [35]



## 2. Antisowjetismus und Antikommunismus als Hauptleitlinie

Der gesellschaftlich-politisch und methodologisch begründete Mangel an Wissenschaftlichkeit des bürgerlichen Geschichtsbildes im allgemeinen, der Nachkriegsgeschichte im besonderen sowie seine politisch-ideologische Funktion wird schon beim „Einstieg“ 1945 offenbar. Das ist nicht zufällig, denn mit der Art und Weise dieses „Einstiegs“, das heißt der Problematisierung und methodischen Behandlung der Ausgangssituation wird der Charakter dieses Geschichtsbildes, seine Ausrichtung bereits weitgehend entschieden. Der unwissenschaftliche „Einstieg“ der bürgerlichen Geschichtsschreibung in die Nachkriegsgeschichte wird deutlich, wenn wir ihn mit dem „Einstieg“ vergleichen, der von der marxistischen Geschichtsschreibung vorgenommen wird und der von der Totalität des historischen Prozesses und den strukturellen und genetischen Gesetzmäßigkeiten, die sich im Klassenkampf durchsetzen, vom Charakter der Epoche, des zweiten Weltkrieges, des Faschismus und den sich objektiv ergebenden gesellschaftspolitischen, nationalen und internationalen Grundproblemen und Aufgaben ausgeht. Die darin enthaltene Verbindung der allgemeinen Geschichtstheorie des historischen Materialismus mit einer Theorie der Epoche sowie Theorien des Charakters des Faschismus, des zweiten Weltkrieges usw. ermöglicht es, die entscheidenden Fakten und Prozesse der historischen Ausgangssituation herauszuarbeiten und in der Meisterung der Dialektik von Einzelfem, Besonderem und Allgemeinem, von Ereignis, Struktur und Entwicklung ihr Wesen und ihren historischen Platz zu bestimmen. Dabei erfolgt diese Erkenntnisgewinnung des marxistischen Historikers nicht nur deduktiv, sondern in Kombination deduktiver und induktiver Verfahrensweisen, das heißt, die Fakten werden nicht in ein Schema gepreßt, sondern sie werden analysiert und mit Hilfe [36] des theoretisch-methodologischen Rüstzeugs, das natürlich auch dem Kriterium der Praxis unterliegt, in einen Bedeutungszusammenhang gebracht, der die objektiv gegebenen, wesentlichen Zusammenhänge reflektiert. Zwischen induktiver und deduktiver Problematisierung der historischen Ausgangssituation besteht deshalb kein Widerspruch, sondern – bei übergreifender Funktion letzterer – eine einander vertiefende Beziehung.

Die historische Erfahrung der noch Lebenden und die überlieferten Quellen besagen eindeutig, daß – ungeachtet der Symptome von Demoralisierung, Furcht, Apathie und Hunger – die Situation bei und nach Kriegsende von einem sich immer stärker und breiter artikulierenden Wollen im deutschen Volk, vor allem in der Arbeiterklasse, gekennzeichnet war, mit der Vergangenheit radikal abzurechnen und eine grundlegende geschichtliche Wende zu vollziehen. Und das bedeutete einen nicht nur politischen, sondern vor allem gesellschaftspolitischen Neuaufbau. Dieses Wollen entsprach der sich aus der historischen Situation des deutschen Volkes objektiv ergebenden Aufgabenstellung, die mit den Forderungen der Völker der Antihitlerkoalition an das deutsche Volk sowie der Zielstellung korrespondierte, ein Europa dauerhaften Friedens, kollektiver Sicherheit und der Zusammenarbeit zu schaffen.

Damit ist der grundsätzliche Ansatz wissenschaftlicher Analyse und Darstellung der historischen Ausgangssituation von 1945 abgesteckt, aus dem sich logisch eine zusammenhängende Kette weiterer Fragestellungen, der konzeptionelle Leitfaden für die Gestaltung eines auf die Erfassung des objektiven Prozesses gerichteten Geschichtsbildes, für die zu setzenden Schwerpunkte und anzulegenden Wertungskriterien ergibt.

Die marxistische wissenschaftliche Darstellung der Ausgangssituation 1945 zeichnet sich dadurch aus, daß die historische Situation in ihrer Komplexität, in ihrem Prozeßcharakter, in ihrer Vielschichtigkeit analysiert und keineswegs auf einen platten Antikapitalismus<sup>1</sup> reduziert wird. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus und der Epoche, der letzten Endes historisch-gesellschaftlich bestimmend ist, wird nicht abstrakt, sondern in konkret-historischen Erscheinungsformen erfaßt, ohne diese einfach auf ihn zu reduzieren. Die Problematik, die es 1945 politisch-strategisch zu bewältigen galt und die natürlich auch [37] ein konzeptioneller Leitfaden für ein objektives Geschichtsbild sein muß, bestand doch vor allem darin, die konkreten gesellschaftlich-politischen Widersprüche zu erfassen,

---

<sup>1</sup> Dies tun verschiedene von linksradikalen Positionen aus geschriebene Darstellungen, die den realen Sozialismus ablehnen und sich im Antikommunismus bzw. Antisowjetismus mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung wiedertreffen. Siehe Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, a. a. O.; Ute Schmidt/Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, a. a. O.

die das politische Leben, das Denken und Handeln der Masse der Werktätigen in Deutschland maßgeblich bestimmten. Das war – neben, aber auch im Zusammenhang mit der materiellen Not – vor allem der Widerspruch zum deutschen Faschismus und Militarismus, ganz gleich, wie sich dieser Widerspruch bewußtseinsmäßig reflektierte und welche in die Zukunft weisenden Schlußfolgerungen er hervorrief. Das Ringen um Aufhebung dieses Widerspruchs wirkte 1945 als entscheidende Triebkraft, die es durch Organisierung und Mobilisierung breiter Massen zu entwickeln galt. Das erforderte, die antifaschistische, antimilitaristische Aufgabenstellung in ihrem vollen Umfang deutlich zu machen, die politischen Bedingungen, Mittel und Wege für ihre Durchsetzung eindeutig zu fixieren, das heißt eine klare Ziel-Weg-Vorstellung von der zu errichtenden Demokratie als Alternative zum faschistischen Regime zu entwickeln.

Die Mehrheit des deutschen Volkes war sich 1945 über das Wesen von Faschismus und Militarismus, über ihren gesellschaftlichen Systembezug, durchaus nicht klar und auch nicht bereit, ihren Antifaschismus und Demokratismus direkt mit systemverändernder Konsequenz zu vertreten. Es kam deshalb vor allem darauf an, die unmittelbaren Nachkriegsaufgaben unter Berücksichtigung des tatsächlich weithin vorhandenen antifaschistisch-demokratischen Konsensus zu begründen und in Angriff zu nehmen. Der Systembezug, der natürlich von Anfang an vorhanden war, mußte zwangsläufig bei der Durchsetzung antifaschistisch-demokratischer Maßnahmen umwälzenden Charakters immer deutlicher hervortreten bzw. Schritt für Schritt ideologisch deutlich gemacht werden. Die objektiv gegebene antifaschistisch-demokratische Aufgabenstellung besaß implizit in ihrem Kern einen gesellschaftsverändernden, revolutionären Inhalt. Das ergab sich aus der Beziehung zwischen deutscher Großbourgeoisie und dem hitlerfaschistischen Regime. Vom Marxismus-Leninismus wird der Hitlerfaschismus als offen terroristische Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals eingeschätzt. Die hitlerfaschistische Staats- und Gesellschaftsordnung war eine bestimmte Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Diese [38] auf das gesellschaftliche Wesen und die politische Funktion gerichtete Einschätzung wird keineswegs – wie bürgerliche Faschismusforscher meinen – durch solche Erscheinungen wie die nicht gering zu veranschlagende Persönlichkeit Hitlers und seine Möglichkeiten relativ willkürlicher persönlicher Machtentfaltung entkräftet oder durch solche Tatsachen, daß es natürlich durchaus zu Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Monopolherren und dem Nazistaat kommen konnte, daß es zum Kriegsende zu einem Auseinanderklaffen zwischen den Überlebensinteressen der Naziclique und den Nachkriegsinteressen des deutschen Monopolkapitals kam usw. usf. Aber selbst wenn man die marxistische Analyse des Hitlerfaschismus in ihrer Konsequenz nicht zu teilen vermag, dann bleiben doch noch genügend Indizien dafür, daß der monopolistische Kapitalismus der gesellschaftliche Boden für Entstehen und Wirken des Hitlerfaschismus war, daß zwischen den Interessen des deutschen Monopolkapitals nach innen und nach außen und der Hitlerschen Politik eine weitgehende Entsprechung bestand, daß die Monopolherren bei der faschistischen Expansion, Unterdrückung und Ausraubung anderer Länder kräftig mitwirkten und daran profitierten.<sup>2</sup>

Selbst die von den USA durchgeführten Kriegsverbrecherprozesse gegen die Monopolherren Krupp, Flick und gegen die IG Farben brachten erdrückendes Beweismaterial für deren große Mitschuld an Faschismus und Krieg zutage, wobei noch zu beachten ist, daß Durchführung und Abschluß dieser Prozesse bereits unter dem Einfluß des kalten Krieges und der damit verbundenen Umkehrung der Fronten standen. Welche Auffassung in dieser Frage auch in bürgerlichen Kreisen der westlichen Länder während und nach dem Kriege herrschte, macht das Resümee einer Untersuchung deutlich, die von einem Ausschuß des US-Senats unter Leitung von Senator Kilgore angefertigt wurde. In ihr heißt es: „Es ist nicht wahr, daß die deutschen Großindustriellen sich erst im letzten Augenblick und halb gezwungen dem Nationalsozialismus angeschlossen haben. Sie waren von Anfang an seine begeisterten Förderer. Die Unterstützung seitens der deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz

---

<sup>2</sup> Siehe dazu: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. und eingel. von Günter Haas und Wolfgang Schumann, Berlin 1972; Deutschland 1939-1945 (Deutschland während des zweiten Weltkrieges), hrsg. von einem Autorenkollektiv, 2., überarb. Aufl., Berlin 1975.

ermöglichte dem Nationalsozialismus die Machtergreifung. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft und die fieberhafte Rüstung zum Angriffskrieg erfolgte unter [39] unmittelbarer Leitung der deutschen Industriellen.“<sup>3</sup> Und in einer ergänzenden Erklärung Senator Kilgores’: „Die Tatsachen machen diese Industriellen einwandfrei mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen.“<sup>4</sup>

Es ist sicher nicht zufällig, daß dieses Dokument – wie viele andere – von der bürgerlichen Geschichtsschreibung geflissentlich untergeschlagen wird. Eine solche Einschätzung und die daraus zu ziehende Schlußfolgerung, daß die restlose Beseitigung von Hitlerfaschismus und deutschem Militarismus auch gesellschaftspolitische Veränderungen mit Spitze gegen das deutsche Großkapital erforderten – das war einer der wichtigsten gemeinsamen Nenner für das Zustandekommen eines gemeinsamen Programms der Behandlung Deutschlands auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam durch die Großmächte der Antihitlerkoalition.

Antifaschistisch-demokratische Vorstellungen und daraus abgeleitete, gesellschaftspolitische Veränderungen implizierende, wenn nicht sogar eindeutig ansprechende Forderungen bestimmten in den ersten Nachkriegsjahren programmatische Äußerungen auch der westzonalen SPD und CDU.<sup>5</sup>

In einer Studie über die Tätigkeit der Landtage der westdeutschen Länder gelangt aus nichtmarxistischer Sicht auch R. Billerbeck in diesem Zusammenhang zu der Feststellung: „Vielen war in den ersten Nachkriegsjahren die Durchleuchtung der Triebkräfte des Nationalsozialismus gleichbedeutend mit der Frage nach der Rolle der Kapitalisten in diesem System. Wenigstens im Anfang schien diese Rolle kaum zweifelhaft. Die Programme der KPD, der SPD und der CDU (nicht der CSU und der FDP) enthielten – wenn auch von der SPD zunehmend vager formuliert und von der CDU rasch wieder aufgegeben – die Behauptung, daß die Unternehmer den Nationalsozialismus entweder selbst inszeniert oder zumindest doch unterstützt und zum eigenen Vorteil mitgemacht hätten. Zwar sind die Abstufungen in den Formulierungen nicht zu verkennen, aber sofern die frühen Parteiprogramme überhaupt von Unternehmern reden, bringen sie sie in der einen oder anderen Weise mit dem Nationalsozialismus in Zusammenhang.“<sup>6</sup>

Die wissenschaftliche Untersuchung der Ausgangssituation kann jedoch nicht beim Nachweis eines antifaschistisch-demo-[40]kratischen Konsensus mit gesellschaftspolitischem Bezug stehenbleiben. Sie muß vor allem die Frage nach den Bedingungen, den gesellschaftlichen und politischen Kräften, Erfordernissen und Methoden einbeziehen, das heißt die Frage, wie, auf welche Weise, durch wen und gegen wen konnten und mußten die antifaschistisch-demokratischen Aufgaben erfolgreich bewältigt werden. Die Beantwortung dieser Probleme wirft entscheidende gesellschafts- und geschichtstheoretische Fragen auf.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung reflektiert – soweit überhaupt – die antifaschistisch-demokratische Problematik verzerrt, verfälscht insbesondere ihren klassen- und machtpolitischen sowie gesellschaftspolitischen Bezug.

Bis in die sechziger Jahre hinein wurde diese Problematik von der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung der BRD einfach verdrängt, die Nachkriegsentwicklung auf die antikommunistische Schwarz-Weiß-Malerei des angeblich dominierenden Gegensatzes von „Sowjetdiktatur“ und „westlicher Freiheit“ reduziert. Mit der These von der „Omnipotenz der Besatzungsmächte“<sup>7</sup> wurde die Auseinandersetzung der deutschen politischen Kräfte, wurde vor allem der Kampf der antifaschistisch-demokratischen Kräfte des deutschen Volkes in seiner Bedeutung grundsätzlich abgewertet und diesem in der Darstellung kaum Raum gegeben. Im Laufe der sechziger Jahre

---

<sup>3</sup> Abgedruckt in der in Deutschland von der amerikanischen Militärregierung herausgegebenen „Allgemeinen Zeitung“, Berlin, 12. Oktober 1945.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Siehe Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955, Köln 1975, 5.35 ff.

<sup>6</sup> Siehe Rudolf Billerbeck, Die Abgeordneten der ersten Landtage und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1971, S. 109.

<sup>7</sup> Wilhelm Cornides, Die Westmächte und Deutschland, a. a. O., S. 14.

sah sich die bundesdeutsche Geschichtsschreibung veranlaßt – nicht zuletzt unter dem Eindruck des wachsenden Einflusses marxistischer Geschichtsdarstellungen in der BRD –, sich eingehender mit der Problematik demokratischer Alternativen auseinanderzusetzen und verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, den Widerspruch zwischen antifaschistisch-demokratischen, antikapitalistisch akzentuierten Bestrebungen im deutschen Volke, insbesondere in der Arbeiterbewegung, und der restaurativen Entwicklung der Westzonen und der BRD, der nicht mehr einfach beiseite geschoben werden konnte, konzeptionell zu bewältigen. Das geschah durch „Modernisierung“ des angeblich bestehenden weltpolitischen Grundwiderspruchs, der nun unter stärkerer Artikulierung gesellschaftspolitischer Bezüge als Widerspruch zwischen „pluralistischer Demokratie“ und „totalitärer Gesellschaft“ auf der angeblich gemeinsamen Grundlage der Industriegesellschaft gefaßt wurde. Gesellschaftliche und innerdeutsche Probleme wurden stärker [41] in die Darstellungen einbezogen – allerdings bei gleichzeitigem Ausbau der konzeptionellen Hauptleitlinie, nämlich der Ein- und Unterordnung der deutschen Entwicklung in internationale bzw. weltpolitische Gegebenheiten, wie sie vor allem mit der Theorie von den beiden Supermächten umschrieben wurde.

Die stärkere Einbeziehung der innerdeutschen Aspekte in die Betrachtungsweise führte dazu, daß die These von der Omnipotenz der Besatzungsmächte relativiert wurde. Die Mitwirkung deutscher Politiker am Weg vom Reich zur BRD wurde stärker hervorgehoben. Die These von der Omnipotenz der Westmächte und damit deren Hauptverantwortung für die Spaltung Deutschlands und die Bildung der BRD stellte doch die demokratische Legitimation des Weges vom Reich zur BRD zu stark in Frage. In Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus in der DDR und seinem alternativen Geschichtsbild bzw. auch mit alternativen Denkansätzen in der BRD kam es aber gerade darauf an, die angebliche demokratische Legitimation dieses Weges zu untermauern. Deshalb wurde die Omnipotenzthese relativiert und durch die These von der verantwortlichen Mitwirkung deutscher Politiker, der angeblichen Konvergenz westallierter und westdeutscher Interessen, das heißt der Interessen der westdeutschen Bourgeoisie, und von der angeblichen Zustimmung der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung zu diesem Weg (Konsensus-Theorie) ergänzt.<sup>8</sup>

Davon ausgehend wird das Streben nach antiimperialistisch-demokratischen bzw. sozialistischen Alternativlösungen in der ersten Nachkriegsphase von Autoren wie Schwarz und anderen, besonders im Sammelband „Die zweite Republik“, zugestanden, dieses Streben aber zugleich weitgehend mit den antikommunistischen sozialreformistischen Konzeptionen rechter SPD-Führer in Verbindung gebracht und damit verfälscht. Zugleich wird es als unreal charakterisiert. In Auseinandersetzung mit demokratischen und marxistischen Darstellungen formulierte Thilo Vogelsang in diesem Zusammenhang als eine mehr konservative Variante die These, das deutsche Volk sei nach dem zweiten Weltkrieg „weder für innere revolutionäre Aktionen noch für nennenswerte evolutionäre Reformen zu haben“<sup>9</sup> gewesen. Diese These bringt am zugespitztesten die der historischen Wahrheit widersprechende konzeptionelle Leitlinie zum Aus-[42]druck, die die Art und Weise des Einstiegs in die Nachkriegsgeschichte durch die bürgerliche Geschichtsschreibung in vielen Darstellungen bis zur Gegenwart bestimmt. Walter Laqueur geht dabei noch weiter und behauptet: „In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es in Deutschland kein aktives politisches Leben ...“<sup>10</sup>

Soweit antifaschistisch-demokratische Aufgaben und Bestrebungen von der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD reflektiert werden, werden sie nicht in ihrer Klassen- und Machtproblematik charakterisiert, sondern als mögliche systemimmanente Reformen, die auf dem Wege parlamentarischer Mehrheiten und auf der Grundlage der „Sozialpartnerschaft“ hätten durchgesetzt werden können.

Die tatsächliche Entwicklung der Westzonen beweist die Unhaltbarkeit solcher Behauptungen und Vorstellungen. Sie belegt durch die Praxis die Richtigkeit der wissenschaftlichen Analyse der Ausgangssituation 1945 durch die marxistische Geschichtsschreibung als Klassen- und Machtfrage. Der Kampf um die Lösung der antifaschistisch-demokratischen Aufgaben konnte nur von einer

<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang sind vor allem Nolte, Der kalte Krieg, und der Sammelband „Die zweite Republik“ hervorzuheben. Siehe dazu auch Kap. 4 vorliegender Arbeit.

<sup>9</sup> Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland, München 1966, S. 162.

<sup>10</sup> Walter Laqueur, Europa aus der Asche. Geschichte seit 1945, München/Wien/Zürich 1970, S. 74.

überlegeneren Kraft, einer Klasse, erfolgreich geführt werden. Und das konnte und kann in unserer Epoche nur die Arbeiterklasse sein, auf Grund ihrer Stärke, ihrer Organisation, ihrer gesellschaftlichen und historischen Stellung, ihres Klassenbewußtseins. Sie hatte – folgerichtig und nicht zufällig – ihre konsequent antifaschistische, antiimperialistisch-demokratische Position im antifaschistischen Widerstandskampf nachgewiesen und sich als mit Abstand stärkste Widerstandskraft die politische Legitimation zur Führung der Nation errungen.

Die KPD, die marxistisch-leninistische Vorhut der deutschen Arbeiterklasse, hatte als einzige deutsche Partei einen organisierten, opferreichen Widerstandskampf gegen Faschismus und Krieg geführt und sich gleichzeitig gründlich auf die Situation nach dem Sturz des Hitlerregimes bzw. nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus vorbereitet.<sup>11</sup> Es war deshalb keineswegs zufällig, daß die KPD in der Lage war, am 11. Juni 1945 nicht nur als erste deutsche Partei mit einem Aktionsprogramm vor das deutsche Volk zu treten, sondern ein wirklich den Bedingungen und Aufgaben voll entsprechendes, allen anderen Aufrufen und programmatischen Vorstellungen in konzeptio[neller] Aussage und Geschlossenheit deutlich überlegenes Programm zu entwickeln.

Die KPD stellte in ihrem historisch bedeutsamen Aufruf fest: „Die Schuld und die Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Konzerne und Großbanken, die Krupp und Röschling, Poensgen und Siemens.“<sup>12</sup> Mit dieser Schuldcharakterisierung und den in den bekannten zehn Sofortmaßnahmen formulierten Aufgaben legte die KPD ein Aktionsprogramm dar, das den antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen der Mehrheit des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, Richtung und Ziel wies. Als zentrale Losung formulierte es die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen deutschen Republik (als Etappenziel), in der das Volk alle demokratischen Rechte und Freiheiten gewinnen sollte. Dieses Aktionsprogramm schuf eine Plattform für die Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sowie für ein Bündnis aller wirklichen Antifaschisten und Demokraten, eine Plattform, von der aus der einzig gangbare, reale Weg zur konsequenten, revolutionären Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Aufgaben und damit zur Einleitung des revolutionären Prozesses des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erfolgreich beschritten werden konnte.

Es unterschied sich von allen anderen Aufrufen und programmatischen Verlautbarungen zu Beginn der Nachkriegsperiode dadurch, daß die Frage, *wie* die historischen Aufgaben bewältigt werden konnten, aufgeworfen und beantwortet wurde. Die antifaschistisch-demokratischen Aufgaben wurden nicht nur – wie in anderen Programmen – als politische oder auch gesellschaftliche Reformen in den Raum gestellt, sondern in ihrer entscheidenden Dimension als Klassen- und Machtfragen behandelt. Die Enteignung und Entmachtung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die restlose Beseitigung von Faschismus und Militarismus waren doch nicht schon deshalb gesichert, weil die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes dafür war und die reaktionäre Bourgeoisie nicht offen dagegen Front machte. [44] Diese grundlegenden Aufgaben konnten nur im Klassenkampf, Auf dem Wege der Erringung der entscheidenden Machtpositionen durch die Arbeiterklasse gelöst werden, durch die Errichtung einer neuen demokratischen Ordnung, die sich wiederum in dem Maße herausbildete und festigte, wie der private Großbesitz in Industrie, Banken und in der Landwirtschaft beseitigt wurde.

Es ist nicht verwunderlich, daß diesem historisch bedeutsamen Aufruf der KPD im konterrevolutionären Gegenentwurf der bürgerlichen Geschichtsschreibung von der Nachkriegsgeschichte nur eine untergeordnete Rolle zugewiesen wird. Auch in neueren Darstellungen erfolgt keine realistischere Bewertung. Den meisten Raum widmet ihm noch Deuerlein, der ihn halbseitig referiert und immerhin eingesteht, daß es sich um einen „wirkungsvollen Aufruf“ gehandelt habe.<sup>13</sup> Aber statt ihn sachlich

<sup>11</sup> Horst Laschitzka, Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin 1969.

<sup>12</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S. 14.

<sup>13</sup> Ernst Deuerlein, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, a. a. O., S. 97.

zu analysieren, sucht Deuerlein ihn durch einen Bezug zur Oder/Neiße-Grenze (der im Aufruf nicht enthalten war bzw. sein konnte) zu disqualifizieren. Mit einem weiteren Bezug auf den Rückgang des Einflusses der KPD in den Westzonen sucht Deuerlein indirekt die Bedeutung des Aufrufs dadurch abzuwerten, daß er den Eindruck erweckt, die KPD hätte in Ostdeutschland unabhängig von diesem Aufruf durch die Eingriffe der sowjetischen Besatzungsmacht ihre Bedeutung erlangt.<sup>14</sup>

Andere Autoren nehmen in ihren knappen, bagatellisierenden Darlegungen zu einfachen Verfälschungen Zuflucht, wie zum Beispiel Freund, der aus dem Aufruf die Forderung nach einer „Sozialisierung aller Betriebe“ herausgelesen haben will.<sup>15</sup> Der Grundtenor ist, den Aufruf im Sinne einer bloßen Taktik kommunistischer Machtergreifung zu disqualifizieren.<sup>16</sup> Dabei wird deutlich, daß Grundthesen der damals demagogisch von „links“ geübten Kritik rechter SPD-Führer um Kurt Schumacher am Aufruf der KPD, seine Verleumdung der KPD als „Russenpartei“ und der Bündnispolitik als bloße Taktik von der bürgerlichen Geschichtsschreibung weitgehend rezipiert werden.

Webet wertet den Aufruf als Ausdruck der „damaligen Taktik Stalins für Osteuropa und Deutschland“<sup>17</sup>. Dabei hebt er – im Gegensatz zu Freund und anderen – gerade die „nichtkommunistischen“ Forderungen, wie die Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative hervor.

[45] Andere Autoren, wie Hillgruber<sup>18</sup> und Noack, halten es für möglich, den Aufruf entweder überhaupt nicht selbständig zu behandeln, oder ihn wie Nolte<sup>19</sup> lediglich in einem spezieller Zusammenhang kurz zu erwähnen.

Die KPD orientierte darauf, immer breitere Kreise der Bevölkerung – vor allem der Arbeiterklasse – in antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen zusammenzuschließen, neue demokratische Verwaltungsorgane aufzubauen. auf die die Arbeiterklasse wesentlichen Einfluß ausübte, und in antifaschistisch-demokratischen, revolutionären Massenaktionen grundlegende gesellschaftspolitische Veränderungen herbeizuführen, wie dies später durch die demokratische Bodenreform und die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher geschah. Die KPD entwickelte sich in Ostdeutschland, wo sie nicht wie in den Westzonen behindert wurde, rasch zu einer Massenpartei.

Der Vollzug einer von breiten Massen getragenen, wenn auch unterschiedlich reflektierten, geschichtlichen Wende, das heißt die Beseitigung der Reste und Grundlagen von Faschismus und Militarismus und eine tiefgehende Demokratisierung, ging der endgültigen Errichtung und dem Ausbau eines neuen staatlich-politischen Systems, der Ausarbeitung von Verfassungen und der Durchführung von Wahlen voran und mußte ihnen vorangehen. Das war ein entscheidender gesetzmäßiger Zusammenhang für den Aufbau und die Festigung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und die stetige Weiterführung des revolutionären Prozesses, der von der KPD in ihrer Politik berücksichtigt wurde. In den Westzonen wurde dieser Zusammenhang – allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen – für die restaurative Politik ausgenutzt. Hier konnten Großkapital und bürgerliche Verwaltungsbürokratie ihre wirtschaftlichen Machtpositionen erhalten und konsolidieren bzw. in neuen staatlichen Formen wieder aufbauen. Die Wahlen zu den Landtagen erfolgten seit Herbst 1946 auf der Basis einer bereits wieder, zum Teil in neuen Formen restaurierten, relativ konsolidierten bürgerlichen Gesellschafts- und Staatsordnung, in der die Großbourgeoisie die Hebel der Macht wieder fest in der Hand hatte und einen neuen Machtmechanismus manipulierte. Es war keineswegs so, wie das bürgerliche Geschichtsbild weismachen will, daß die westdeutsche Bevölkerung in diesen Landtagswahlen [46] grundlegende Entscheidungen getroffen hätte bzw. zu treffen gehabt hätte<sup>20</sup>, und schon gar nicht mit der Möglichkeit, eine geschichtliche Wende tatsächlich zu vollziehen.

---

<sup>14</sup> Ebenda, S. 98.

<sup>15</sup> Michael Freund, Der Untergang des Reiches: Die Kapitulation, in: Deutsche Geschichte, von Michael Freund, fortgeführt von Thilo Vogelsang, erw. und aktualisierte Sonderausgabe, Gütersloh/(West-)Berlin/München/Wien 1973, S. 1549.

<sup>16</sup> Ebenso auch Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 665.

<sup>17</sup> Hermann Weber, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946 bis 1971, a. a. O., S. 8.

<sup>18</sup> Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945-1972. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik. Deutsche Geschichte. Ereignisse und Probleme, hrsg. von Walter Hubatsch, Frankfurt (Main)/(West-)Berlin/ Wien 1974, S. 28.

<sup>19</sup> Ernst Nolte, Deutschland und der kalte Krieg, a. a. O., S. 205.

<sup>20</sup> Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, a. a. O., S. 58.

Anknüpfend an die Traditionen des deutschen Historismus konzentrierte sich die westdeutsche Geschichtsschreibung auch für die Nachkriegsgeschichte – und für sie besonders – darauf, die deutsche Geschichte unter dem Primat der Außenpolitik bzw. der internationalen Politik darzustellen. In dieser Richtung wurde die Forschungsarbeit vor allem seit den sechziger Jahren vorangetrieben und das bürgerliche Geschichtsbild hauptsächlich weiterentwickelt. Das Primat der Außenpolitik bzw. der internationalen Politik bildet die konzeptionelle Hauptleitlinie für bürgerliche und rechtssozialdemokratische Gesamtdarstellungen – auch und besonders der Periode von 1945 bis 1949. Die Entwicklung Deutschlands, insbesondere seine unterschiedliche innere Entwicklung, wurde als bloße Funktion der weltpolitischen Entwicklung verfälscht und abgewertet.

Die 1945 einsetzende neue Stufe der „Internationalisierung“ der deutschen Geschichte, die auch im marxistischen Geschichtsbild herausgearbeitet wird, wurde maßlos überzogen und auf ganz einseitige Weise, ganz im Geiste des kalten Krieges konzipiert. Die bürgerliche Geschichtsschreibung ging dabei so vor, daß sie die Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den Westmächten infolge der imperialistischen Politik des kalten Krieges als eine Art „Grundkonflikt“ verallgemeinerte und schon in die Zeit der Antihitlerkoalition<sup>21</sup> oder noch weiter zurückverlegte. Die Teilung Deutschlands war in der „widernatürlichen Allianz“<sup>22</sup> und der damit verbundenen angeblichen Unmöglichkeit, ein übereinstimmendes Programm gegenüber und in Deutschland durchzuführen, sozusagen von vornherein schicksalhaft präformiert.<sup>23</sup> Schwarz stellt in diesem Zusammenhang fest: 1948 „nahm die Teilung Europas in zwei antagonistische sozialpolitische Ordnungssysteme Gestalt an ... Die Eigenart des Systems von 1948 wird aber nur voll verständlich, wenn man es als Endpunkt einer großen Krise des europäischen Staatensystems versteht, die die 15 Jahre von 1933 bis 1948 umfaßt“<sup>24</sup>. Und weiter: „Wie die Geschehnisse der Jahre 1947 und 1948 deutlich machten, war die innere Entwicklung in Europa letzten Endes eine Funktion der Vorgänge im internationalen System.“<sup>25</sup> Im gleichen Sinne spricht Waldemar Bes-[47]son davon, daß sich „in Deutschland eine Art Subsystem der neuen bipolaren Weltpolitik, die erste und wichtigste Unterabteilung des Kalten Krieges“<sup>26</sup> herausbildete. Und Ernst Nolte faßt seine Untersuchung über den kalten Krieg so zusammen: „Die USA und die Sowjetunion waren lebenskräftige Systeme und authentische Ideologie-Staaten, zwar unterschiedlich nach Alter und Militanz, aber gerade deshalb von essentieller, wenngleich nicht absoluter Feindseligkeit, und daher war mit ihrem Zusammentreffen auf deutschem Boden der kalte Krieg und die Teilung Deutschlands so unvermeidlich, wie nur je ein historisches Ereignis unvermeidlich war.“<sup>27</sup> Alle anderen Auffassungen vom kalten Krieg seien unhaltbar, behauptet Nolte abschließend.

Gegenüber der primitiven Schwarz-Weiß-Malerei der fünfziger Jahre wird hier der Anschein einer objektiven bzw. objektivierenden Betrachtungsweise erweckt – aber eben nur der Anschein.

Daß der kalte Krieg und die Teilung Europas in Blöcke nicht zwangsläufig waren, daß es in dem Ziel, ein Europa des dauerhaften Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit zu schaffen, einen ursprünglichen Konsensus zwischen den Völkern und Mächten der Antihitlerkoalition gab, der auch ein in wesentlichen Grundpositionen übereinstimmendes Programm gegenüber Deutschland einschloß, und worin diese Grundpositionen bestanden – diese Problematik bleibt nach wie vor aus dem bürgerlichen Geschichtsbild verbannt. Angefangen von den im Geiste einer primitiven abendländischen Kreuzzugsideologie gegen den „Sowjetkommunismus“ geschriebenen Nachkriegsdarstellungen der fünfziger Jahre bis zu den um eine gewisse Seriosität bemühten Darstellungen der siebziger Jahre ist die bürgerliche Geschichtsschablone die gleiche geblieben. Das weisen auch zwei weitere repräsentative Beispiele deutlich aus.

---

<sup>21</sup> Siehe dazu die umfassende marxistische Arbeit: Viktor Issraelian, Die Antihitlerkoalition, Moskau 1975.

<sup>22</sup> Wolfgang Wagner, Die Teilung Deutschlands (1941-1949), in: Teilung und Wiedervereinigung. Eine weltgeschichtliche Übersicht, für die Ranke-Gesellschaft hrsg. von Günther Franz, Göttingen/(West-)Berlin/Frankfurt (Main)/Zürich 1963, S. 177.

<sup>23</sup> Im gleichen Sinne jüngst Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 595 ff.; 625.

<sup>24</sup> Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, a. a. O., S. 29 f.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 32.

<sup>26</sup> Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, a. a. O., S. 24.

<sup>27</sup> Ernst Nolte, Deutschland und der kalte Krieg, a. a. O., S. 599.

Es handelt sich zunächst um die in mehreren Auflagen erschienene, weitverbreitete Deutsche Geschichte Michael Freunds, 1973 im Bertelsmann Lexikon-Verlag als Sonderausgabe erneut herausgegeben und von Thilo Vogelsang für die Zeit ab 1963 fortgeführt. Der Teil V ist überschrieben „Das geteilte Deutschland (1945-1963)“ und nach folgenden Abschnitten abgehandelt: Regierung Dönitz, Kontrollrat, Potsdamer Konferenz oder „Der verlorene Friede“, die Austreibung, im Schatten der [48] Atombombe, das Nürnberger Tribunal, Morgenthauplan und Reparationen, „Neue Anfänge im Osten“, Labyrinth der Konferenzen, Industrieplan und Demontage, das Zusammenwachsen Westdeutschlands mit Westeuropa, die Währungsreform, Berliner Blockade usw. Während unter dem seltsamen Titel „Neue Anfänge im Osten“ die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone auf zwei Seiten(!) in platter antikommunistischer Weise, auf die wir an anderer Stelle noch zurückkommen, „dargestellt“ wird, fehlt die Problematik der inneren Entwicklung der Westzonen fast völlig.

Gleichfalls 1973 erschien die ebenfalls weitverbreitete, ursprünglich von Peter Rassow herausgegebene Deutsche Geschichte in dritter, ergänzter Auflage, die nach dem Tode Rassows von Theodor Schieder besorgt worden war. Der 1953 erstmals verfaßte Nachkriegsteil von Wilhelm Cornides wurde, nach dessen Tod, von Andreas Hillgruber neu geschrieben. Auch diese Darstellung folgt eindeutig der charakterisierten Grundkonzeption des bürgerlichen Nachkriegsgeschichtsbildes. Auch hier erscheint die innere Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone kurz im Blickfeld – als integrierender Bestandteil dieser Konzeption im Sinne der Sowjetisierung, das heißt als Funktion der Politik der Besatzungsmacht bzw. der mit ihr verbundenen kommunistischen Minderheit. Die Problematik der Entwicklung Deutschlands wird – von der gesellschaftspolitischen Ebene weg – zur Problematik außenpolitischer Orientierungen umfunktionierte, wobei natürlich die „Westorientierung“ durch eine antisowjetische Version des Ost-West-Konfliktes als unausweichlich erscheint.

Anknüpfend an seine umfangreiche Darstellung des Weges „Vom Reich zur Bundesrepublik“ aus den sechziger Jahren räumt Schwarz 1974 zwar grundsätzlich ein, daß auf der Grundlage von Jalta und Potsdam ein „gesamteuropäisches Kooperationsystem“ eine mögliche Variante gewesen sei und daß 1945 noch nicht über die Alternative, Entstehung eines Konflikt- oder eines Kooperationsystems, entschieden gewesen sei. Sich den Anschein von Objektivität gehend, faßte er seine Analyse dahingehend zusammen: „Sicher ist jedenfalls, daß alle Ansätze für ein gesamteuropäisches Kooperationsystem und damit auch zur einvernehmlichen Lösung des Deutschlandproblems im Verlauf von drei Jahren völlig zusammenbrachen.“<sup>28</sup> [49] Die Ursachen für sein Nichtzustandekommen lagen angeblich nicht im Übergang der imperialistischen Mächte zu einem antisowjetischen Kurs, sondern in Sachzwängen und Uneinigkeiten. Aber hintergründig wird das Bild wieder in antisowjetische Position gerückt durch die Behauptung: „Es drohte 1945 eben nicht nur der Ost-West-Konflikt, sondern auch die Penetration des Kontinents durch die Sowjetunion.“<sup>29</sup>

Bei allen Modifizierungen im einzelnen wird im bürgerlichen Geschichtsbild nach wie vor das Potsdamer Abkommen verketzert. Noch immer wird in der Sache die von Hans Rothfels 1955 entwickelte These rezipiert, wonach „Potsdam als Ausgangspunkt für die Gefährdungen Deutschlands und Europas in den letzten zehn Jahren“<sup>30</sup> erscheint.

In jüngster Zeit ist das Bemühen stärker zu spüren, die bürgerliche Klassenposition bei der Diffamierung des Potsdamer Abkommens durch die Betonung seiner angeblich unterschiedlichen Interpretierbarkeit zu tarnen.<sup>31</sup> Natürlich werden Abkommen zwischen Staaten, insbesondere zwischen Staaten gegensätzlicher sozialer und politischer Ordnung, von beiden Seiten unterschiedlich interpretiert. Das kann jedoch nicht so weit gehen, daß eine Politik der Nichterfüllung und des Bruchs des Potsdamer Abkommens, wie sie die Westmächte in zunehmendem Maße betrieben, als Ausdruck einer solchen

---

<sup>28</sup> Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen ..., a. a. O., S. 36.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 33

<sup>30</sup> Hans Rothfels, Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Vorträge und Aufsätze, Göttingen 1959, S. 250.

<sup>31</sup> Siehe z. B. Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik, hrsg. vom Auswärtigen Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats, Köln 1972, S. 15; Paul Noack, Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart/(West-)Berlin/Köln/Mainz 1972, S. 12; Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 624 (Erdmann spricht von einer „Leerformel“ hinsichtlich der Behandlung Deutschlands.).



Interpretierbarkeit gewertet wird, wie es die bürgerliche Geschichtsschreibung tut. Einig in der Abwertung des Potsdamer Abkommens und in der Infragestellung seiner völkerrechtlichen Verbindlichkeit sind die Argumente und Wertungen unterschiedlich und widersprechen einander. Die Ursache der Abwertung wird – trotz aller Bemühungen zur Verschleierung – deutlich, wenn Freund beschwörend feststellt: „Die Lösung von Potsdam für die deutsche Frage bestand in einer sozialrevolutionären Umformung Deutschlands ...“<sup>32</sup> Und auch Hillgruber konstatiert ähnlich: „Im ganzen boten die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz eine Grundlage für die Konsolidierung der sowjetischen Herrschaft in dem von der Roten Armee eroberten Ostmitteleuropa ...“<sup>33</sup> Einige Autoren gestehen zu, daß die Deutschland- und Besatzungspolitik der Sowjetunion mehr oder weniger in Abstimmung mit dem Potsdamer Abkommen erfolgt sei, suchen sich jedoch dann auf seine unterschiedliche Interpretierbarkeit bzw. seine angebliche Unrealisierbarkeit zurückzuziehen. Die [50] Frage, wer das Potsdamer Abkommen „zuerst und wer es mehr verletzt hat“ sei „letztlich unerheblich“<sup>34</sup>. Das Potsdamer Abkommen, heißt es in einer neuen Untersuchung, sei zwar ein „Kompromiß auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners“ gewesen. Es habe jedoch durch die angeblich unterschiedliche Interpretierung durch die Unterzeichnermächte „den Keim der Selbstvernichtung in sich“ getragen.<sup>35</sup>

Die bürgerliche Geschichtswissenschaft rezipiert im Grunde den bereits von Adenauer eindeutig bezogenen Klassenstandpunkt und variiert ihn, von dem aus das Potsdamer Abkommen deshalb als besonders verwerflich erscheint, weil es nicht nur eine gegen den deutschen Faschismus und Militarismus und seine großkapitalistischen Wurzeln gerichtete Spitze besaß, sondern sich Sowjetunion und angloamerikanische Westmächte mit ihrer Unterschrift auf einen gemeinsamen Nenner der Behandlung Deutschlands geeinigt hatten, der jene antiimperialistische Stoßrichtung einschloß. Für die großkapitalistischen deutschen Kräfte war das Zerschlagen der Antihitlerkoalition und ein Abgehen der Westmächte vom Potsdamer Abkommen Grundbedingung für den Erfolg ihrer restaurativen Politik in den Westzonen Deutschlands. Ein anderer Aspekt des Potsdamer Abkommens bestand darin, daß es den demokratischen Kräften des deutschen Volkes auch gegenüber den Besatzungsmächten eine völkerrechtliche Grundlage für ihren mit den Grundsätzen und Zielen des Potsdamer Abkommens übereinstimmenden Kampf um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung gab. Diese Aspekte werden bei der Behandlung des Potsdamer Abkommens durch die bürgerliche Geschichtsschreibung grundsätzlich ausgeklammert. Und das aus naheliegenderem Grund. Müßten doch hier gesellschaftspolitische Prinzipien und Zielstellungen herausgearbeitet und Normative entwickelt werden, die in eindeutiger Alternative zum restaurativen Weg vom Reich zur BRD stehen.

Das deutsche Volk war keineswegs nur Objekt der Weltpolitik bzw. der Besatzungsmächte – ebensowenig wie übrigens die deutsche Bourgeoisie. Das Verhältnis von sowjetischer Militäradministration und antifaschistisch-demokratischen Kräften des deutschen Volkes ist von der marxistischen Geschichtsschreibung eingehend und differenziert behandelt worden. Auf eine kurze Formel gebracht: Die Befreiungstat der Sowjetunion [51] gab dem deutschen Volk eine große Chance – und in der sowjetischen Besatzungszone wurde diese Chance, diese Möglichkeit zu einer geschichtlichen Wende durch den Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, in tiefgreifenden revolutionären Aktionen in Wirklichkeit verwandelt. Die SMAD leistete hierbei unschätzbare Hilfe und Unterstützung und beeinflusste – durch eine Reihe von Maßnahmen, die sie in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen bzw. in Ausführung von Kontrollratsgesetzen ergriff – die Entwicklung ihrer Besatzungszone im antifaschistisch-demokratischen Sinne, beeinflusste das Kräfteverhältnis der Klassen zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Sie betrieb jedoch keinen „Export der Revolution“, wollte und konnte der deutschen Arbeiterklasse und ihren Verbündeten nicht den Vollzug revolutionärer Umwälzungen abnehmen. Bei aller Problematik im einzelnen ist entscheidend, daß sich die Sowjetunion in ihrer Deutschland- und Besatzungspolitik von den Prinzipien und Zielsetzungen des Potsdamer Abkommens leiten ließ, und das schloß die Achtung des Rechtes des

<sup>32</sup> Michael Freund., Deutsche Geschichte, a. a. O., S. 1539.

<sup>33</sup> Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945-1972, a. a. O., S. 21.

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Klaus Körner, in: Handbuch der deutschen Außenpolitik, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, München/Zürich 1975, S. 565.

deutschen Volkes auf demokratische Selbstbestimmung ein.<sup>36</sup> Diese Tatsache gestaltete das Verhältnis von Besatzungsmacht und antifaschistisch-demokratischen Kräften des deutschen Volkes in der sowjetischen Besatzungszone von Grund auf anders, verglichen mit den in den Westzonen bestehenden Beziehungen – ungeachtet aller Belastungen, wie sie durch die Reparationen und andere Erfordernisse zeitweilig auftreten mußten. Darüber hinaus bestand zwischen der bedeutendsten politischen Kraft in der sowjetischen Besatzungszone, der KPD, und der KPdSU eine besondere, enge, fest auf dem Boden des proletarischen Internationalismus begründete Beziehung.<sup>37</sup> Damit erschloß sich eine Dimension vertrauensvoller Zusammenarbeit im Interesse der deutschen Arbeiterklasse mit der Besatzungsmacht, die die Kraft der antifaschistisch-demokratischen Bewegung potenzierte und die in den Westzonen undenkbar war.

In den Westzonen gestaltete sich das Verhältnis zwischen den Besatzungsmächten und den antifaschistisch-demokratischen Kräften gänzlich anders.<sup>38</sup> Die westlichen Militärregierungen waren in der ersten Zeit die entscheidende Kraft bei der Unterdrückung antifaschistisch-demokratischer Bestrebungen bzw. dem Abblocken von grundlegenden Veränderungen. Ihre Wirk-[52]samkeit war für das Fortschreiten des restaurativen Entwicklungsprozesses zunächst unentbehrlich, aber es bestand auch in dieser Beziehung keine Omnipotenz der Besatzungsmächte. Auch die restaurative Entwicklung in den Westzonen wurde von Anfang an und in zunehmendem Maße von den Kräften der reaktionären deutschen Bourgeoisie in der Wirtschaft, den Verwaltungen und Parteien vorangetrieben und geprägt.

Es handelt sich also bei der „Objekt“- und „Omnipotenz“-These – auch in ihren modifizierten Formen – in jedem Fall um eine pseudowissenschaftliche Problematisierung, die darauf abzielt, von der gesellschaftspolitischen Problematik, den Klassen- und Machtfragen, wie sie in Deutschland zur Entscheidung standen, abzulenken. Die neue Stufe der „Internationalisierung“ der deutschen Geschichte, wie sie sich 1945 herausbildete, bedeutete nicht deren Liquidierung, wie das in den bürgerlichen Geschichtsbildern faktisch zum Ausdruck kommt. Vor einer wissenschaftlichen Ausgangsanalyse steht deshalb primär die Aufgabe, die neuen Bedingungen, den Handlungsrahmen und die objektiven Aufgaben deutscher Nachkriegspolitik unter Berücksichtigung der Dialektik von Internationalem und Nationalem zu bestimmen und das Wirken der deutschen politischen Kräfte danach zu werten. Aber genau das leistet die bürgerliche Geschichtsschreibung *mit Absicht* nicht.

Das geschieht auch nicht bei Bemühungen, die mit Schwarz' Darstellung 1966<sup>39</sup> eingeleitet worden sind, außenpolitische Vorstellungen deutscher bürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker und Publizisten in die innerdeutsche Diskussion mit einzubeziehen. Denn Schwarz problematisiert die Dialektik von Internationalem und Nationalem in der Inkubationsphase nicht unter Einschluß der wirklichen alternativen Entwicklungsmöglichkeiten, die sich aus einer eigenständigen, auf das Potsdamer Abkommen gestützten konsequent antifaschistisch-demokratischen Politik ergaben. Er bleibt vielmehr im bürgerlichen Rahmen innerdeutscher Diskussion, wie er durch die Exponenten Adenauer und Kaiser abgesteckt war, um dann über das zwangsläufige Scheitern Kaisers die Zwangsläufigkeit der von Adenauer betriebenen Westintegration nachzuweisen.<sup>40</sup> Auch die jüngsten Ansätze, innenpolitische Diskussionen in den Westzonen zu analysieren,<sup>41</sup> bewegen sich in diesem Rahmen und bedeuten noch keine echte Problematisierung, sondern lediglich [53] den Versuch, das bürgerliche Geschichtsbild abzurunden, es flexibler zu machen.

Charakteristisch für das konterrevolutionäre bürgerliche Geschichtsbild ist bereits die Behandlung des Endes des 3. Reiches. Typisch ist die Wertung von Ernst Deuerlein, die er bezeichnenderweise weitgehend aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts übernimmt. Deuerlein wertet „die vollständige Besetzung des deutschen Staatsgebietes, die Kapitulation der Wehrmacht, das Aufhören

<sup>36</sup> Siehe Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, 2. Teil: 1945 bis 1970, Berlin 1971.

<sup>37</sup> Heinz Heitzer, Hauptetappen der Kampfgemeinschaft von SED und KPdSU, in: ZfG, H. 9/1976, S. 973 ff.

<sup>38</sup> Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung, a. a. O., S. 80 ff.

<sup>39</sup> Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 343 ff.

<sup>41</sup> Siehe Karlheinz Nieclauß, Die Entstehung der Bundesrepublik als Demokratiegründung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart, H. 1/1974, S. 46 ff.

jeder staatlichen Verwaltungstätigkeit, die Auflösung aller Einrichtungen und Organisationen der den Staat allein tragenden Partei“, also des Hitlerstaats und der Nazipartei, als „Katastrophe, die in der neueren Geschichte ohne Beispiel ist“<sup>42</sup>.

Eine solche Wertung reflektiert eindeutig bürgerliches, in den reaktionären Traditionslinien deutscher Geschichte festverwurzeltes Klasseninteresse. Sie favorisiert die Möglichkeit der Fortdauer des faschistischen Deutschen Reiches und einer imperialistischen Friedensregelung. Die Schuld des Hitlerfaschismus liegt nicht darin, den Krieg begonnen, sondern ihn verloren zu haben. Diese Wertung disqualifiziert den Sieg des Befreiungskampfes der Völker gegen den Hitlerfaschismus sowie die Tatsache, daß der „Untergang des Reiches“ die Befreiung des deutschen Volkes von einem verruchten, verbrecherischen Regime bedeutete und ihm die Chance bot, eine geschichtliche Wende zu vollziehen, wiedergutzumachen und in den Kreis der Völker wieder aufgenommen zu werden. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn das deutsche Volk sich selbst vom Hitlerfaschismus hätte befreien können bzw. wenn aus seinen Reihen ein größerer eigener Beitrag hierzu geleistet worden wäre. Dafür kämpfte die deutsche Widerstandsbewegung im In- und Ausland, allen voran die KPD.

Die Beseitigung des Hitlerregimes und die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht, die in der Lage und willens gewesen wäre, Faschismus und Militarismus restlos zu beseitigen, den Krieg zu beenden, dauerhafte Friedensgarantien zu schaffen und Wiedergutmachung zu leisten, hätte dem deutschen Volk viel erspart. Diese Möglichkeit wurde nicht zur Wirklichkeit. Dazu trug die abwartende und zwiespältige Haltung derjenigen Kräfte der deutschen Bourgeoisie wesentlich bei, die das Hitlerregime durch eine andere Form [54] imperialistischer Herrschaft ersetzen wollten. Gerade diejenigen Klassenkräfte, deren ideologische Interessenvertreter nachträglich die Besetzung Deutschlands zu diffamieren suchten, wirkten im negativen Sinne wesentlich an den Ursachen für die Besetzung Deutschlands mit.

Die Befreiung des deutschen Volkes durch die Besetzung Deutschlands lag letztendlich – nachdem sich eine Selbstbefreiung als nicht realisierbar erwies – im Interesse des deutschen Volkes selbst. Das festzustellen ist möglich, weil die Völker der Antihitlerkoalition einen gerechten Krieg führten, die Hauptmacht der Antihitlerkoalition die Sowjetunion und damit garantiert war, daß am Ende des zweiten Weltkrieges kein das deutsche Volk versklavendes „Superversailles“ vollzogen werden würde.

In jüngster Zeit mehren sich im bürgerlichen Lager der BRD selbst Stimmen, die die bisherige (unwissenschaftliche) Behandlung der Inkubationsphase der Nachkriegsentwicklung durch die bürgerliche Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft kritisieren.<sup>43</sup> „In der Tat“, konstatiert G. Ziebura, „es fehlt uns noch immer eine Theorie über die Bedeutung des Jahres 1945 (verkürzt formuliert) für die Entwicklung der deutschen und schließlich sehr schnell zweier deutscher Gesellschaften – eine Theorie, die die ins Auge springende Diskontinuität ebenso ‚bewältigt‘ wie die Elemente der Kontinuität, sowohl im Westen wie im Osten.“ Angeblich habe das die marxistische Geschichtswissenschaft auch noch nicht geleistet. Ziebura arbeitet dann als Leitfaden für die Bewältigung dieser Problematik den Gedanken heraus, „daß beide Gesellschaften, unendlich mehr als es je zuvor in der deutschen Geschichte der Fall gewesen war, von den Gesellschaften der beiden Supermächte ‚penetriert‘ wurden bis zu einem Punkt, da sie, jedenfalls zunächst, zu schlichten Anhängseln transformiert wurden“.<sup>44</sup> Das mag zwar für die Darstellung der Entwicklung der Westzonen ein richtiger und wichtiger Teilansatz sein, der – nebenbei bemerkt – für die marxistische Geschichtsschreibung nicht neu ist. Hinsichtlich der Gesamtproblematik und der Entwicklung Ostdeutschlands bedeutet dieses Herangehen letztlich doch nichts anderes als eine Variante der Objekt- und Omnipotenzkonzeption bzw. der Sowjetisierungskonzeption.

Gemäß der charakterisierten Leitlinie der bürgerlichen Ge-[55]schichtsschreibung, die Entwicklung Deutschlands nach 1945 als Funktion der internationalen Politik bzw. der Politik der Besatzungsmächte zu konzipieren, nimmt die Darstellung dieses Gegenstandes breiten Raum ein und steht im

---

<sup>42</sup> Ernst Deuerlein, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, a. a. O., S. 3 f.

<sup>43</sup> Siehe Gilbert Ziebura in der Einleitung zu: Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, a. a. O.

<sup>44</sup> Ebenda.

Vordergrund. Dabei steht die Darstellung der sowjetischen Europa- und Deutschlandpolitik ganz im Zeichen der Rechtfertigung des Bruchs der Antihitlerkoalition durch die Westmächte und ihrer Politik des kalten Krieges, deren Produkt die BRD ist, sowie antisowjetischer Legendenbildung. Die sowjetische Europa- und Deutschlandpolitik war entgegen allen diesen antisowjetischen Verleumdungen zutiefst an einer vertraglichen Regelung der Nachkriegsfragen auf der Grundlage der Beschlüsse der Antihitlerkoalition interessiert. Sie ließ sich von demokratischen Prinzipien des Völkerrechts leiten, insbesondere dem Recht jedes Volkes, über seine gesellschaftliche und staatliche Ordnung selbst zu entscheiden. Das weist unter anderem die Haltung der Sowjetunion auf den Konferenzen des Rates der Außenminister ebenso aus wie ihre gesamte Politik in Deutschland.<sup>45</sup> Diese Tatsachen werden von der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung verschwiegen oder verzerrt wiedergegeben, und es wird unermüdlich die These von der angeblichen sowjetischen Absicht, ganz Westeuropa zu erobern, und von der angeblichen Sowjetisierung all der Länder, die sie vom Hitlerfaschismus befreite, strapaziert. Verallgemeinernd wird die Befreiungsmision der Roten Armee dahingehend verfälscht, daß in all den von ihr vom Faschismus befreiten Ländern „kommunistische Parteien an die Macht“ kamen, „deren Regime zu Satelliten der kommunistischen Supermacht wurden“<sup>46</sup>.

Abgesehen vom diffamierenden Charakter dieser Behauptung der Politikwissenschaftler Sontheimer und Bleek steht sie auch noch schlicht und einfach mit den Tatsachen auf Kriegsfuß. Denn einerseits brach sich durchaus nicht in allen von der Sowjetarmee besetzten Gebieten eine revolutionäre Entwicklung erfolgreich Bahn und entstand eine volksdemokratische Ordnung, andererseits war das wiederum nicht nur dort der Fall, wo die Sowjetarmee ihre Befreiungsmision direkt ausübte.<sup>47</sup> Wir werden auf die Sowjetisierungsthese im nächsten Kapitel noch ausführlicher eingehen.

Zweifellos hat die bürgerliche Geschichtsschreibung – wenn [56] sie sich nicht gar zu sehr über Tatsachen und Quellen hinwegsetzt, und das wird ihr nicht mehr so leicht gemacht – einige zunehmende Schwierigkeiten zu überwinden, die sowjetische Deutschlandpolitik in ihr Schema hineinzupressen. Um dieser Schwierigkeit Herr zu werden, sucht sie Zuflucht bei allerlei Hilfskonstruktionen.

So führt Hans-Peter Schwarz eine angebliche Übergangsphase der sowjetischen Politik von 1945 bis 1947 ein. Danach sollen in dieser Zeit mehrere sowjetische Konzeptionen nebeneinander existiert haben. Und schließlich ist Schwarz mangels beweiskräftiger Quellen gezwungen einzuräumen: „Vieles nötigt zur Annahme, daß insgeheim Unterwerfung und Sowjetisierung angestrebt wurden. Letztere Klarheit kann in diesem Punkt nicht gewonnen werden.“<sup>48</sup> Diese selbsteingestandene mangelnde Klarheit hindert ihn und andere bürgerliche Geschichtsschreiber jedoch nicht, die „sowjetische Bedrohung“ als zentrale Konstante ihres Geschichtsbildes weiterhin zu verwenden. Denn die verleumderischen Behauptungen von der angeblichen Sowjetisierung Ostdeutschlands und der angeblich durch die Sowjetunion angestrebten Unterwerfung ganz Deutschlands und Europas sind unentbehrlich, um der Sowjetunion die Hauptverantwortung für den kalten Krieg, für das Ausbleiben einer Regelung der deutschen Frage auf den Außenministerkonferenzen, für den Abbruch der alliierten Viermächteverwaltung und schließlich für die Spaltung Deutschlands anzulasten. Im besonderen Maße wird dabei die völlig gerechtfertigte Haltung der Sowjetunion in der Reparationsfrage entstellt.<sup>49</sup>

Die Entwicklung der Besatzungspolitik der Westmächte von einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und Ansätzen der Einhaltung der alliierten Beschlüsse bis zur antisowjetischen Separatpolitik und bis zum offenen Bruch des Potsdamer Abkommens erscheint in den bürgerlichen Darstellungen als die Entwicklung von einer zwiespältigen, schwankenden und „unvernünftigen“ zu einer zielstrebigem, starken und „vernünftigen“ Deutschland- und Besatzungspolitik. Die Stuttgarter Rede von US-

<sup>45</sup> Siehe Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, a. a. O.

<sup>46</sup> Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR, a. a. O., S. 33

<sup>47</sup> Siehe dazu: Die Befreiungsmision der Sowjetstreitkräfte im zweiten Weltkrieg, unter der Redaktion und mit einem Vorw. von A. A. Gretschnko, Berlin 1973, S. 509.

<sup>48</sup> Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O., S. 221.

<sup>49</sup> Siehe die Ausführungen und Literaturhinweise von Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 621 ff.; 685 ff. Eine eingehende Darstellung dieser Problematik wird vorgenommen in: Horst Barthel, Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945 bis 1949/50. Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf dem Gebiet der DDR, Berlin (im Druck).

Außenminister Byrnes vom 6. September 1946, die das Abwenden der USA von der Vier-Mächte-Politik signalisierte und den auf die Spaltung Deutschlands gerichteten Charakter der Bizonenbildung unterstrich, wird als die endliche Wende gewürdigt,<sup>50</sup> die mit der Truman-Doktrin und dem Marshall-[57]plan fixiert wurde. Die Dankbarkeit für die mit diesem imperialistischen Kurs verbundene Rettung der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung vor antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen in den Westzonen und ihre volle Restauration war offensichtlich so groß, daß sie eine wissenschaftlich-kritische Darstellung der westlichen Deutschland- und Besatzungspolitik kaum zuließ. Diese Politik wurde durchweg „demokratisch-freiheitlich“ verklärt. Die antidemokratischen Maßnahmen der Westmächte, die wesentlich dazu beitrugen, eine wirklich demokratische Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse in den Westzonen zu verhindern, wurden weitgehend ignoriert oder bagatellisiert. Dieses Bild war aber offensichtlich nicht mehr länger aufrechtzuerhalten – auch unter dem Einfluß bürgerlicher Darstellungen vor allem aus den USA.<sup>51</sup> So macht zum Beispiel John Gimbel, ungeachtet seiner bürgerlichen Grundeinstellung, deutlich, daß es nicht primär um die Durchsetzung von Idealen und „Demokratie“, sondern um die Durchsetzung imperialistischer Interessen der USA ging, deren Wahrnehmung die Erhaltung „des freien Unternehmertums“<sup>52</sup> um jeden Preis mit einschloß. Er weist unter anderem auch nach, daß die Parole von der angeblichen sowjetischen Bedrohung lediglich als Vehikel zur Durchsetzung der imperialistischen Marshallplan- und Blockpolitik diene. Es wird nunmehr auch eine strukturbeeinflussende Intervention der westlichen Besatzungsmächte, insbesondere der amerikanischen, zugegeben, die aber, wie Ernst-Otto Czempiel meint, „im großen und ganzen der Tradition wie der Option Westdeutschlands“ entsprechen hätte. Aber immerhin, so wird zugegeben, kam es auf einem Gebiet „zu qualitativen Abweichungen: bei der Wirtschaftsorganisation“<sup>53</sup>. Die USA „leisteten Widerstand, wo Vergesellschaftungen vorgenommen oder ermöglicht werden sollten; sie trugen dazu bei, daß sich in Westdeutschland eine konservative Version des Kapitalismus entwickelte“<sup>54</sup>.

Hier wird nun, um die „demokratische Legitimation“ des Weges zur kapitalistischen BRD zu retten, die bereits erwähnte Konvergenzthese angesetzt. Danach habe sich, wie Schwarz behauptet, angeblich eine „Konvergenz“ zwischen westalliierten und westdeutschen Bestrebungen herausgebildet „sowohl hinsichtlich der langfristigen außenpolitischen Strategien wie der Vorstellungen bezüglich der inneren Ordnung ...“<sup>55</sup> In der [58] bereits genannten jüngst erschienenen 9. Auflage von Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte, die von Erdmann besorgt wurde, wird demgegenüber wieder eine traditionell-konservative Behandlung dieser Problematik deutlich.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß der „Einstieg“ der bürgerlichen Geschichtsschreibung in die deutsche Nachkriegsgeschichte nicht nur Unwissenschaftlichkeit und mangelnde Objektivität schlechthin belegt, sondern daß dieser „Einstieg“ auch in den jüngsten Publikationen über aggressiven und militanten Antisowjetismus und Antikommunismus als die konzeptionellen Hauptleitlinien dieses Geschichtsbildes erfolgt. [59]

---

<sup>50</sup> Siehe z. B. Paul Noack, Die deutsche Nachkriegszeit, 2. Aufl., München/Wien 1973, S. 53; Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 636 f.

<sup>51</sup> John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945 bis 1949, Frankfurt (Main) 1971.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>53</sup> Ernst-Otto Czempiel, Die Bundesrepublik und Amerika. Von der Okkupation zur Kooperation, in: Die zweite Republik, a. a. O., S. 561.

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen, a. a. O., S. 29.

### 3. Verteufelung der revolutionären Umwälzungen in Ostdeutschland und der Entstehung der DDR

Mit ihrer pseudowissenschaftlichen Problematisierung der Ausgangssituation von 1945 vollzieht die bürgerliche Geschichtsschreibung in zielgerichteter, zum Teil nicht ungeschickter Verfälschung der Geschichte die Weichenstellung, um nunmehr den Weg vom „Reich zur BRD“ einerseits, zur DDR andererseits als von übergreifenden Sachzwängen, vor allem dem Ost-West-Konflikt, bestimmt, plausibel machen zu können. Dabei werden diese beiden Wege sehr unterschiedlich dargestellt und gewertet. Die Entwicklung vom Reich zur BRD wird als der „normale“, demokratisch legitimierte, der geschichtlichen Kontinuität entsprechende Weg aufgewertet, seine Darstellung in den Mittelpunkt gerückt – bei Verhüllung der gesellschaftlichen und politischen Grundfragen, der Klassenkampf- und Machtbezüge. Die revolutionären Umwälzungen in Ostdeutschland, aus denen, als notwendige Reaktion auf die imperialistische Spaltungspolitik und die Schaffung der BRD, die DDR hervorging, werden als „abnorm“, angeblich undemokratisch der deutschen geschichtlichen Tradition nicht entsprechend, von außen bzw. von einer Minderheit mit Hilfe der Besatzungsmacht oktroyiert abgewertet – und erscheinen in diesem Geschichtsbild vom zugewiesenen Platz und zugemessenen Umfang her als Randerscheinung. Das, was in den bisher vorliegenden Gesamtdarstellungen dazu geboten wird, kann kaum als ernsthafter Versuch zur Objektivierung und Problembewältigung gewertet werden, sondern eher als Versuch der Problemverdrängung zugunsten der Propagierung von politisch wünschenswerten Klischeevorstellungen.

Abgesehen von Ansätzen in einigen wenigen Spezialuntersuchungen hat sich in der Darstellung des revolutionären Prozesses der Entstehung der DDR in der bürgerlichen Geschichts-[60]schreibung in den siebziger Jahren gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren kein wesentlicher Wandel vollzogen. Und das hat seinen politisch-ideologischen Grund. Die Geschichte bzw. Entstehungsgeschichte der DDR beinhaltet die erfolgreiche Überwindung des Großkapitalismus auf deutschem Boden, die Systemänderung, die Probleme und Erfahrungen, die bei der erfolgreichen Entmachtung der reaktionären Bourgeoisie und der Errichtung der Hegemonie der Arbeiterklasse gemacht wurden. Diese historische Entwicklung ist für den gegenwärtigen und künftigen antimonopolistisch-demokratischen Kampf in der BRD und in anderen kapitalistischen Ländern von unmittelbarer Bedeutung. Zugleich verkörpert sie die demokratische und progressive Alternative zum restaurativen Weg vom Reich zur BRD und ist damit geeignet, die historische Legitimität dieser Restauration und das damit verbundene Geschichtsbild grundsätzlich in Frage zu stellen.

Aus diesem Grunde behandelt die bürgerliche Geschichtsschreibung die Geschichte der revolutionären Umwälzungen, aus denen die DDR hervorging, nach wie vor, mit nur wenigen Modifikationen in der Wertung und Argumentation, auf die bisher übliche, verzerrte Art und Weise. Typisch ist, daß die Problematik der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen selbst auf dem knappen Platz, den man ihr einräumt, noch in den Hintergrund gedrängt wird. Vordergründig werden die Rolle der Besatzungsmacht im Sinne der Omnipotenz- und der Sowjetisierungsthese, die Rolle der KPD, die sogenannte Zwangsvereinigung, die Entwicklung der SED unter dem Aspekt „kommunistischer Machtergreifung“ und die Errichtung einer Staats- und Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Muster behandelt (wobei dieser Bezug natürlich abwertend interpretiert wird). Stark wird die Reparationsfrage mit der Absicht in den Mittelpunkt gerückt, die Sowjetunion zu diffamieren und von den letztlich entscheidenden Fragen abzulenken.<sup>1</sup>

Die Sowjetisierungsthese bildet nach wie vor in diesen Darstellungen explizit oder implizit und in verschiedenen Variationen den konzeptionellen Hauptleitfaden. Aus der Fülle der möglichen Beispiele im folgenden eine repräsentative Auswahl. Im einzelnen unterschiedlich und sich zum Teil widersprechend wird in den Grundzügen ein Bild entwickelt, wonach der großen Mehrheit der Bevölkerung eine „kommunistische“ Staats- [61] und Gesellschaftsordnung sowjetischen Typs oktroyiert worden sei.

---

<sup>1</sup> Siehe z. B. Elmar Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 66; Ernst Deuerlein, Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg 1945-1955, a. a. O., S. 38 ff.; Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O., S. 223 ff.; Karl Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR, a. a. O., S. 35 ff.; siehe auch Anm. 45 von Kap. 2.

Wird auch gegenüber früheren Darstellungen die Rolle von KPD bzw. SED in neueren Darstellungen etwas höher veranschlagt, so jedoch nur in dem Sinne, daß SMAD und KPD bzw. SED gemeinsam wirkten, wobei der ersteren letztlich die Priorität zugemessen wird. „Die Reformen von 1945/46 (Bodenreform, Schulreform, Industriereform), die den Grundstein einer neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur der sowjetischen Besatzungszone legten, waren letztlich von der Sowjetunion bestimmt“, behauptet Hermann Weber.<sup>2</sup> Die KPD sei schließlich „Transmission der Stalinischen Politik in Deutschland“<sup>3</sup> gewesen. Pfeiler behandelt in seinem 1974 erschienenen „DDR-Lehrbuch“ den „sowjetisch besetzten Teil Deutschlands als Funktion sowjetischer Politik“.<sup>4</sup> Nach Harald Winkel habe die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone sofort damit begonnen, „nicht nur ihre politische Ordnung“, sondern „auch die Wirtschafts- und Sozialordnung der Sowjetunion zu verwirklichen“<sup>5</sup>. Jacobson zufolge „nutzte die Sowjetunion nach 1945 die günstige historische Stunde, ihr Ordnungssystem des Marxismus-Leninismus vorwiegend mittels revolutionärer Methoden in Europa, Vorderasien, im Mittelmeergebiet und in Ostasien auszubreiten“<sup>6</sup>. Auch in dem 1974 erschienenen weitverbreiteten „Studienbuch Geschichte“ bildet die „Sowjetisierung in Europa“ eine konzeptionelle Hauptleitlinie.<sup>7</sup> Bei Nolte lautet ein tragendes Kapitel seiner Darstellung des kalten Krieges „Die Anfänge der ‚Sowjetisierung‘ Osteuropas und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“, wobei diese Anführungsstriche keine Abhebung bedeuten, wie die Ausführungen zeigen.<sup>8</sup> Nolte konstatiert, daß „die Dynamik und innere Konsequenz der Machtergreifung der kommunistischen Parteien überall dieselbe war“<sup>9</sup>. Eine neuere Variante der Sowjetisierungsthese artikuliert Diepenthal in der Weise, daß „die KPD mit Rückendeckung durch die SMAD die sowjetische Besatzungszone nach ihren politischen Vorstellungen“ umgestaltete.<sup>10</sup> Und das geschah in einem größeren Rahmen: „Unter der militärischen Präsenz der Sowjetunion als bestimmendem Faktor vollzog sich die politische Neuordnung Osteuropas, die zu Veränderungen im Territorialbestand der osteuropäischen Staaten und zum Sturz ihrer alten Gesellschaftsordnung führte. Am Ende der durch die Sowjetunion direkt oder indirekt beeinflussten Entwicklung [62] steht die Anpassung des Staats- und Gesellschaftsaufbaus der osteuropäischen Länder an das sowjetische Muster und ihre Integration in das von der Sowjetunion beherrschte ‚sozialistische Lager‘ ...“<sup>11</sup>

Es ist typisch für das bürgerliche Geschichtsbild, daß die Machtfrage, die in bezug auf die Entwicklung der Westzonen bzw. die bürgerliche Gesellschafts- und Staatsordnung umgangen oder verschleiert wird, bei der Darstellung der Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone und der europäischen Volksdemokratien in den Vordergrund gerückt wird. Eingedenk der zentralen Bedeutung der Machtfrage könnte darin eine größere Annäherung an die historische Objektivität zum Ausdruck kommen. Das ist jedoch nur scheinbar der Fall. Die bürgerliche Geschichtsschreibung nimmt auch hier nur eine pseudowissenschaftliche Problematisierung vor. Die KPD wird nicht in Beziehung gesetzt zur Arbeiterklasse und anderen Werktätigen, zu deren Interessen, zu den zu lösenden antifaschistisch-demokratischen Aufgaben. Es wird nicht die Frage aufgeworfen, gegen wen und für wen die Macht gebraucht wurde. Außerdem wird der tatsächliche Einfluß der KPD auf die entstehenden Verwaltungsorgane und Länderregierungen wesentlich übertrieben.

Indem die Machtfrage isoliert behandelt wird, reduziert sich die Darstellung auf die Taktik und den Mechanismus der „kommunistischen Machtergreifung“ bzw. der Einflußnahme der Kommunisten auf Verwaltungen und Regierungen. Diepenthal gelangt dabei zu solchen „wegweisenden“ Erkenntnissen wie derjenigen, „daß die osteuropäischen Kommunisten nach einem gemeinsamen Konzept

<sup>2</sup> Hermann Weber, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, a. a. O., S. 12.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 9; im gleichen Sinne Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 666.

<sup>4</sup> Wolfgang Pfeiler, DDR-Lehrbuch, a. a. O., S. 29 ff.

<sup>5</sup> Harald Winkel, Die deutsche Wirtschaft seit Kriegsende – Entwicklung und Probleme, Mainz 1971, S. 21.

<sup>6</sup> Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse, hrsg. von Hans-Adolf Jacobson unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow, Düsseldorf 1970, S. 208.

<sup>7</sup> Studienbuch Geschichte, a. a. O., S. 932.

<sup>8</sup> Ernst Nolte, Deutschland und der kalte Krieg, a. a. O., S. 197 f.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 203.

<sup>10</sup> Wolfgang Diepenthal, Drei Volksdemokratien, a. a. O., S. 13.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 9.

der Machtsicherung handelten, welches 1944/45 von Staat zu Staat entsprechend der historischen und politisch aktuellen Ausgangssituation modifiziert wurde ...“<sup>12</sup>

Dieses „gemeinsame Konzept“ gab es offensichtlich, und die Kommunisten machten daraus auch kein Hehl. Es war vom VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935 mit der Volksfrontstrategie in seinen Grundzügen erarbeitet und danach von den kommunistischen Parteien weiterentwickelt worden.<sup>13</sup> Es war aber nicht nur ein Konzept der „Machtergreifung“, sondern vor allem ein Konzept für die Lösung der grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Aufgaben im [63] Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, im Interesse von Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt. An anderer Stelle tritt bei Diepenthal unversehens ein Aspekt zutage, der vielleicht besser und zureichender den wesentlichen Einfluß der Kommunisten auf die Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone und der osteuropäischen Länder erklärt: „In ganz Osteuropa waren die Kommunisten die Männer der ersten Stunde ...“<sup>14</sup> Und das traf übrigens auch – etwas abgestuft – auf Westeuropa zu, auch auf die westlichen Besatzungszonen. Es bedurfte des zeitweiligen Verbots politischer Betätigung durch die westlichen Besatzungsbehörden, der Auflösung antifaschistischer Ausschüsse verbunden mit der gezielten Förderung antikommunistisch eingestellter sozialdemokratischer und bürgerlicher Politiker, dem Verbot der Gründung der SED usw., um den Einfluß der Kommunisten zurückzudrängen, den großen Drang nach Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten, der ja auch in einigen Arbeiten bürgerlicher Geschichtsschreibung eingeräumt wird<sup>15</sup>, abzublocken. Vor diesem Hintergrund nimmt sich die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone plötzlich gar nicht mehr so „abnorm“, von der Besatzungsmacht und einer Minderheit „oktroziert“, aus. Doch solche Bezüge werden natürlich im bürgerlichen Geschichtsbild nicht hergestellt – und das können sie auch gar nicht, weil – wie wir noch sehen werden – die entsprechenden Bezugspunkte bei der Behandlung der Entwicklung der Westzonen weitgehend „ausgespart“ werden.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung umgeht diese und andere entscheidende Fragen und Aspekte und simplifiziert die Machtfrage dahingehend, daß eben eine „Machtergreifung“ durch die Kommunisten bzw. ihre maßgebliche Beteiligung an der Macht a priori schlecht ist, da die Kommunisten, wie man ja weiß, schlecht sind und nur Schlechtes wollen. Besonders deutlich wird diese Simplifizierung in den Schulbüchern, die dieses Geschichtsbild rezipieren. Von dieser Prämisse aus wird dann die Schlußfolgerung suggeriert, daß natürlich auch die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen anrüchig sind, weil sie eben unter maßgeblichem Einfluß der Kommunisten durchgeführt worden sind und deshalb natürlich auch oktroziert wurden.

Der „Makel“ jeder kommunistischen Initiative und Einfluß-[64]nahme ist Leitfaden bei der Behandlung des Aufbaus und der Entwicklung der demokratischen Verwaltungsorgane, der Organe der Rechtsprechung, der Polizei bis hin zu Landtagen, Länderregierungen und Landesverfassungen. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung findet sich auch hier kein Ansatz zu wissenschaftlicher Analyse. Es ist für sie typisch, daß sie sich der zentralen Bedeutung der Frage der Macht, und das heißt vor allem der Staatsmacht, durchaus bewußt ist, und auch, daß es hier vor allem um die Frage des Klasseninhalts, des Klassencharakters der Staatsmacht geht. Dieses Bewußtsein zeigt sich in der zielgerichteten Konzentration auf die Macht- und Staatsfrage bei der Behandlung revolutionärer Umwälzungen in unserer Epoche, die unter Hegemonie der Arbeiterklasse vollzogen werden bzw. in denen sich diese Hegemonie staatlich institutionalisiert. Die bürgerliche Geschichtsschreibung verfälscht diese ihr durchaus bewußte Problematik, indem sie sie in die Form antikommunistischer Klischees preßt mit solchen Scheinalternativen, wie kommunistische Herrschaft, „totalitäre“ Gesellschafts- und Staatsordnung u. ä. oder Demokratie, Pluralismus und Freiheit usw. Während die Machtfrage im Hinblick auf die sowjetische Besatzungszone, die Volksdemokratien und die sozialistischen Länder antikommunistisch verzerrt dargestellt wird, bleibt sie bei der Behandlung der Westzonen bzw. der

---

<sup>12</sup> Ebenda, S. 141.

<sup>13</sup> Siehe: Die Kommunisten im Kampf um demokratische Freiheit. Internationales Symposium zum 40. Jahrestag des VII. Komintern-Kongresses, Berlin 1976.

<sup>14</sup> Wolfgang Diepenthal, Drei Volksdemokratien, a. a. O., S. 103

<sup>15</sup> Siehe z. B. Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964, S. 164.



kapitalistischen Länder gemäß der bürgerlichen Staatstheorie verschleiert und ausgeklammert. „Der“ Staat erscheint als klassenindifferent, als über den Klassen stehend und deren Interessen ausgleichend oder ein angebliches Gesamtinteresse wahrnehmend, und es gibt angeblich nur „die“ Demokratie, nicht aber eine bürgerliche und eine sozialistische.

Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung hingegen bestimmt den Inhalt der Staatsfrage in den ersten Nachkriegsjahren exakt wissenschaftlich. Sie verfügt im Rahmen ihrer Geschichtstheorie über eine allgemeine Theorie des Staates sowie über eine spezielle Theorie des Staates in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, und sie besagen, daß der Frage der Staatsmacht auch in bezug auf die in den Nachkriegsjahren auf der Tagesordnung stehenden antifaschistisch-demokratischen, gesellschaftspolitischen Umwälzungen eine entscheidende Bedeutung zukam.<sup>16</sup> Wie bei allen revolutionären gesellschaftlichen Umwälzungen in der Geschichte, die gesetz-[65]mäßig mit einem Übergang der politischen Macht von einer Klasse auf eine andere Klasse oder zumindest von einer Klassenfraktion auf eine andere Klassenfraktion verbunden sind, erforderte die Lösung der antifaschistisch-demokratischen Aufgaben eine Staatsmacht neuen Typs, die sich von ihrem Klassencharakter her dieser Lösung nicht hemmend entgegenstellte, sondern an ihr mitwirkte und die die Gegner der zu errichtenden antifaschistisch-demokratischen Ordnung niederhielt. Vom Klassencharakter der Staatsmacht her gab es in Deutschland wie auch in anderen Ländern nur die Alternative: Entweder den Staat als Herrschaftsinstrument der Großbourgeoisie in neuen Formen festigen bzw. wieder aufbauen, oder eine neue Staatsmacht mit neuem Klasseninhalt errichten. Diese Problematik wurde durch die Anwesenheit der Besatzungsmächte in Deutschland modifiziert, aber nicht aufgehoben. Die KPD, die die Staatsfrage nicht primär als Frage neuer Verwaltungsformen, sondern vor allem als Machtfrage – und zwar als die entscheidende Machtfrage – behandelte, ging davon aus, daß in unserer Epoche dieser neue Klasseninhalt nur ein solcher sein konnte, der den entscheidenden Einfluß der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte. Die grundlegende Aufgabe bestand darin, den entscheidenden Einfluß der Arbeiterklasse – als stärkster und wegweisender Kraft eines breiten antifaschistisch-demokratischen Parteienbündnisses – auf den Aufbau, die Zusammensetzung und die Entwicklung der Staatsorgane auf den verschiedenen Ebenen zu sichern. Nur wenn und insoweit das gelang, konnten die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen nicht nur proklamiert oder eingeleitet, sondern konsequent durchgeführt und dauerhaft verankert werden.

Die vom historischen Materialismus behauptete, von den bürgerlichen Sozialwissenschaften aber bestrittene gesetzmäßige Beziehung zwischen Basis und Überbau wirkte in der deutschen Nachkriegsentwicklung eindeutig und geradezu exemplarisch. Die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen in Ostdeutschland konnten von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten nur erfolgreich durchgeführt werden, weil die antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen von den neuen Verwaltungsorganen gefördert wurden, weil sich diese Organe – mit Unterstützung der SMAD und gestützt auf ihre Politik – in Legislative und Exekutive als wirksame Instrumente zur [66] Durchführung dieser Umwälzungen erwiesen. Und das war nicht zufällig, sondern ergab sich aus ihrem Klassencharakter, aus ihrem antifaschistisch-demokratischen Wesen. Das Gesetz der Übereinstimmung zwischen Basis und Überbau, zwischen dem Charakter der Produktionsverhältnisse und dem des Staates wirkte in Ostdeutschland auf dialektische Weise zugunsten des gesellschaftlichen Fortschritts – in den Westzonen Deutschlands zugunsten der Restauration. Der Wille der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Westzonen nach gesellschaftlichen und politischen Veränderungen war eindeutig und kann auch von der bürgerlichen Geschichtswissenschaft – soweit sie diese Problematik nicht übergeht – nicht in Abrede gestellt werden.<sup>17</sup> Dieser Wille schlug sich in unzähligen Entschließungen von Betriebsbelegschaften, gesellschaftlichen Organisationen, Vertretungskörperschaften und Parteien, in programmatischen Dokumenten,

---

<sup>16</sup> Siehe Karl-Heinz Schöneburg, Staat und Recht in der Geschichte der DDR, Berlin 1973; Helene Fiedler, SED und Staatsmacht. Zur staatspolitischen Konzeption und Tätigkeit der SED 1946-1948, Berlin 1974; Die Demokratisierung der Justiz beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung 1945-1949, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9, Berlin 1973, S. 385 ff.; Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR 1945-1949, Autorenkollektiv unter Leitung von Hilde Benjamin, Berlin 1976.

<sup>17</sup> Siehe z. B. Ernst Nolte, Deutschland und der kalte Krieg, a. a. O., S. 190 11.; Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 694.

Länderverfassungen und Landtagsgesetzen bzw. Gesetzesanträgen nieder. Soweit die bürgerliche Geschichtsschreibung diese Problematik reflektiert – und das tut sie erst in jüngster Zeit etwas ausführlicher –, sucht sie sich mit dem Hinweis auf die Eingriffe der westlichen Besatzungsmächte, insbesondere der amerikanischen Besatzungsmacht, aus der Affäre zu ziehen. Sicher, das System der westlichen Militärregierungen übte zeitweise einen wesentlichen, wenn nicht gar in neuralgischen Situationen entscheidenden Einfluß aus. Man kann aber diesen Einfluß nur richtig bestimmen, wenn man ihn klassenmäßig charakterisiert und wenn die westlichen Militärregierungen nicht als omnipotent, sondern als ein Bestandteil des restaurativen Machtmechanismus dargestellt werden. Die weitgehend erhaltene bzw. mit „Flüchtlings“kadern wieder aufgefüllte traditionelle reaktionäre Verwaltungsbürokratie in und über den Ländern übte einen großen eigenständigen, ständig zunehmenden Einfluß aus. Die ökonomische Macht der Großbourgeoisie, in Frage gestellt, aber nur zeitweilig nicht intakt und eingeschränkt, die mit ihr durch tausend Fäden verbundene reaktionäre Verwaltungsbürokratie und bürgerliche Parteihierarchie und die westlichen Militärregierungen entsprachen in ihrem Klassencharakter, in ihrem reaktionär-restaurativen Wesen einander, sie alle wirkten grundlegenden antifaschistisch-demokratischen Veränderungen entgegen. Das obengenannte Gesetz der Übereinstimmung von Basis und Überbau setzte sich [67] in den Westzonen auf rückschrittliche Weise, im restaurativen Prozeß durch. Dieser wird nicht zureichend begriffen, wenn er nur als Ergebnis restaurativer Politik gesehen wird, statt als Ergebnis des Aufeinanderwirkens einer Vielzahl von Faktoren und Prozessen, in denen letztlich und entscheidend bei einem bestehenden bestimmten Wirkungszusammenhang das Gesetz der Übereinstimmung von Basis und Überbau sich durchsetzt – wenn nicht der objektiv bestehende Wirkungszusammenhang durch Veränderung der Machtverhältnisse kombiniert mit grundlegenden gesellschaftspolitischen Reformen verändert wird.<sup>18</sup> Und das geschah in den Westzonen nicht, da infolge der antikommunistischen Politik der Führung der westzonalen Sozialdemokratie der Schlüssel hierfür fehlte: die Aktionseinheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer, den Rahmen bürgerlicher Staats- und Gesellschaftsordnung überschreitender Grundlage. Sozialdemokratische und antiimperialistisch-kleinbürgerliche Bestrebungen nach radikaler Neuordnung von Grund auf blieben – infolge ihres bürgerlichen Demokratie- und Staatsverständnisses und des damit verbundenen theoretischen und praktischen Defizits in der Machtfrage – im Vorfeld gesellschaftlich-politischer Wirksamkeit stecken, wurden schließlich aus der Offensive, in der sie anfangs waren, in die Defensive gedrängt, frustriert, in die Restauration integriert oder ihr untergeordnet. Das Gesetz der Wechselwirkung und Überstimmung von Basis und Überbau wirkte auch dahingehend, daß im restaurativen Prozeß über die Ausnutzung des wirtschaftlichen Aufschwungs und mittels Zurückdrängung progressiver Kräfte auch die restaurativen Ideen und Motivationen vorherrschend wurden.

Mit der marxistisch-leninistischen Führung der KPD und den klassenbewußten Sozialdemokraten im Zentralausschuß der SPD standen an der Spitze der Arbeiterklasse in Ostdeutschland politische Kräfte, die die Staatsfrage nicht auf den bürgerlichen Parlamentarismus reduzierten, sondern als Machtfrage behandelten. Die Führung der KPD erkannte die entscheidende Bedeutung der Aufgabe, die Hegemonie der Arbeiterklasse nicht nur im parteipolitischen Leben durchzusetzen, sondern sie vor allem in der staatlichen Macht zu verankern und dabei auch neue Formen und Strukturen zu entwickeln. Das erwies sich – die Aktionseinheit von KPD und SPD vorausgesetzt – als der archimedische Punkt, von dem aus die historische Chance genutzt [68] und die Struktur- und Entwicklungsgesetze zugunsten des historischen Fortschritts wirksam gemacht werden konnten.

Gerade die schnelle Lösung der Staats- und Machtfrage in Ostdeutschland, die unter maßgeblichem Einfluß der KPD, aber nicht von ihr allein vollzogen wurde, kritisiert die bürgerliche Geschichtsschreibung und verfälscht diesen Vorgang als „Machtergreifung einer kommunistischen Minderheit“ und als undemokratisch. In üblicher Fälschungsmanier werden dabei – um den Anschein eines Realitätsbezuges zu erwecken – historische Entwicklungsergebnisse einfach vorweggenommen, wie die Diktatur des Proletariats (nicht der SED!). Als Klassen- und Parteienbündnis wurde sie mit der Gründung der DDR errichtet und bestand nicht bereits 1945. Zwischen 1945 und 1949 lagen vielmehr

---

<sup>18</sup> Dies wird versucht nachzuweisen in: Rolf Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Berlin 1965, und in Rolf Badstübner/ Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung, a. a. O.

Jahre intensiver Umgestaltungen und Entwicklungen – auch auf staatlicher Ebene. Und die progressive Entwicklungslinie, die von der revolutionär-demokratischen Diktatur zur Diktatur des Proletariats führte, mußte im Klassenkampf gegen reaktionäre oder beharrende Kräfte durchgesetzt werden, die einen restaurativen Rückfall bewirkt hätten. Diese Entwicklungsproblematik, die damit verbundene Subjekt-Objekt-Dialektik komplizierter Wandlungen im Klassen- und Parteienbündnis wird von der bürgerlichen Geschichtsschreibung mit ihrer These von der „kommunistischen Machtergreifung“ einfach abgeschnitten, außerhalb jeglicher Betrachtung und ernsthafter Untersuchung gerückt.

Damit wird die so wichtige Problematik des Herankommens an die politische Macht durch die Arbeiterklasse, von Übergangsformen auf dem Wege von der bürgerlichen zur sozialistischen Staatsmacht zweckgerichtet eskamotiert. Zu dieser Problematik, die auch in der kapitalistischen Welt heute und morgen von grundlegender Bedeutung ist, leisten die Erfahrungen der Entwicklung in Ostdeutschland, aber auch die negativen Erfahrungen der antifaschistisch-demokratischen Kräfte in den Westzonen Deutschlands einen wichtigen historisch-politischen Beitrag, den es zu nutzen gilt.

Natürlich will die bürgerliche Geschichtsschreibung auf ihre Weise einer solchen Ausnutzung vorbeugen, wie sie es mit der simplifizierenden These von der „kommunistischen Machtergreifung“ und ihrer Ausklammerungstaktik versucht. Die Konzentration auf eine unmittelbare Vorentscheidung in der Macht- [69] und Staatsfrage zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten war nicht nur der archimedische Punkt, sie war auch nach Inhalt und Form zutiefst demokratisch – was von der Entwicklung in den Westzonen, auch in der Anfangsphase, keineswegs gesagt werden kann.

Diese Vorentscheidung lag im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, erfolgte in voller Übereinstimmung mit ihren antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen, da sie die Grundbedingung für die Verwirklichung dieser Bestrebungen hervorbrachte. Dabei waren die antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorgane und provisorischen Landesregierungen keineswegs Organe der Besatzungsmacht oder einer kleinen Gruppe von Kommunisten, sondern sie waren breit in der Arbeiterklasse und den mit ihr verbündeten Klassen und Schichten verwurzelt und waren in ihrer Zusammensetzung durchaus repräsentativ. Die bürgerliche Geschichtsschreibung verschweigt geflissentlich die Tatsache, daß die politische Organisation der entstehenden antifaschistisch-demokratischen Ordnung von Anfang an eine Massenbasis hatte, die ständig gefestigt und ausgebaut wurde. Die beiden Arbeiterparteien überschritten schon wenige Monate nach der Befreiung in ihrer Mitgliederzahl die Millionengrenze, die Gewerkschaften umfaßten Ende 1945 1,6 Millionen Mitglieder, die Mitgliederanzahl der beiden bürgerlich-demokratischen Parteien erreichte fast eine halbe Million. Hinzu kamen eine ganze Reihe antifaschistisch-demokratischer Massenorganisationen und Vereinigungen, die zum Teil noch im Entstehen begriffen waren.

Die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen, die mit dieser Massenbasis, im Zusammenwirken der antifaschistisch-demokratischen Massenparteien und -organisationen und der staatlichen Organe vollzogen wurden, waren in Inhalt, Form und Ergebnis zutiefst demokratisch. Mit ihnen entstanden demokratische Verhältnisse, vollzog sich eine antifaschistisch-demokratische Wandlung in breiten Kreisen der Bevölkerung. Beides bildete die Voraussetzung für wirklich demokratische Wahlen, wie sie im Herbst 1946 in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt wurden. Die bürgerliche Geschichtsschreibung, die mit ihrer antikommunistischen Verzerrung der Geschichte an dieser Problematik völlig vorbeigeht, sucht die Wahlen vom Herbst 1946, die sie nicht grundsätzlich ignorieren oder gänzlich [70] abwerten kann, mit dem Argument zu verleumden, die bürgerlichen Parteien seien in zahlreichen Kreisen benachteiligt worden.<sup>19</sup> Den Beweis bleibt sie schuldig, und die Argumentation ist nicht stichhaltig, denn beide bürgerlichen Parteien bekannten sich in ihrem Wahlkampf mehr oder weniger konsequent zu den durchgeführten antifaschistisch-demokratischen Veränderungen. Die Wahl ihrer Kandidaten bedeutete folglich nicht, daß die betreffenden Wähler eine restaurative Position vertraten. Auch der von der bürgerlichen Geschichtsschreibung strapazierte Vergleich mit den Wahlergebnissen in Westberlin<sup>20</sup> ist nur ein

<sup>19</sup> Siehe Ernst Deuerlein, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1955, a. a. O., S. 112. In der gleichen Art werden diese Wahlen auch in allen anderen bürgerlichen Darstellungen behandelt.

<sup>20</sup> Siehe neueren Datums z. B. Karl Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR, a. a. O., S. 43; Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 668 und 694.

Scheinargument. Westberlin hat ja eben nicht die gleiche gesellschaftspolitische Entwicklung durchlaufen wie die Länder der sowjetischen Besatzungszone mit den charakterisierten Auswirkungen auf den subjektiven Faktor; im Gegenteil: Besatzungsmächte und rechte SPD-Führer hatten hier schon frühzeitig und besonders intensiv Methoden antikommunistischer und antisowjetischer Verhetzung praktiziert, und die Westberliner Sozialdemokratie gewann ihre Wählerstimmen mit der Losung vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“, den sie angeblich verwirklichen wollte.

Die Entwicklung in den Westzonen führte nicht zu antifaschistisch-demokratischen Ergebnissen. Die Wahlen erwiesen sich unter den spezifischen historischen Bedingungen als scheindemokratischer Tarnschleier, hinter dem die Reaktion durch die Politik der vollendeten Tatsachen und unter Ausnutzung ihrer Machtpositionen die Restauration durchdrückte, während sie im Wahlkampf antifaschistisch-demokratische Veränderungen versprach. Der Weg, den viele ehrliche Antifaschisten und Demokraten in den Westzonen anstrebten und den die rechten SPD-Führer anpriesen, allein über Wahlen und die Landtage gesellschaftspolitische Veränderungen durchzuführen, erwies sich unter den gegebenen Bedingungen als nicht gangbar – und nicht nur wegen der westlichen Militärregierungen. Konsequente antifaschistisch-demokratische Umwälzungen waren nur im Klassenkampf und bei Entscheidung der Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, bei Schaffung einer Staatsordnung neuen Typs möglich, die die Klassengrenzen des bürgerlichen Staates überschritt. Eine Problematisierung der Staats- und Machtfrage 1945, die auf wissenschaftliche Objektivität abzielt, muß einer Reihe Ansprüche gerecht werden und Merk-[71]male aufweisen. Vor allem müßte sie die Fragen reflektieren, die sich aus der Situation und objektiven Problemstellung des Jahres 1945 ergaben und die damals und in den folgenden Jahren in der politischen Diskussion waren.

Mit welchen Kräften und wie konnten antifaschistisch-demokratische Verwaltungen aufgebaut werden, welche Lehren galt es dabei aus den Versäumnissen der Novemberrevolution (auf die auch in der Prager Erklärung des Vorstandes der SPD 1934 deutlich eingegangen worden war!), aus dem verhängnisvollen Wirken der Weimarer Bürokratie und Rechtsprechung als Wegbereiter des Faschismus zu ziehen? Welche Bedeutung kam den antifaschistisch-demokratischen Verwaltungen, den Vertretungskörperschaften und Landesregierungen bzw. der Durchführung der notwendigen gesellschaftspolitischen Umwälzungen zu, was mußte getan werden, um zu sichern, daß der Staatsapparat sich nicht diesen Umwälzungen entgegensetzte bzw. sie behinderte?

Es ist typisch für die bürgerliche Geschichtsschreibung der BRD, daß sie eine solche Problematisierung nicht vornimmt – auch nicht im Ansatz – und statt dessen ihre simplen, antikommunistischen Klischees entwickelt.

Die bürgerlichen westdeutschen Darstellungen beschäftigen sich nach wie vor nur in einer oberflächlichen Weise mit dieser Problematik. Die Beschäftigung reduziert sich auf die Variierung der Behauptung, die antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltungsorgane seien „exekutive Organe der Besatzungsbehörden bzw. der sowjetischen Außenpolitik“ gewesen.<sup>21</sup> Das sei auf die Weise garantiert worden, daß die Kommunisten alle Schlüsselstellungen okkupiert und sukzessive alle Andersdenkenden hinausgedrängt hätten. So sei der Weg zum „kommunistischen Einparteiensstaat“<sup>22</sup> gebahnt worden. Mit diesem plakativen Herangehen in der Staatsfrage und – damit eingeschlossen – an die Frage des Wirkens der KPD erfolgt auch die Weichenstellung für die Behandlung der Problematik des Klassen- und Parteienbündnisses.

Dieser Problematik kommt in Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus und damit auch in der Geschichte der sozialistischen Länder eine außerordentlich große Bedeutung zu. Die Arbeiterklasse kann und will ihre historische Mission nicht allein und nur für sich vollziehen. Es ist vielmehr ihr Anliegen, [72] die gesamte historische Gemeinschaft, der sie angehört, zum Sozialismus zu führen, mit ihrer eigenen Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung das ganze Volk zu befreien. Die Überwindung des Monopolkapitalismus und die Errichtung des Sozialismus liegt objektiv im Lebensinteresse aller Klassen und Schichten – mit Ausnahme der Großbourgeoisie und der mit ihrer

<sup>21</sup> Elmar Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 66.

<sup>22</sup> Gerhard Binder, Deutschland seit 1945. Eine dokumentierte Geschichte in der Zeit der Teilung, Stuttgart 1969, S. 142.

Herrschaft verbundenen bzw. sie ausübenden Kräfte. Doch bei den zwischen Arbeiterklasse und Großbourgeoisie existierenden Klassen und Schichten wird dieses Lebensinteresse selten unmittelbar reflektiert, es wird ihnen nur teilweise und vermittelt bewußt, und es wird auch objektiv von Interessen tangiert, die diese Klassen und Schichten als Eigentümer von Produktionsmitteln und (oder) Teilprivilegierte der bestehenden Ordnung an den Kapitalismus binden. Und auch ein Teil der Arbeiterklasse besitzt von vornherein nicht ein solch ausgeprägtes Klassenbewußtsein, um den Kampf gegen den monopolistischen Kapitalismus entschlossen zu unterstützen.

Aus dieser Problematik erhellt die besondere Rolle, die historische Mission der Arbeiterklasse, des Millionenheeres klassenbewußter Arbeiter und ihrer revolutionären Vorhut. Es kommt darauf an, eine solche Strategie und Taktik zu entwickeln, die die Gesamtheit der Arbeiterklasse und ihre potentiellen Bündnispartner auf die Bewältigung solcher Aufgaben, und das heißt der Beseitigung derjenigen Erscheinungsformen des Imperialismus orientiert, die die Lebensinteressen in besonderem Maße und ganz offensichtlich tangieren. 1945 waren das Faschismus und Militarismus. Über die Notwendigkeit der Beseitigung von Faschismus und Militarismus gab es 1945 im deutschen Volk (und bei den anderen Völkern) einen breiten Konsensus politischer Willensbildung. Weder die Gesamtheit der Arbeiterklasse noch der anderen mit ihr verbündeten Klassen und Schichten war jedoch in der Lage noch willens, diese Aufgabe sofort in ihrer ganzen, letztlich antikapitalistischen Konsequenz zu lösen und den Übergang zum Sozialismus unmittelbar zu vollziehen. Die marxistisch-leninistische Strategie der KPD berücksichtigte diese Dialektik und orientierte auf die schrittweise Bewältigung der antifaschistisch-demokratischen Aufgaben und die stete Vertiefung des revolutionären Prozesses, die allmähliche aber stetige Herausbildung seiner antikapitalistischen und prosozialistischen Tendenzen. Die Beibehaltung und Festigung des [73] breiten Klassen- und Parteienbündnisses bei gleichzeitigem Wandel seiner Grundlagen und seines Inhalts war geprägt durch eine Bündnispolitik der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse, die sorgfältig die Interessen und die Bewußtseinsentwicklung der Bündnispartner berücksichtigte.<sup>23</sup> Diese Entwicklung war gesetzmäßig von einem Differenzierungsprozeß in den bürgerlich-demokratischen Parteien begleitet und deren schließlicher Entwicklung zu kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, die die politische Führung der Arbeiterklasse und der SED anerkannten und sich zum Aufbau des Sozialismus bekannten. Auch die progressiven Kräfte in der CDU und der LDPD machten in diesen Jahren einen komplizierten Entwicklungsprozeß durch, der sie über verschiedene Zwischenpositionen, in Wechselwirkung mit den Entwicklungsstufen des revolutionären Prozesses, schließlich auf die Position der Parteinahme für den Sozialismus führte.<sup>24</sup> Die Auseinandersetzungen über die zum Volkseigentum in der Industrie einzunehmende Haltung wirkten hierbei kristallisierend.

Für die bürgerliche Geschichtsschreibung der BRD ist diese Problematik nicht existent. Indem sie die Existenz von Klassen grundsätzlich oder in ihrer geschichtlichen Bedeutung negiert, klammert sie vom Ansatz her die Frage von Klassenbündnissen usw. aus. Damit wird der Behandlung der Geschichte der CDU und der LDPD sowie des in Ostdeutschland gebildeten Blocks der Parteien (später unter Ein-schluß von Massenorganisationen), die in den bürgerlichen Darstellungen breiteren Raum einnimmt, der Boden entzogen, auf dem sie wissenschaftlich durchgeführt werden kann. Einerseits kann man nicht an der Tatsache vorübergehen, daß auch maßgebende bürgerliche Politiker den weitverbreiteten Forderungen nach einem engen Zusammenwirken aller antifaschistisch-demokratischen Parteien Rechnung tragen wollten oder mußten und der Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Parteienblocks ihre Zustimmung gaben.<sup>25</sup> Andererseits möchte man die Einrichtung des Blocks abwerten, was durch

<sup>23</sup> Siehe: Gemeinsam zum Sozialismus, Autorenkollektiv des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1969, S. 7 ff.; Heinz Gambke/Heinz Hümmler/Rolf Stöckigt, Im Bündnis auf bewährtem Wege, Berlin 1972.

<sup>24</sup> Siehe dazu Rudolf Agsten/Manfred Bogisch, Die LDPD auf dem Wege in die DDR. Zur Geschichte der LDPD in den Jahren 1946 bis 1949, Berlin 1974; dies., Bürgertum am Wendepunkt. Die Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen und antiimperialistischen Grundhaltung bei den Mitgliedern der LDPD 1945/1946, Berlin 1970; Armin Behrend, Wilhelm Külz. Aus dem Leben eines Suchenden, Berlin 1968; Wolfgang Heyl, Was unsere Parteigeschichte lehrt, Burg-scheidungen 1970; Erlebnisse und Erfahrungen christlicher Demokraten aus drei Jahrzehnten, Berlin 1975; Zwanzig Jahre NDPD, Berlin 1969.

<sup>25</sup> Siehe z. B.: Parteien in beiden deutschen Staaten, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Bad Godesberg 1973, S. 19. Demgegenüber hält Erdmann an der Version eines quasi erzwungenen Zusammenschlusses im Block fest (Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 696).

die These von einer angeblichen Zwangsanwendung oder „Steuerung“ durch die SMAD (und KPD) geschieht.<sup>26</sup> Die demokratischen Entwicklungsprozesse in der CDU und der LDPD und die Entwicklung des Blocks, die sich zwangsläufig in Wechselwirkung mit den revolutionären Veränderungen vollzogen, werden als angebliche Gleichschaltung [74] der bürgerlichen Parteien interpretiert,<sup>27</sup> DBD, CDU, LDPD und NDPD als „scheindemokratisches Aushängeschild des Einparteienstaates“ diffamiert.<sup>28</sup> Soweit das Wirken von CDU und LDPD einer näheren Untersuchung unterzogen wird, geschieht das einseitig und letztlich oberflächlich unter diesem geschichtsfälschenden Aspekt, vom Standpunkt des bürgerlichen Parlamentarismus bzw. reaktionärer Politiker<sup>29</sup>, deren Ziel es war bzw. deren Wirken darauf hinauslief, die antifaschistisch-demokratische Entwicklung rückgängig zu machen.

Dabei wird der Eindruck erweckt, den diese Politiker damals ebenfalls zu erwecken suchten, als ob sie nur eine andere, gegenüber dem von der SED gewiesenen Weg „demokratischere“ Variante der Lösung der antifaschistisch-demokratischen Aufgaben angestrebt hätten. Das jedoch bleibt bloße Behauptung, der damit verbundenen Problematik wird bewußt ausgewichen. Er wäre durchaus interessant, der Frage nach dem gesellschaftspolitischen Inhalt des „christlichen Sozialismus“<sup>30</sup> Jakob Kaisers nachzugehen. Einerseits würde der Widerspruch dieser Vorstellungen zum restaurativen Weg vom Reich zur BRD deutlich werden, andererseits ihre theoretische Unausgegorenheit, Widersprüchlichkeit und vor allem ihre Unrealisierbarkeit. Daraus ergab sich schließlich ihre, den realen antifaschistisch-demokratischen Umwälzungsprozeß negierende und damit letztlich konterrevolutionäre politische Funktion. Dabei bleibt der entscheidende Bezug noch gänzlich unberücksichtigt, inwieweit nämlich Politiker wie Jakob Kaiser ihre Konzeption von einem christlichen Sozialismus wirklich ernst nahmen, inwieweit sie diese Konzeption nicht direkt als zeitweiligen demagogischen Bestandteil einer konterrevolutionär und restaurativ ausgerichteten Politik verstanden. Der Aufstieg zum und das Wirken Jakob Kaisers als „Vertriebenen“minister in der monopolkapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der BRD ist doch wohl dafür ein eindeutiges Indiz.

Ein näheres Eingehen der bürgerlichen Geschichtsschreibung auf diese Aspekte würde sie in zahllose Widersprüche verwickeln und letztlich einen ungewollten Beitrag zu der Erkenntnis leisten, daß es nur die Alternative zwischen der unter Hegemonie der Arbeiterklasse vollzogenen antifaschistisch-demokratischen und der von der Großbourgeoisie und ihren Interessen geprägten restaurativen Entwicklung gab. Das war [75] nicht zufällig, sondern gesetzmäßig, eine Tatsache, die durch den Verlauf der deutschen Nachkriegsentwicklung bestätigt wurde. Alle Versuche, „dritte Wege“ zu gehen, waren auf Grund dieser objektiv wirkenden gesetzmäßigen Entwicklungstendenzen unreal und erwiesen sich auch als solche. Sie scheiterten wie der „dritte Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus“ der westdeutschen Sozialdemokratie. Oder sie wurden im positiven Sinne aufgehoben, wie Dritte-Weg-Konzeptionen in der CDU und der LDPD Ostdeutschlands, die, bei Festhalten am Bündnis mit der Arbeiterklasse und der SED, von ihren Vertretern im Vorwärtsschreiten überwunden bzw. zu neuen, ausgereifteren progressiven Konzeptionen weiterentwickelt wurden.

Das Ausleuchten dieser Problematik führt letztlich zu der Erkenntnis, daß es – mutatis mutandis – keinen anderen gangbaren Weg zur Lösung der anstehenden Aufgaben gab als den, der in Ostdeutschland beschritten wurde, der an den Sozialismus heran- und zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus führte.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Werner Bröll/Wolfgang Heisenberg/Winfried Sühlo, Das andere Deutschland, a. a. O., S. 55.

<sup>28</sup> Gerhard Binder, Deutschland seit 1945, a. a. O., S. 136.

<sup>29</sup> Siehe Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949, Stuttgart 1969; Ekkehard Krippendorff, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone 1945-1948. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1969 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 21); Roderich Kulbach/Helmut Weber, Parteien im Blocksystem der DDR, Köln 1969; Norbert Mattedi, Gründung und Entwicklung der Parteien in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn und (West-) Berlin 1966; Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt (Main) 1968; Fritz Reichardt, Andreas Hermes, Neuwied am Rhein 1953.

<sup>30</sup> Siehe Rolf Badstübner, Christlicher Sozialismus, in: ZfG, H. 4/1969, S. 451; Günther Wirth, Zur Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union 1945-1949, in: ZfG, H. 7/1959, S. 1577 ff.

Es ist natürlich das Hauptanliegen der bürgerlichen Geschichtsschreibung, den Weg zu einer solchen Erkenntnis mit allen Mitteln zu verbauen.

Die Verfälschung der Gründung und Entwicklung der SED bildet – anknüpfend an die bereits charakterisierten Darlegungen über die KPD – einen wichtigen konzeptionellen Bestandteil des bürgerlichen Geschichtsbildes der deutschen Nachkriegsentwicklung.<sup>31</sup>

Die Vereinigung von KPD und SPD entsprach den historischen Lehren aus den Klassenkämpfen der Weimarer Republik und dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandskampfes. Sie mußte in erbittertem Ringen mit antikommunistischen Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung und unter den Bedingungen verschärften Klassenkampfes erfolgen. Sie entsprach jedoch dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Kommunisten und Sozialdemokraten – nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone. Antikommunistische rechte SPD-Führer konnten die Gründung der SED in Westberlin nur verhindern, indem sie sich – wie die Fragestellung in der sogenannten Urabstimmung von 31. März 1946 ausweist – als grundsätzliche Anhänger der Vereinigung ausgaben und nur Einwände gegen [76] den Zeitpunkt und gegen einige von ihnen verzerrt dargestellte Methoden machten.<sup>32</sup> Ähnlich geschah es innerhalb der westzonalen Sozialdemokratie, wobei die westlichen Militärregierungen durch ein Verbot der Gründung der SED intervenierten.

Die Vereinigung von KPD und SPD wurde nicht überstürzt, sondern in gleichberechtigter Zusammenarbeit gründlich vorbereitet und in einem Akt demokratischer Willensbildung von unten nach oben, in entsprechenden Konferenzen innerhalb beider Parteien bis zu abschließenden Parteitagungen stufenweise vollzogen.<sup>33</sup> Im Gegensatz zu den westlichen Militärregierungen unterstützte die SMAD den Kampf um die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Diese Unterstützung bei der Erreichung eines von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder beider Parteien angestrebten Ziels erscheint in der bürgerlichen Geschichtsschreibung als Intervention der Besatzungsmacht. Der Vereinigungsprozeß wird simplifiziert und wird – entgegen den historischen Tatsachen – als Unterwerfung der Sozialdemokraten dargestellt. „Aufgehört zu existieren hatte nur die Sozialdemokratische Partei“, behauptet Michael Freund.<sup>34</sup> Die damals von rechten sozialdemokratischen Führern geprägte diffamierende Formulierung „Zwangsvereinigung“ war und ist eine zentrale Kategorie des bürgerlichen Geschichtsbildes. Offensichtlich hält man es nach wie vor für unerlässlich, den historisch erfolgreichen Kampf um die Vereinigung von KPD und SPD zu verteufeln, um auf diese Weise jeglichen Versuchen der Nachahmung – in Gegenwart und Zukunft – auch ansatzweise vorzubeugen. Aber nicht nur die Tatsache der Vereinigung von KPD und SPD soll möglichst rigoros aus dem Blickfeld ernsthafter wissenschaftlicher Analyse verschwinden; die Formulierung „Zwangsvereinigung“ soll im bürgerlichen Geschichtsbild die SED sozusagen grundsätzlich und von Anfang an als mit einem Makel versehen charakterisieren.

Die Gründung der SED war ein Ereignis von säkulärem Rang. Das liegt heute auch für viele klar zutage, die das früher nicht erkannten bzw. nicht erkennen wollten. Sosehr die bürgerliche Geschichtsschreibung dieses Ereignis verfälschte und sich bemühte, es herunterzuspielen – im Grunde war man sich seiner Bedeutung bis zu einem gewissen Grade immer durchaus bewußt. Die deutsche Bourgeoisie in den Westzonen Deutschlands [77] zog 1946 in ihrer Mehrheit aus der Gründung der

---

<sup>31</sup> Siehe Gerhard Roßmann, Zur Verfälschung der Geschichte der SED durch die imperialistische und rechtssozialdemokratische Geschichtsschreibung, in: BzG, H. 1/1975, S. 40 ff.; Günter Benser, Bürgerliche und sozialdemokratische Literatur über die Vereinigung von KPD und SPD zur SED, in: ZfG, H. 4/1976, S. 431 ff.

<sup>32</sup> Trotzdem wird diese Abstimmung immer wieder in verfälschter Weise zur Rechtfertigung der grundsätzlichen Ablehnung der Vereinigung durch die rechten SPD-Führer herangezogen. Eine Gegenstimme aus bürgerlicher Sicht: Siehe Volker Granow, Zur kulturpolitischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis 1973, Berlin 1974, S. 90.

<sup>33</sup> Günter Benser, Vereint sind wir unbesiegbar. Wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entstand, Berlin 1961; Horst Lipski, Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland 1945/46, Phil. Diss., Berlin 1961; Siegfried Thomas, Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, Berlin 1964; Günter Benser/Helene Fiedler/Hans-Joachim Krusch, Zur historischen Bedeutung der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: BzG, H. 2/1976, S. 195 ff.; Hans-Joachim Krusch, Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, H. 3/1976, S. 204 ff.; Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED in Bildern und Dokumenten, Berlin 1976.

<sup>34</sup> Michael Freund, Deutsche Geschichte, a. a. O., S. 1549.

SED die Schlußfolgerung, sich nicht auf eine offene politische Auseinandersetzung bei der Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates im Rahmen einer Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage einzulassen. Die von der Stärke der SED als der mit Abstand größten deutschen Partei und ihrer Ausstrahlungskraft ausgehenden Wirkungen auf das politische Kräfteverhältnis ließen es der Mehrheit der westdeutschen Bourgeoisie geraten erscheinen, nunmehr auf den von Adenauer (und auch von Schumacher) seit 1945 rigoros verfolgten Kurs der Westzonenstaatsbildung und damit der Spaltung Deutschlands einzuschwenken, der seit Ende 1946 auch von den Westmächten, insbesondere den USA, aus kongruenter imperialistischer Interessenlage heraus, verfolgt wurde. Einerseits die Gründung der SED verfälschend, reflektiert die bürgerliche Geschichtsschreibung andererseits diese Zusammenhänge – natürlich auf eine verzerrte Art und Weise –, wenn Hillgruber schreibt: „Die Zwangsvereinigung zur SED schuf angesichts der scharfen Ablehnung dieser Entscheidung durch den Führer der SPD in den Westzonen, Schumacher, ein erstes schwerwiegendes Hindernis für eine gemeinsame Gestaltung Gesamtdeutschlands durch die Besatzungsmächte und die sich regenden deutschen politischen Kräfte. .. Erst die Gründung der SED bildete eine Zäsur, die einen tiefen Graben zwischen den politischen Kräften in Nachkriegsdeutschland, zunächst vor allem zwischen SED und SPD, aufwarf.“<sup>35</sup>

Noch nicht mit der Bodenreform oder „der Sozialisierung der Schlüsselindustrien“, argumentiert Hillgruber an anderer Stelle, sondern erst mit der Gründung der SED beginne recht eigentlich „der Eigenweg der sowjetischen Besatzungszone“<sup>36</sup>. An dieser Feststellung – auf die an anderer Stelle nochmals zurückzukommen ist – ist zweifellos richtig, daß sich die deutsche Bourgeoisie bis zur Gründung der SED noch eine Chance ausrechnete, die durchgeführten oder eingeleiteten antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen in Ostdeutschland unmittelbar über die Errichtung eines gesamtdeutschen Föderativsystems zu integrieren, das heißt zu entschärfen mit dem Ziel, sie – über die Majorisierung der Länder Ostdeutschlands – auf diese oder jene Weise wieder rückgängig zu machen. Mit den mit der Gründung und erfolgreichen Entwicklung der SED verbundene-[78]nen Veränderungen des politischen Kräfteverhältnisses, der Verstärkung der Hegemonie der Arbeiterklasse und der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland und ihrer sich abzeichnenden Rolle bei der Schaffung eines einheitlichen demokratischen deutschen Staates erhielt die auf deutschem Boden vollzogene geschichtliche Wende einen irreversiblen Charakter. Und mehr noch: Es waren damit die entscheidenden Voraussetzungen und Bedingungen für die gesetzmäßige Weiterführung und Vertiefung des revolutionären Prozesses in Ostdeutschland entstanden, indem sich immer deutlicher der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als Grundtendenz ausprägte.

Die Entstehung der DDR und ihre erfolgreiche Entwicklung als sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung ist untrennbar mit der Gründung und dem Wirken der SED als führender politischer Kraft, als marxistisch-leninistischer Kampfpartei der Arbeiterklasse verbunden. Es ist ein Hauptanliegen der bürgerlichen Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft, diesen Zusammenhang in Frage zu stellen bzw. zu verfälschen. Während für die Darstellung der sechziger und siebziger Jahre dabei die Methode praktiziert wird, die Erfolge der DDR und auch Leistungen der SED teilweise zuzugeben, aber so zu tun, als ob die Erfolge letztlich „industriegesellschaftlichen Sachzwängen“ entsprungen wären und sich auch ohne die SED eingestellt hätten, fehlt jegliche Anerkennung von Erfolg und historischer Leistung bei der Darstellung der ersten Nachkriegsjahre. Die unter Hegemonie der Arbeiterklasse und der führenden Rolle der SED durchgesetzten antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen und die erfolgreiche Errichtung und Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung wird nicht unter dem Aspekt der Bewältigung historischer, gesellschaftlicher und politisch-ideologischer Aufgaben dargestellt und gewertet, wenn auch vereinzelt einander sehr widersprechende Äußerungen zu finden sind. Es fehlt jeglicher Versuch, die Politik der SED objektiv zu werten und – wenn auch kritisch – zu würdigen. Eine wissenschaftliche Untersuchung müßte doch solche Fragen beantworten, wie die nach der Rolle der SED bei der Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen. Welche Anforderungen stellten diese Umwälzungen an den

---

<sup>35</sup> Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945-1972, a. a. O., S. 28.

<sup>36</sup> Ders., Deutschland zwischen den Weltmächten 1945-1965, in: Deutsche Geschichte im Überblick, a. a. O., S. 760.



Grad der Bewußtheit des subjektiven Faktors sowohl bei der [79] Schaffung der machtmäßigen Voraussetzungen als auch bei ihrer Umwälzung selbst? Wie weit war die SED eine wesentliche unentbehrliche Bedingung für die Herstellung und Entwicklung eines solchen Wirkungszusammenhangs, in dem sich die Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus als Grundtendenz durchsetzen konnten? Gab es alternative Möglichkeiten und Wege – und welche?

Allen diesen und anderen Ansätzen wissenschaftlicher Problematisierung geht die bürgerliche Geschichtsschreibung aus dem Wege. Auch nur Ansätze in dieser Richtung könnten doch irgendwelche unbequemen Denkanstöße geben und Fragen aufwerfen, die die primitiven antikommunistischen Klischees über Charakter, Rolle und Bedeutung der SED durchlöchern. Es könnte irgendwie deutlich werden, daß die Organisiertheit von rund anderthalb Millionen Arbeitern und anderen Werktätigen in der SED, daß die durch sie repräsentierte Kampfkraft und Bewußtheit ein entscheidender Faktor für die erfolgreich Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen als Bestandteil des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus waren.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung kritisiert die Vereinigung von KPD und SPD – ohne das offen auszusprechen – von der Position des Sozialdemokratismus bürgerlicher Prägung. Eine Vereinigung von KPD und SPD war nur dann akzeptabel, wenn sie auf dem Boden des Sozialdemokratismus erfolgt wäre. Diese Position war jedoch nicht diejenige des damaligen Zentralaussschusses der SPD, in dem klassenbewußte Sozialdemokraten bestimmenden Einfluß ausübten, und auch nicht diejenige der Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder. Für sie war es selbstverständlich, daß es um einen echten Vereinigungsprozeß ging, in dem von beiden Parteien Wertvolles einzubringen war. Und es gab außerdem darüber völlige Übereinstimmung, daß die Vereinigung nicht auf einer opportunistischen, sondern auf der Plattform des revolutionären Marxismus erfolgen mußte. Das Herangehen der bürgerlichen Geschichtsschreibung, ihr Wertungsbezug ist somit schon vom Ansatz her wissenschaftlich unhaltbar, denn eine Einheitspartei als traditionelle sozialdemokratische Partei stand weder historisch auf der Tagesordnung noch überhaupt zur Debatte.

Auch die Mehrheit der westdeutschen Sozialdemokratie [80] verstand – nebenbei bemerkt – in den ersten Nachkriegsjahren diese Partei als eine revolutionäre, systemverändernde Kraft, und die rechten Führer trugen diesem Selbstverständnis wiederholt *expressis verbis* Rechnung. Das unübersehbare Streben nach Aktionseinheit aller Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung, wie es bei uns nach Kriegsende überall vorherrschend war, verstand sich allenthalben mit einer Hinwendung zum Marxismus und mit Vorstellungen, den traditionellen Opportunismus und Sozialdemokratismus zu überwinden. Und daraus ergab sich die von der Praxis bestätigte Überzeugung, daß eine sozialdemokratische Partei alten Stils nicht in der Lage war, ihren Beitrag zur Durchführung einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu leisten.

Es war und ist eine gezielte Fehlleistung bürgerlicher Geschichtsschreibung, die Geschichte der SED in den Bezugsrahmen des Sozialdemokratismus und des bürgerlichen Parlamentarismus zu stellen und sie auf diese Weise völlig zu „verfremden“.

Eine jüngere Variante, die besonders von Vertretern der Kommunismusforschung und der DDRologie vertreten wird, ist die Verfälschung der Geschichte der SED aus der Sicht der Position eines sogenannten Nationalkommunismus. Sie verbindet sich mit den Bemühungen um Erosion der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in ihrem Kern, nämlich durch Umgestaltung der SED. Aus dem Untergrund der industriegesellschaftlichen Sachzwänge entspränge danach notwendigerweise eine national- oder reformkommunistische Tendenz der Distanzierung von der Sowjetunion und den sowjetischen Erfahrungen. Über diese Distanzierung, das heißt die Preisgabe sowohl des engen Kampfbündnisses mit der Sowjetunion als auch des für den Sozialismus Allgemeingültigen und Notwendigen, soll der Weg zur „Auflockerung“ und schließlich Überwindung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung gebahnt werden.

Diese Konzeption hat stärkere Bedeutung für die Politikwissenschaft als für historische Darstellungen. Soweit sie in historischen Darstellungen ihren Niederschlag gefunden hat bzw. soweit historische Exkurse gemacht werden, trifft auf sie *mutatis mutandis* die gleiche Kritik zu, die schon grundsätzlich dargelegt wurde.

[81] Nach Hermann Weber war die SED von 1946 bis 1948 „keine Kaderpartei im leninistischen Sinne, sondern eine ausgesprochene sozialistische Massenpartei“<sup>37</sup>, die einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ vertrat.<sup>38</sup> Weber behauptet entgegen den Tatsachen, daß diese Position „geradezu als Distanzierung vom sowjetischen Modell angesehen werden“ mußte. Einerseits war die SED nach Weber in diesen Jahren also weitgehend eine nationalkommunistische Partei, andererseits behauptet Weber: „Die Reformen von 1945/46 (Bodenreform, Schulreform, Industriereform), die den Grundstein einer neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur der sowjetischen Besatzungszone legten, waren letztlich von der Sowjetunion bestimmt.“<sup>39</sup> Und die Sowjetunion habe, wie auch die anderen Siegermächte, „ihr gesellschaftliches System auf ihre Zone“ übertragen<sup>40</sup> Der Unsinn liegt auf der Hand. Zweifellos war die antifaschistisch-demokratische Ordnung keineswegs mit der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung kongruent. Es ist eben keineswegs das sowjetische System einfach übertragen worden. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung entsprach vielmehr genau dem, was von der KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 und in anderen Dokumenten anvisiert und was auch im Minimalprogramm der SED umrissen wurde. Dabei gab es allerdings keinen Gegensatz zu den Grundprinzipien und Zielen der Deutschlandpolitik der Sowjetunion – ganz im Gegenteil!

Weber unterläßt es<sup>41</sup> – sicher nicht ohne Absicht –, der Frage nachzugehen, inwieweit die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen denn nun von der angeblich nationalkommunistischen Linie der SED geprägt waren, inwieweit nicht – und was von dieser „nationalkommunistischen“ Sicht aus hätte anders gemacht werden müssen. Das heißt, auch die Vertreter dieser Variante weichen den Grundfragen aus, sind weitab von jeder wissenschaftlichen Problematisierung, simplifizieren die Geschichte der SED und verfälschen sie durch einen pseudowissenschaftlichen Bezugsrahmen.

Das Feuer der bürgerlichen Kritik richtet sich bei der Behandlung der Entwicklung der SED nach ihrer Gründung auf die Durchsetzung des Leninismus in der SED, auf die Anwendung sowjetischer Erfahrungen und überhaupt auf das enge Kampfbündnis zwischen SED und KPdSU. Es handelt sich [82] hierbei um Grundbedingungen des erfolgreichen Weges der Entstehung und Entwicklung der DDR.

Die Weiterentwicklung der SED ergab sich aus den neuen, höheren Aufgaben, die aus der Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses zwangsläufig erwachsen und aus der Tatsache, daß bei Gründung der Partei noch nicht alle Klärungsprozesse abgeschlossen waren. In die neue Partei hatten KPD und SPD Unterschiedliches eingebracht. Die KPD hatte in langen Jahren erbitterten Klassenkampfes marxistisch-leninistische Organisationsprinzipien sowie – ausgehend vom VII. Weltkongreß der KI – eine geschlossene Revolutionstheorie für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus entwickelt. Diese Theorie stellte eine schöpferische Anwendung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, des Allgemeingültigen sowjetischer Erfahrungen auf die besonderen deutschen Bedingungen dar. Die SPD brachte wertvolle Erfahrungen in der kommunal-, sozial- und massenpolitischen Arbeit in die neue Partei ein, verfügte jedoch traditionell über ein bestimmtes Defizit an revolutionärer Theorie, das bis zur Gründung der SED nicht vollständig aufgearbeitet werden konnte. Es fehlte fast durchweg überhaupt die geringste Kenntnis des Leninismus, der Leninschen Revolutionstheorie. Das gleiche traf auch auf die erst nach der Gründung der SED zuströmenden Mitglieder zu. Es war nur natürlich, daß die theoretische Schulung, die Aneignung des Leninismus und sowjetischer Erfahrungen – das heißt von Erfahrungen der Arbeiterklasse, die bisher als einzige den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzogen hatte – ein Grunderfordernis der Weiterentwicklung der SED war. Diese Entwicklung wurde von allen Mitgliedern mitvollzogen. Auch die Mitglieder der ehemaligen KPD hatten noch viel zu lernen, sie besaßen noch keineswegs hinreichende revolutionstheoretische Kenntnisse, mußten Neigungen zu Sektierertum überwinden usw. Nach ihrer Gründung vollzog die SED – in Wechselwirkung mit den steigenden Anforderungen der revolutionären Praxis – einen notwendigen organischen Entwicklungsprozeß. Sie trat ganz selbstverständlich nicht auf der Stelle, wollte den

---

<sup>37</sup> Hermann Weber, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, a. a. O., S. 11.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Ebenda.

Zustand, wie er bei der Gründung bestand, nicht einfach aufrechterhalten. Die bürgerliche Geschichtsschreibung tut so, als ob diese selbstverständliche Weiterentwicklung „abnorm“, „undemokratisch“ und was sonst noch sei. Dabei „über-[83]sieht“ sie, daß ja auch alle anderen nach 1945 entstandenen Parteien nicht bei ihren Gründungspositionen verblieben sind. Sonst müßte heute die westdeutsche SPD nach der Vergesellschaftung der Grund- und Schlüsselindustrien und nach dem Sozialismus als Tagesaufgabe streben, und auch die CDU müßte sich als systemverändernde Partei betrachten. Während sich jedoch diese Parteien über einen echten Bruch mit ihren früheren Gründungspositionen „weiterentwickelten“, geschah das bei der SED keineswegs. Sie entwickelte sich – ausgehend von ihren „Grundsätzen und Zielen“ – politisch-theoretisch und organisatorisch ohne jeden Bruch organisch weiter. Und weder bei den antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen noch beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus wurde das sowjetische Modell übertragen; vielmehr war es immer die Linie der SED, die allgemeingültigen Grundsätze des Marxismus-Leninismus, allgemeingültige sowjetische Erfahrungen schöpferisch auf die besonderen deutschen Bedingungen und Verhältnisse anzuwenden und selbst einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus zu leisten. Inhalt und Bedeutung dieses Beitrages sind dabei nicht abstrakt zu umreißen, sondern immer im Zusammenhang mit den konkret-historischen Bedingungen, insbesondere der jeweils erreichten Stufe des internationalen Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zu analysieren und zu werten. Es ist für historische Darstellungen linksradikaler Provenienz typisch, daß sie gerade einer umfassenden, konkret-historischen Analyse ausweichen.

Historische Darstellungen in der BRD, die von linksradikalen Positionen geprägt sind, rücken zwar die Problematik der Systemveränderung abstrakt ins Blickfeld, weisen jedoch als einzigen Weg den des Revoluzzertums und behandeln den einzigen Weg, der sich real als gangbar erwiesen hat, und mit ihm die Politik der SED, mit ablehnender antisowjetisch ausgerichteter Ignoranz. Auch hier vermag kein wissenschaftliches Geschichtsbild dieser Jahre entwickelt zu werden, werden Vorurteile, Einseitigkeit und Voluntarismus zu konzeptionellen Leitlinien eines Geschichtsbildes stilisiert. Diese Darstellungen treffen sich in der Diffamierung der Sowjetunion und der SED mit den Darstellungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Sie fußen auch mit ihnen auf den gleichen unwissenschaftlichen Quellen, vor allem den Auslassungen der Renegatenliteratur. [84] Von dieser Art der Behandlung der Geschichte der SED führt ein gerader Weg zur Darstellung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen durch die bürgerliche Geschichtsschreibung. Besser eigentlich: zur Nichtdarstellung, denn was sich die bürgerliche Geschichtsschreibung an disproportionaler „Verknappung“ und „Mut zur Geschichtslücke“ dabei leistet, ist nahezu beispiellos. Deuerlein etwa widmet dieser Thematik knapp drei Seiten in seinem dreihundertseitigen Buch, Michael Freund kommt mit einer halben Seite aus und Andreas Hillgruber gar mit wenigen Zeilen!

Dieses Vorgehen ist keineswegs zufällig, sondern Bestandteil des konzeptionellen Leitfadens bürgerlicher Geschichtsdarstellung der Nachkriegszeit, in die eine eingehendere Behandlung dieser Problematik wegen ihrer immanenten Sprengkraftwirkung nicht „hineinpaßt“. Bei ihr tauchen die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen nicht in ihrer eigenständigen Problematik auf, sondern nur als angebliche Bestandteile solcher Leitlinien und Oberbegriffe, wie Errichtung einer totalitären Gesellschafts- und Staatsordnung, einer kommunistischen Herrschaft, Übertragung des sowjetischen Modells usw. usf. oder als Ergebnis oder Bestandteil kommunistischer Politik. Dieses Herangehen wurde schon bei unserer Auseinandersetzung mit der „Sowjetisierungsthese“ belegt.

Etwas anders und nicht ganz so disproportional erfolgt die Behandlung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen in einigen Publikationen der Kommunismusforschung bzw. der DDRologie. Hier werden diese Umwälzungen stark aus strukturell-soziologischer Sicht und in einseitiger und überzogener Herausarbeitung ihres Bezuges zur sozialistischen Revolution behandelt. In dem unter Leitung von Ludz 1975 herausgegebenen DDR-Handbuch bilden die Jahre 1945 bis 1949 zum Beispiel die erste von angeblich sechs Phasen des Aufbaus „einer sozialistischen Planwirtschaft“ bis zur Gegenwart, und die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher erscheint lediglich als gezielte

kommunistische Maßnahme zur Beseitigung privatkapitalistischen Eigentums.<sup>42</sup> Die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen erscheinen so als unmittelbarer Beginn einer systematischen Errichtung des Kommunismus. „Im östlichen Teil Deutschlands wurde 1945 mit der Errichtung einer Gesellschaftsordnung nach kommunistischen Grundsätzen begonnen.“<sup>43</sup>

[85] Natürlich gibt es in der Entstehung und Entwicklung der DDR von 1945 bis zur Gegenwart eine Kontinuität, die im Wirken der objektiven Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Errichtung der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation wurzelt und die durch die Errichtung der Hegemonie der Arbeiterklasse, ihre Entwicklung zur Diktatur des Proletariats und deren ständige Festigung gewährleistet wurde. Doch nur diese Kontinuitätslinie zu sehen, den historischen Prozeß einseitig darauf zu reduzieren, führt zu einer groben Verfälschung der historischen Dialektik. Denn sie setzte sich doch nur letzten Endes, als Grundzug in qualitativ unterschiedlichen Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung und des politischen Kampfes, durch. Die soziologische, im Grunde ahistorische Betrachtungsweise von DDRologen beinhaltet somit ebenfalls eine grobe Verfälschung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen und der damit verbundenen Politik von KPD und SED.

Neben der bisher vorherrschenden Art und Weise der Behandlung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen als von außen oder (und) von oben durchgedrückten bzw. von SMAD und KPD/SED administrierten Veränderungen findet in einer Reihe Arbeiten der Begriff „Revolution von oben“ Anwendung.<sup>44</sup> Die damit verbundene inhaltliche Verfälschung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen ist die gleiche wie bisher. Es handelt sich also um eine bloße formale Anpassung bzw. Modernisierung des bürgerlichen Wissenschaftsvokabulars. In der Verteufelung grundsätzlich einig, widersprechen sich die verschiedenen Autoren in der Wertung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen jedoch nicht unerheblich, wie wir noch sehen werden.

Die Enteignung und Entmachtung des Großgrundbesitzes, einer sozialen Stütze des deutschen Militarismus, auf dem Wege einer demokratischen Bodenreform war eine revolutionäre Aktion, mit der wesentliche Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entstanden. Das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft wurde fest verankert, das Dorf hörte auf, politisches Reservoir der Reaktion zu sein. Die demokratische Bodenreform war eine Maßnahme, die mit den alliierten Beschlüssen übereinstimmte und den berechtigten Forderungen der Landarbeiter und landarmen Bauern sowie der [86] umgesiedelten Bauern nach Land entsprach, wie sie auch in den Westzonen erhoben wurden. Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung hat hierzu zahlreiche Darstellungen vorgelegt, die sich auf der Grundlage umfangreicher Archivstudien sowohl mit der Gesamtproblematik als auch mit Einzelfragen befassen.<sup>45</sup> Sie widerlegen unter anderem eindeutig die Behauptungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung, wonach die Bodenreform – wie die anderen antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen – das Werk der sowjetischen Besatzungsmacht gewesen sei, und arbeiten sozusagen mittels konkret-historischer Fallstudien den Umfang, die Art und Weise und die Bedeutung der Agrarpolitik der SMAD für die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Verankerung ihrer Ergebnisse heraus. Sie zeigen, daß die demokratische Bodenreform sich in einem komplizierteren gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß realisierte, der im erbitterten Klassenkampf und widerspruchsvoll, in einer breiten demokratischen Massenaktion durchgesetzt wurde. Die

---

<sup>42</sup> Siehe DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1975, S. 939.

<sup>43</sup> Peter Mitzscherling, Soziale Sicherung in der DDR, (West-)Berlin 1968, S. 15.

<sup>44</sup> Siehe Hans-Peter Schwarz, in.: Die zweite Republik, a. a. O., S. 37; Determinanten der westdeutschen Restauration, a. a. O.; Ute Schmidt/ Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, a. a. O.

<sup>45</sup> Zur umfangreichen marxistischen Literatur der DDR, die bereits bis Ende der sechziger Jahre erschienen war, vgl. den Forschungsbericht von Günter Benser, in ZfG, Sonderband, 1970, S. 590 ff. Einige Forschungsarbeiten und Artikel jüngerer Datums: Siegfried Kuntsche, Die „Gemeinwirtschaft“ der Neubauern. Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes und des Aufbaus der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg, Phil. Diss., Rostock 1970; Hans Gottwald, Die Entmachtung der Großgrundbesitzer und Naziaktivisten und die Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft während der ersten Etappe der demokratischen Bodenreform im Herbst 1945 auf dem Territorium des heutigen Bezirks Erfurt, Diss. A., Halle 1974; Bruno Kiesler, Bodenreform – Grundlage der sozialistischen Entwicklung auf dem Lande, in: Einheit, H. 9/1975, S. 1003 ff.; Bündnis der Arbeiter und Bauern. Dokumente und Materialien zum 30. Jahrestag der Bodenreform, Berlin 1975

Analyse der demokratischen Bodenreform zeigt eindeutig daß und wie die werktätigen Bauern in unserer Epoche bei der Artikulierung und Durchsetzung ihrer grundlegenden Forderungen auf die Arbeiterklasse angewiesen sind, daß das Bündnis mit der Arbeiterklasse für sie lebenswichtig ist. Auch aus der Sicht der werktätigen Bauernschaft ist es notwendig, den Kampf um die Realisierung ihrer Forderungen mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden.

Die demokratische Bodenreform weist aus, daß die Errichtung der Hegemonie der Arbeiterklasse die Voraussetzung dafür ist, daß die grundlegenden demokratischen Forderungen der Bauern erfüllt werden und daß die notwendige Lösung der Agrarfrage in Tempo und Art und Weise im Interesse der Bauern und nicht im Interesse der Monopole und des Großgrundbesitzes erfolgen kann.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung behandelt die demokratische Bodenreform lapidar und oberflächlich, zum Teil auf einander widersprechende Art und Weise. Charakteristisch für die Art und Weise des Herangehens ist die Behauptung von Sontheimer und Bleek, die „Bodenreform wurde bis in ihre Einzelheiten von der sowjetischen Militär-Administration (SMA) vorbereitet“<sup>46</sup>, und die Wertung Krautkrämers, daß die Bodenreform „eindeutig die Bolschewisierung [87] der sowjetischen Zone“ eingeleitet hätte.<sup>47</sup> Angeblich sei die Ernährungslage verschlechtert worden, eine Behauptung, die erwiesenermaßen bei einem Vergleich mit den Westzonen keiner Überprüfung standhält. Krautkrämer versteigt sich schließlich zu der Behauptung, der Wunsch nach Umverteilung des Bodens, den er nicht in Abrede stellen kann, sei den Kleinbauern und Landarbeitern durch „KPD-Funktionäre oktroyiert“ worden.<sup>48</sup> Andererseits gesteht H. Weber zu, daß man die Bodenreform keineswegs als „kommunistisch“ bezeichnen könne, und daß alle vier Blockparteien ihr zugestimmt haben.<sup>49</sup> Nolte widmet der Bodenreform in seinem dickleibigen Buch über den kalten Krieg ebenfalls nur wenige Zeilen. Er gesteht zu, daß diese von der KPD motivierte Maßnahme „zwar im Prinzip viel Zustimmung fand“, um sie jedoch sofort anschließend mit der wenig überzeugenden Bemerkung zu diffamieren, daß sie angeblich „mit ausgeprägter Vernichtungsintention durchgeführt“ wurde.<sup>50</sup> Michael Freund geht so weit, die Berechtigung der Bodenreform aus politischen und wirtschaftlichen Gründen anzuerkennen. Bemerkenswert immerhin die Feststellung: „Der ostelbische Adel und die ostelbische Großgrundbesitzerklasse hatten die Revolution von 1918, die Weimarer Republik und das Dritte Reich überdauert. Mit der Bodenreform der Sowjetzone wurde diese Klasse nun endgültig ausgelöscht, die seit Jahrhunderten Preußen regiert hatte.“<sup>51</sup> Und weiter: „Die Bodenreform wurde so der Vollstrecker eines unaufhaltsamen Schicksals und hätte Deutschland einheitlicher gemacht – wenn der freie Bauer in der Zone geblieben wäre. Bald aber folgte die Kollektivierung der bäuerlichen Betriebe.“<sup>52</sup> Mit diesem Trick sucht sich Freund, der die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in der Industrie völlig übergeht, aus der Sackgasse herauszuwinden, in die er unversehens bei seinem Ansatz wissenschaftlicher Problematisierung geriet. Die Kollektivierung begann schließlich erst sieben Jahre später, die Bodenreform in Westdeutschland aber nie, worüber Freund an dieser und anderer passender Stelle einfach hinweggeht. Mit dem Trick der Antizipation der „Kollektivierung“ schlägt so Freund schließlich doch noch den Bogen von der Anerkennung der Berechtigung der Bodenreform zu ihrer Abwertung als „kommunistisches Manöver“. Die Anerkennung der Berechtigung der demokratischen Bodenreform ist jedoch in den bürgerlichen Geschichtsdarstellungen die Ausnahme. Typisch ist vielmehr die Art der Distanzierung, wie sie Deuerlein vornimmt, wenn er formuliert, daß die Bodenreform „die entschädigungslose Enteignung des Grundbesitzes über 100 ha

---

<sup>46</sup> Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR, a. a. O., S. 36. Eine differenzierte Darstellung zu dieser Problematik siehe: Siegfried Kuntsche, Die Unterstützung der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg durch die Sowjetische Militäradministration bei der Leitung der demokratischen Bodenreform, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 12, Berlin 1974, S. 141 ff.

<sup>47</sup> Elmar Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 69.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>49</sup> Hermann Weber, Von der SBZ zur DDR. 1945-1968, Hannover 1966, S. 26.

<sup>50</sup> Ernst Nolte, Deutschland und der kalte Krieg, a. a. O., S. 206.

<sup>51</sup> Michael Freund, Deutsche Geschichte, a. a. O., S. 1550.

<sup>52</sup> Ebenda. Ähnlich argumentiert Gert Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945, a. a. O., S. 18 ff.; in gleicher Weise Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 693.

und die Enteignung der Bodeneigentümer vor(sah), die von den kommunistisch gelenkten Ortsausschüssen als Nationalsozialisten oder Militaristen deklariert wurden“<sup>53</sup>.

Im Zusammenhang mit der Hinwendung der bürgerlichen Geschichtsschreibung zu Fragen der inneren Entwicklung der Westzonen von 1945 bis 1949 rückt die Frage der Bodenreform in den Westzonen stärker in den Blickpunkt historischer Darstellungen. Dabei kann man nicht gänzlich am Bezug zur Bodenreform in Ostdeutschland vorbeigehen.

Typisch für das Herangehen, auf das wir noch bei der Analyse der Darstellungen zur Entwicklung der Westzonen zurückkommen, ist die Behandlung dieser Problematik als reine Struktur- und Siedlungsfrage, die weitgehend aus den gesellschafts- und machtpolitischen Bezügen herausgelöst wird, und die Konzentration auf die beschreibende Darstellung der parlamentarischen Aspekte der Behandlung dieser Frage, im Zonenbeirat der britischen Zone, im Länderrat der amerikanischen Zone, in Landtagen.<sup>54</sup> Deutlich wird der Zugzwang, unter dem diese Frage in den Westzonen unter dem Einfluß der demokratischen Bodenreform Ostdeutschlands aufgegriffen und von Besatzungsmächten und Bourgeoisie langwierig mit dem Ziel behandelt wird, die Bodenreform zu verfälschen und zu verhindern. Die demokratische Bodenreform in Ostdeutschland wird auch in diesen Darstellungen in den bekannten antikommunistischen Klischees reflektiert, nicht ernsthaft problematisiert und dient letztlich – infolge der angeblich kommunistischen Art und Weise ihrer Durchführung – gar noch als politisches Alibi für die Nichtdurchführung einer Bodenreform in den Westzonen. Als Ausweg aus dem Dilemma, das für die bürgerliche Geschichtsschreibung bei ausführlicherem Eingehen auf diese Problematik entsteht, zeichnet sich ab, die Bodenreform aus der Sicht einer Lösung der Agrarfrage und damit der „Kollektivierung“ in Frage zu stellen bzw. als kommunistisches Manöver abzuwerten. So heißt es in einer Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen der DDR: Die Bodenreform „war unter den bestehenden Verhältnissen ein brauchbares Mittel, um die Ernährungsbasis zu sichern, [89] einen Teil der Vertriebenen zu integrieren und zunächst einmal die Lage zu stabilisieren. Auf Sicht jedoch war die Bodenreform keine wirtschaftliche Lösung der Agrarfrage, weil die Schaffung von Kleinlandwirtschaften weder die Entwicklung einer hohen Produktivität förderte, noch auf die Dauer den Lebensstandard der Neubauern sichern konnte ...“<sup>55</sup>

Diese Argumente sind zweifellos richtig. Sie können jedoch nicht gegen die Bodenreform ins Feld geführt werden, wie das hier mit untergründig antikommunistischer Ausrichtung geschieht, sondern weisen, wenn man diese Gedankenkette, wie es notwendig wäre, weiterführt, auf die Problematik der Dialektik von Spezifik, Wesen und historischem Platz der demokratischen Bodenreform. Erst über die Analyse dieser Problematik ist eine umfassende wissenschaftliche Einschätzung der Bodenreform möglich. Die Analyse bedarf mehrerer wissenschaftlicher Ansätze. Die Bodenreform ist einmal hineinzustellen in die konkret-historische Widerspruchsdialektik zwischen Faschismus und Militarismus nach 1945 und den Interessen des deutschen Volkes, zum anderen in die grundlegenden Entwicklungs- und Strukturzusammenhänge. Die Bodenreform ist zunächst ein Bestandteil der zu lösenden antifaschistisch-demokratischen Aufgaben, insbesondere der Beseitigung des deutschen Militarismus dessen eine soziale Grundlage im Junkertum wurzelte, und der notwendigen grundlegenden Demokratisierung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Die reaktionäre Macht des Großgrundbesitzes auf dem Lande und über das Dorf galt es zu brechen und damit zugleich die traditionelle politisch-soziale Rückständigkeit zu überwinden bzw. abzubauen.

Der antifaschistisch-demokratische Charakter dieser Aufgabenstellung bedingte die Art und Weise ihrer Lösung. Hinzu kam die Notwendigkeit, die Umsiedlerproblematik zu bewältigen und die Ernährungslage zu stabilisieren. Eine damit in Korrelation stehende Problematik erwuchs aus der unvollendeten bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland und dem nicht erfüllten, jahrhundertewährenden Kampf der Bauern um die Rückgewinnung des vom feudalen Großgrundbesitz und kapitalistischen Gutsbesitz geraubten Landes. Die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse griff diese

<sup>53</sup> Ernst Deuerlein, *Deutsche Geschichte der neuesten Zeit*, a. a. O., S. 107.

<sup>54</sup> Günter Tittel, *Die Bodenreform in der britischen Zone 1945-1949*, Stuttgart 1975; *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949*, a. a. O.; Karl Dietrich Erdmann, *Die Zeit der Weltkriege*, a. a. O., S. 692 ff.

<sup>55</sup> *25 Jahre Deutsche Demokratische Republik*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 13.

berechtigte demokratische Forderung der Bauern auf; denn nur bei Berücksichtigung dieser Interessen und Forderungen konnten feste und stabile Bündnis-[90]beziehungen zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft hergestellt werden.

Dabei war klar, daß die demokratische Bodenreform keine Lösung der Agrarfrage bedeutete, wie sie in unserem Jahrhundert auf der Tagesordnung steht. Der unmittelbare Übergang zur genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Großproduktion war jedoch aus objektiven Gründen und aus der Denk- und Verhaltensweise der Mehrheit der Bauern und Landarbeiter, wie sie 1945 vorherrschte, nicht möglich. Wenn auch die Bodenreform keine Lösung der Agrarfrage bedeutete, so war sie doch wiederum objektiv Bestandteil eines revolutionären Prozesses, in und mit dem sich das Grundgesetz unserer Epoche, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, durchsetzte. Dieser revolutionäre Prozeß beinhaltete gesetzmäßig auch die objektiv notwendige Lösung der Agrarfrage auf dem Wege, der den Interessen der Bauern entsprach, nämlich dem des produktionsgenossenschaftlichen Zusammenschlusses. Hier kommen wir zum entscheidenden entwicklungs- und strukturgesetzlichen Bezugsrahmen, in den die Bodenreform einzuordnen ist. Zwischen Bodenreform und der Lösung der Agrarfrage bestand kein Gegensatz, sondern zwischen ihnen bestand ein in den objektiven Struktur- und Entwicklungsgesetzen wurzelnder dialektischer Zusammenhang. Dieser Zusammenhang war vielfältig. Er war mittelbar über den Gesamtzusammenhang der demokratischen Bodenreform mit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, ihrem Charakter, ihrer sozialökonomischen Funktion und ihrem historischen Platz gegeben. Und es gab auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der demokratischen Bodenreform und der späteren produktionsgenossenschaftlichen Lösung der Agrarfrage.

Der mittelbare Zusammenhang war sowohl entwicklungs- als auch strukturgesetzlicher Art. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung mit der staatlich institutionalisierten Hegemonie der Arbeiterklasse war politisch eine Übergangsform zur Errichtung einer sozialistischen Staatsmacht, sozialökonomisch war sie ein Bestandteil des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Sie war also keine relativ selbständige gesellschaftliche Zwischenstufe zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern eine Form bzw. ein Bestandteil des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die demokratische [91] Bodenreform war ein integraler Bestandteil der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und damit der sozialen Revolution des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieser entscheidende und bestimmende Aspekt schließt die Tatsache nicht aus, sondern ein, daß als ein unmittelbares ökonomisches Ergebnis der Bodenreform im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung die Existenzformen der kleinen oder auch kapitalistischen Warenproduktion auf dem Lande vermehrt wurden.

Die führende Rolle der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse bei der demokratischen Bodenreform schloß ein, daß ihre Konzipierung und Durchführung zugleich mit der perspektivischen Blickrichtung auf den Sozialismus und die Lösung der Agrarfrage erfolgte. Auf einem Drittel des enteigneten Bodens entstanden volkseigene Güter. Mit ihnen und den Maschinenausleihstationen entstanden Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande und wesentliche Keimzellen für die spätere sozialistische Umwandlung der Landwirtschaft auf produktionsgenossenschaftlichem Wege. Damit stand die Bodenreform auch unmittelbar in einem Zusammenhang mit dem historischen Entwicklungsgesetz des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Und darüber hinaus bestand ein nicht zu übersehender strukturgesetzlicher Zusammenhang, der sich über die neu geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande und das Klassenbündnis von Arbeiter und Bauern bei der Machtausübung realisierte.

Bleibt festzuhalten, daß eine Analyse der Dialektik von Spezifik, Wesen und historischem Platz der demokratischen Bodenreform und damit eine umfassende wissenschaftliche Einschätzung nur möglich ist, wenn sie von dem politischen und gesellschaftlichen Struktur- und Entwicklungszusammenhang ausgeht. Sie erfordert vor allem eine richtige Kombination zwischen einer mittelfristigen wissenschaftlichen Theorie dieser historischen Periode bzw. der antifaschistisch-demokratischen Ordnung mit der langfristigen Theorie unserer Epoche. Wenn die KPD 1945 mit dieser Sicht die Aufgaben der demokratischen Bodenreform so formulierte, daß sie erfolgreich bewältigt werden und zugleich organisch der Weg zur endgültigen Lösung der Agrarfrage fortgesetzt werden konnte, so ist

das Ausdruck einer wissenschaftlich begründeten Agrarpolitik der KPD; es ist nichts als [92] billige Verlegenheitsausflucht, diese der objektiven historischen Dialektik Rechnung tragende Politik als „kommunistisches Manöver“ abzutun.

Die Beseitigung der kapitalistischen Konzerne, Trusts, Großbanken und Kartelle als wirtschaftlicher Grundlage des deutschen Militarismus und Faschismus bzw. imperialistischer deutscher Aggressions- und Reaktionspolitik und die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher war die wichtigste und entscheidende Aufgabe antifaschistisch-demokratischer Politik. Sie ergab sich gleichermaßen aus den historischen Erfahrungen und den Lebensinteressen des deutschen Volkes wie der Völker der Antihitlerkoalition. Diese Aufgabenstellung wurde in dieser oder jener Form von fast allen politischen Parteien und Organisationen programmatisch reflektiert, sie war im Potsdamer Abkommen verankert, und es gab über sie einen unübersehbaren Konsensus von der Arbeiterklasse über Bauern, Handwerker, Angehörige der Intelligenz bis in Kreise des mittleren Bürgertums hinein. Verbal bekannten sich sogar solche großbürgerlichen Interessenvertreter wie Adenauer prinzipiell positiv zu dieser Aufgabenstellung.

Zwischen denen, die es mit der Bewältigung dieser Aufgabe ernst meinten, gab es unterschiedliche Vorstellungen über Methoden und damit zu verbindende Zielstellungen. Von der deutschen Arbeiterklasse, ihren Parteien und Organisationen wurde eine den objektiven Erfordernissen gemäße und zugleich die einzig reale Lösung dieser Aufgabe angestrebt, nämlich die Enteignung mit der Schaffung von gesellschaftlichem Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln zu verbinden und damit die Demokratisierung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse konsequent bis zu den wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft voranzutreiben. Der in dieser Frage in der deutschen Arbeiterbewegung vorhandene Konsensus schloß unterschiedliche Konzeptionen und Zielsetzungen nicht aus. Es standen sich hier die am konsequentesten von der KPD vertretene revolutionäre Konzeption und eine sozialreformistische Konzeption gegenüber. Letztere klammerte die Klassen-, Macht- und Staatsaspekte aus, lehnte den revolutionären, außerparlamentarischen Kampf ab und lief letzten Endes darauf hinaus, die Vergesellschaftung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien sowie der Großbanken – um die es vor allem ging – im Rahmen [93] der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung durchzuführen und über eine „Wirtschaftsdemokratie“ schließlich in den „demokratischen Sozialismus“ hineinzuwachsen. Trotz dieses konzeptionellen Gegensatzes, hinter dem sich letztendlich unterschiedliche Klassenpositionen, proletarische bzw. kleinbürgerliche, verbargen, war doch der Konsensus hinsichtlich der Aufgabenstellung übergreifend. Das zeigte sich deutlich in den Beschlüssen der Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften zu den Fragen Enteignung, Vergesellschaftung und Mitbestimmung; auch noch bei der Unterstützung des von der SPD eingebrachten Gesetzes zur Sozialisierung des Ruhrbergbaus durch die KPD-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtages usw. Von der Motivation her stellte nicht nur die von der KPD und klassenbewußten Sozialdemokraten vertretene, sondern auch die sozialreformistische Konzeption die Aufgabe der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher mit dem Blick auf die Überwindung, die Aufhebung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Dabei gilt es natürlich zwischen sozialreformistischen Vorstellungen zu unterscheiden, die wirklich auf eine Überwindung des Monopolkapitalismus abzielten, und sozialreformistischen Ansätzen in der Politik rechter SPD-Führer. Für diese waren solche Ansätze einerseits Lippenbekenntnisse, scheinrevolutionäre Phrasen, mit denen sie ihren Einfluß sicherten, zum anderen bildeten Vorstellungen einer kapitalistischen Nationalisierung einen Bestandteil der von ihnen vertretenen Variante der Restaurationspolitik im Zuge der Neuordnung spätkapitalistischer Staats- und Gesellschaftsverhältnisse und der „sozialpartnerschaftlichen“ Integration der Arbeiterklasse in diese. Anders die verschiedenen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Bestrebungen – soweit sie ernsthafter Natur waren. Hier verband sich in dieser oder jener Form ein ökonomischer Antimonopolismus mit Bestrebungen, das kapitalistische System zu erhalten und zu festigen. In diesem Sinne gab es Vorstellungen von einer Aufteilung der Konzernbetriebe und ihrem Verkauf, von der Einführung gemischt-wirtschaftlicher oder genossenschaftlicher Betriebsformen auf kapitalistischer Basis und ähnlichem. Soweit diese Kreise bereit waren, am Kampf um die Enteignung des Monopolkapitals teilzunehmen, waren hier



Bündnismöglichkeiten und progressive Potenzen vorhanden. [94] Solche standen jedoch im Widerspruch zu den Zielvorstellungen, die politisch konterrevolutionär und ökonomisch reaktionär waren; denn das ist die Kritik des Monopolkapitalismus vom Standpunkt des vormonopolistischen Kapitalismus. Von diesen Komponenten der kleinbürgerlich-bürgerlichen Positionen in der entscheidenden gesellschaftspolitischen Frage gab es Verbindungslinien sowohl zum konsequenten antimonopolistischen Kampf der Arbeiterklasse als auch zur restaurativen Politik der deutschen Bourgeoisie. Es war primär eine Frage des Kräfteverhältnisses der Klassen, eine Frage der Macht und der sich abzeichnenden Grundtendenz der politischen Entwicklung, welche der beiden Komponenten zur vorherrschenden, bestimmenden werden würde. Das Kleinbürgertum und das demokratische Bürgertum war weder konzeptionell noch vom Kräfteverhältnis her eine alternative Kraft, es verfügte über keine den Erfordernissen entsprechende und realisierbare Konzeption. Es stand objektiv vor der Alternative, entweder an der antimonopolistischen Motivation festzuhalten und sich an die Seite der Arbeiterklasse zu stellen, dabei jedoch Kompromisse in der Zielvorstellung einzugehen bzw. wesentliche Abstriche zu machen, oder an der Zielvorstellung festzuhalten, damit sich nicht nur gegen die Großbourgeoisie, sondern auch gegen die Arbeiterklasse zu stellen. Eine solche Haltung nahmen viele Kräfte des Kleinbürgertums und des demokratischen Bürgertums tatsächlich ein. Ihr Einfluß auf programmatische Formulierungen war zum Beispiel in der Anfangsphase der westdeutschen CDU nicht zu übersehen, ebensowenig aber auch ihr völliges politisches Scheitern, ihre politische Kapitulation und Unterordnung unter die restaurative Politik dieser Partei und ihre Einordnung in die restaurierte großkapitalistische Gesellschafts- und Staatsordnung der BRD. Diese Unter- und Einordnung vollzog sich schrittweise und wurde den Kräften des Kleinbürgertums und des demokratischen Bürgertums auch dadurch erleichtert, daß die Restauration sich über Umwege und in Formen vollzog, die sie verschleierte und die zum Teil in einer scheinbaren Verbindung zum kleinbürgerlichen Antimonopolismus standen. Ja, man kann sagen, daß die Restaurationsstrategie der reaktionären Großbourgeoisie in den Westzonen wesentlich auf der teilweisen Rezeption solcher kleinbürgerlich-antimonopolistischen Vorstellungen beruhte, dabei geschickt deren Nichtrealisierbarkeit-[95]keit im Sinne wirklicher Veränderung und deren antimonopolistische Unwirksamkeit und den ephemeren Charakter von Teilmaßnahmen einkalkulierend.

Die Entflechtungsmaßnahmen<sup>56</sup> sind – nicht nur, aber auch – in diesem Zusammenhang zu sehen. Im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Propaganda standen Vokabeln, wie gemeinwirtschaftliche Ordnung, gemischtwirtschaftliche Betriebsformen, Entflechtung und Entkartellisierung, die dann seit 1948 allmählich durch das Vokabular der sogenannten sozialen Marktwirtschaft ersetzt wurden.

Die sozialreformistische Konzeption bot, wenn sie mit antimonopolistischer Konsequenz und mit antikapitalistischem Perspektivbewußtsein vertreten wurde, zweifellos echte Ansätze für eine Politik grundlegender antiimperialistisch-demokratischer Veränderungen. Die unter dem Druck solcher Forderungen und Bestrebungen zustande gekommenen Enteignungsgesetze oder Verfassungsartikel waren zweifellos ein progressives Element in der westzonalen Nachkriegsentwicklung, Ergebnis gemeinsamen Wirkens von Kommunisten, klassenbewußten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Diese Ansätze konnten jedoch nicht ausgebaut werden. Entscheidend war hierfür, daß es den rechten SPD-Führern gelang, die Aktionseinheit zwischen KPD und SPD zu verhindern und die Spaltung der westdeutschen Arbeiterbewegung durch das Hineinragen eines militanten Antikommunismus zu vertiefen und zu verschärfen, die Position der Arbeiterklasse insgesamt zu schwächen. Der Kurs der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer blockte den außerparlamentarischen Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse ab, der notwendig gewesen wäre, um die Verwirklichung der entsprechenden Landtagsgesetze bzw. Verfassungsartikel durchzudrücken. Außerdem wäre es notwendig gewesen, dort, wo die Mehrheitsverhältnisse zugunsten einer SPD/KPD-Regierung bestanden, wie in Hessen, eine solche zu bilden, um die Verwirklichung des Artikels 41 der hessischen Verfassung konsequent voranzutreiben. Aktionseinheit und Aktionsvereinbarungen von SPD und KPD bis hin zu Regierungsprogrammen bzw. -koalitionen hatten, verbunden mit demokratischen Massenbewegungen, wie sie sich um die Jahreswende 1946/47 entwickelten, einen Einfluß, der das gesamte politische Klima

---

<sup>56</sup> Siehe zur Entflechtungspolitik Rolf Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945-1949, a. a. O., S. 261 ff.

in den Westzonen, das politische Kräfteverhältnis wesentlich hätte verändern können – [96] trotz der imperialistischen Besatzungsmächte. Dann hätte auch die Institution der Wahlen einen weitgehend demokratischen Charakter annehmen können. Letztlich entscheidend wäre allerdings gewesen, die Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse und mit ihr verbündeter Kräfte zu verändern, diese Macht fest zu verankern und zu sichern. Auf dem Wege der Aktionseinheit von KPD und SPD, des Klassenkampfes und antiimperialistisch demokratischer Veränderungen hätte sich natürlich auch der Sozialreformismus selbst, durch die Schule revolutionärer Umgestaltungen, geprüft am Kriterium der Praxis, gewandelt. Ein solcher Wandlungsprozeß vollzog sich ja auch im Bewußtsein vieler klassenbewußter Sozialdemokraten im Zuge der revolutionären Praxis in der sowjetischen Besatzungszone und durch die vertiefte Aneignung der Lehren der Klassiker des Marxismus und schließlich auch der Lehren Lenins. Die antikommunistische, ihrem Wesen nach bürgerliche Politik rechter SPD-Führer, die vorgaben, einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu gehen, täuschte viele klassenbewußte Sozialdemokraten, veranlaßte sie zum „Mitlaufen“, zur Preisgabe ihrer Bestrebungen nach Aktionseinheit. Viele andere wurden aus der SPD ausgeschlossen. Obwohl unter den sich entwickelnden Bedingungen der Restauration und Reaktion in den Westzonen und des antikommunistischen Kurses rechter SPD-Führer die in Nordrhein-Westfalen vom Landtag im August 1948 in dritter Lesung beschlossene „Sozialisierung des Ruhrbergbaus“ zunächst kaum den Rahmen einer kapitalistischen Nationalisierung überschritten hätte, kämpfte die KPD für das Gesetz und seine Verwirklichung. Sie kämpfte dafür mit dem Ziel, die Kampfpositionen der Arbeiterklasse zu verbessern und im weiteren Kampf die Perspektive zu eröffnen, über die Ausweitung der Mitbestimmung zur Arbeiterkontrolle und letztlich durch Veränderungen im Charakter der Staatsmacht das staatskapitalistische Eigentum in Volkseigentum zu verwandeln.

Es standen sich 1945, wie überhaupt, so auch in der Frage der gesellschaftspolitischen Grundstruktur, objektiv nur zwei realisierbare Konzeptionen gegenüber: eine revolutionäre oder eine konterrevolutionäre, die der Errichtung der Hegemonie der Arbeiterklasse oder die der Wiedererrichtung der vollen ökonomischen, politischen und militärischen Macht der deutschen Großbourgeoisie, die des Volkseigentums an den entscheidenden [97] Produktionsmitteln oder die der Erhaltung des kapitalistischen Eigentums.

Und die Realisierung der revolutionären Konzeption der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und der Lösung der Monopolfrage war nur im Bezugsrahmen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung möglich. Die Hegemonie der Arbeiterklasse, das mit Bauern, kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräften hergestellte und geschmiedete Klassenbündnis machte es möglich, die antimonopolistische Komponente und progressive Potenz kleinbürgerlich-bürgerlicher Konzeptionen zur Wirksamkeit zu bringen und diesen Kräften zu helfen, im Zuge des revolutionären Prozesses ihre irrealen politisch-ökonomischen Vorstellungen abzubauen und schließlich zu der Erkenntnis zu gelangen, daß das Ernstmachen mit dem Antimonopolismus, wie es ihren Lebensinteressen entspricht, nur an der Seite der Arbeiterklasse möglich ist und entsprechend der objektiven historisch-gesellschaftlichen Dialektik Systemveränderung und die Perspektive des Aufbaus des Sozialismus mit einschließt. Die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in Volkseigentum wurde in Ostdeutschland im Klassenkampf, aber unter Beibehaltung und Festigung eines breiten Klassen- und Parteienbündnisses, in einer breiten revolutionär-demokratischen Bewegung vollzogen.<sup>57</sup>

Mit diesen Ausführungen ist der Problemkomplex umrissen, um den es bei einer wissenschaftlichen Behandlung der Frage der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und der Beseitigung von Konzernen, Trusts, Kartellen und Großbanken als Grundlage und Triebkraft für Reaktion, Aggression und imperialistische Kriege ging. Auch hier kommt es in der historischen Darstellung darauf an, die Dialektik von Spezifik und Wesen, zwischen der konkret-historischen Erscheinungsform des Kampfes um die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und ihrem Struktur- und Entwicklungszusammenhang

---

<sup>57</sup> Grundlegend dazu bereits 1959 Stefan Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959, S. 234-447. Siehe auch: Forschungsbericht von Günter Benser, a. a. O., S. 590 ff.; 30 Jahre volkseigene Betriebe, Berlin 1976.

herauszuarbeiten. Dabei ist dieser Zusammenhang zweifellos viel unmittelbarer und kompakter als der, den wir bei der demokratischen Bodenreform feststellen konnten, denn die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in Volkseigentum unter den Bedingungen der staatlich institutionalisierten Hegemonie der Arbeiterklasse – und das bleibt festzuhalten – bedeutete die Zerschlagung der Monopole und [98] die Beseitigung des Monopolkapitalismus. Damit hörte der Kapitalismus als geschlossenes, umfassendes gesellschaftspolitisches System auf zu existieren. Die Wirtschaft Ostdeutschlands bestand nunmehr aus drei Sektoren, dem volkseigenen, dem kapitalistischen und dem der kleinen Warenproduktion, wie es typisch ist für die Wirtschaftsordnung der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher wurde mit antifaschistisch-demokratischer Motivation, als antifaschistisch-demokratische Maßnahme durchgeführt. Ihrem sozialökonomischen Bezug nach entsprach sie jedoch im wesentlichen den Aufgaben der sozialistischen Nationalisierung. Ihrem Strukturbezug nach bedeutete sie die Eroberung der Kommandohöhen der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse, die ökonomische Fundierung der Hegemonie der Arbeiterklasse, nicht zuletzt auch durch die mit der Schaffung des Volkseigentums verbundene Wirtschaftsplanung und zentrale Wirtschaftsleitung, in ihrem politischen Bezug Festigung und Ausbau dieser Hegemonie. Damit wurde der Grundzug der antifaschistisch-demokratischen Ordnung als Übergangsform zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung stabilisiert und vertieft.

Die KPD bzw. die SED in ihren „Grundsätzen und Zielen“ machten aus dieser objektiven Dialektik kein Hehl und auch nicht daraus, daß sie davon ausgingen bzw. in ihrer Politik beachteten, daß es Aufgabe der SED war, die demokratischen Aufgaben in Richtung Sozialismus zu lösen.

In der BRD existieren eine Reihe Darstellungen, die diese Problematik von ihrem gesellschaftspolitischen Strukturaspect her behandeln. Einige Autoren gelangen hinsichtlich des gesellschaftspolitischen Konsensus und anderer Aspekte zu richtigen wissenschaftlichen Problematisierungen mit teilweise antimonopolistisch-demokratischer Motivation.<sup>58</sup> Sie bewegen sich jedoch im Rahmen und in den Grenzen sozialreformistischer Theorien, die außerdem noch mit antikommunistischen Positionen verbunden sind. Die dadurch selbst errichteten Schranken verbauen ihnen den Weg zu einer weitergehenden Annäherung an die historische Realität unter Berücksichtigung der Dialektik von Ökonomie und Politik, gesellschaftspolitischer Struktur- und Machtfragen. Heben sich diese Darstellungen in bezug auf die gesellschaftspolitischen Aspekte der Entwicklung der West-[99]zonen vom herrschenden bürgerlichen Geschichtsbild ab, so eint sie wiederum mit diesen die antisowjetische und antikommunistische Ausrichtung, die bürgerliche Pluralismus-, Sozialpartnerschafts-, Demokratie- und Staatstheorie. Und hinsichtlich der Darstellung oder der Charakterisierung der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und der Lösung der Monopolfrage in Ostdeutschland unterscheiden sie sich vom herrschenden bürgerlichen Geschichtsbild kaum. Bei anderen Autoren wird der Versuch deutlich, das herrschende bürgerliche Geschichtsbild vom Makel allzu unbedenklicher Vernachlässigung gesellschaftspolitischer Fragen zu befreien, dieses Geschichtsbild durch eine entschärfende und verschleiernde pseudowissenschaftliche Problematisierung gesellschaftspolitisch sozusagen abzurunden.<sup>59</sup> Die erste größere Gesamtdarstellung, die in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß, ist die von Erdmann in Band 4 der neunten Auflage von Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte, der 1976 erschienen ist. Dieser Teilband umfaßt die Zeit von 1933 bis 1949/1950 und bezieht die Periode von 1945 bis 1949 mit rund 200 Seiten von 600 Seiten Gesamtumfang voll in die Darstellung ein. Zugleich zeigt diese konservative Darstellung Erdmanns, daß die Einbeziehung von Wirtschafts-, Verfassungs-, Kirchen- und Schulgeschichte nicht notwendig mit weiterführender Problematisierung und vertiefender historischer Analyse verbunden sein muß. Man kann und muß eher feststellen, daß hier das Gegenteil der Fall ist – bis hin zu zahlreichen falschen Fakten und

---

<sup>58</sup> Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, 4., unveränd. Aufl., Frankfurt (Main) 1973; Günter Plum, Versuche gesellschaftspolitischer Neuordnung. Ihr Scheitern im Kräftefeld deutscher und alliierter Politik, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-1949, München 1976, S. 90 ff.; Peter Hüttenberger, Die Anfänge der Gesellschaftspolitik in der britischen Zone, a. a. O., S. 171 ff.

<sup>59</sup> Siehe Die zweite Republik, a. a. O.; Ansätze schon bei Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O.

Behauptungen.<sup>60</sup> So wird das herrschende bürgerliche Geschichtsbild nach wie vor dadurch geprägt, daß die gesellschaftspolitischen Grundfragen ausgeklammert werden, die Fragestellung der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher nur verfälscht auftaucht. Die „Sozialisierungs“problematik erscheint, wenn überhaupt, bei der Darstellung der Westzonen als Randfrage im Rahmen der „freiheitlich-demokratischen“ Entwicklung vom „Reich zur BRD“. Bei der Behandlung Ostdeutschlands wird die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, wenn überhaupt, bestenfalls in Anführungsstrichen erwähnt und als Vorwand und Bestandteil der „Sowjetisierung“ bzw. „kommunistischer Machtergreifung“ charakterisiert. Motive, Charakter und Zielsetzungen der Enteignungen werden verfälscht, wichtige Tatsachen weggelassen. Der Sequestrierungsbefehl Nr. 124 der SMAD wird von Deuerlein als „entschädi-[100]gungslose Enteignung“ gewertet, der die enteigneten Betriebe in Volkseigentum überführt habe.<sup>61</sup> Mit dieser Manipulation unterschlägt er den Volksentscheid vom 30. Juni 1946 über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und die entsprechenden Gesetze der Landtage. Von anderen Autoren wird dieser Volksentscheid lapidar erwähnt, ohne jedoch den geringsten Versuch zu unternehmen, auf die damit verbundenen historischen und politischen Fragen einzugehen.

Diepenthal versteigt sich zu der Behauptung: „Der Volksentscheid war ein reiner Propagandaakt ...“<sup>62</sup>, eine unverfälschte Behauptung, die er mit möglichen Überprüfungen in Einzelfällen und anderen aus der Luft gegriffenen Argumenten zu begründen sucht. Pritzel charakterisiert den „Volksentscheid“ als bezeichnendes Scheinmanöver. In den übrigen Ländern der SBZ verzichtete man auf diese Schaustellung kommunistischer Formen der Demokratie ...“<sup>63</sup> Demgegenüber sieht sich Krautkrämer genötigt, in bezug auf den Volksentscheid zuzugestehen: „Es kann nicht gesagt werden, daß dieses Ergebnis durch-Druck zustande gekommen ist ...“<sup>64</sup> Binder schließt sich dem Vorgehen Deuerleins an, unterschlägt den Volksentscheid und die gesamte politische Problematik der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, läßt aus der Sequestrierung SAG-Betriebe und Volkseigene Betriebe im Sinne der „Sowjetisierung“ und „Errichtung kommunistischer Macht“ entstehen.<sup>65</sup> Sywottek weist in diesem Zusammenhang immerhin darauf hin, daß Sequestrierung und Überführung von Betrieben in die öffentliche Hand „sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Forderungen von Sozialisierung“ entgegenkamen. Angeblich sei dann jedoch durch eine Regelung durch Befehle der SMAD eine „uneingeschränkte Berücksichtigung der Interessen der KPD-Führung“ erfolgt!<sup>66</sup> Erdmann behandelt Bodenreform und Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in der sowjetischen Besatzungszone auf einer Seite und bringt die Behandlung dieser Fragen in seinem Buch völlig deplaciert.<sup>67</sup> Immerhin gesteht er zu, daß man „davon ausgehen (kann), daß die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien in der sowjetischen Zone dem Wunsche einer Mehrheit der Bevölkerung entsprach“, wenn auch angeblich der Volksentscheid in Sachsen „unter einseitiger Verwendung des behördlichen Apparates zugunsten des von der Besatzungsmacht erwarteten Ausgangs durchgeführt wurde“ (sic!). Und dann [101] müssen die Wahlen in Berlin bzw. in Westberlin wieder dazu herhalten, um die antikommunistische These zu formulieren, daß angeblich die Bereitschaft der Bevölkerung „zu sozialen Reformen politisch von den Vorstellungen einer parlamentarischen Demokratie“ geleitet gewesen sei – als ob es in der sowjetischen Besatzungszone keine Länderparlamente gegeben hätte!

Im „Bericht über die Lage der Nation 1974“ der Bundesregierung, immerhin unter Leitung eines als flexibel geltenden DDRologen wie Peter Christian Ludz verfaßt, kann man in einem historischen Exkurs lesen: „Für die Wirtschaftspolitik war zudem entscheidend, daß von der sowjetischen Besatzungsmacht schon bald nach Kriegsende die Grundlagen für eine staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung gelegt wurden. Im Zusammenhang mit der innenpolitischen Durchsetzung

<sup>60</sup> So erfindet Erdmann eine angebliche Initiativgruppe Wilhelm Pieck (S. 664), erteilt den Deutschen Zentralverwaltungen exekutive Befugnisse, die sie nicht besaßen (S. 693), gibt das Ergebnis der Abstimmung über den Artikel der hessischen Verfassung mit 62,7 statt mit 72 Prozent an (S. 711), um nur einige Beispiele zu nennen.

<sup>61</sup> Ernst Deuerlein, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, a. a. O., S. 109.

<sup>62</sup> Ernst Diepenthal, Drei Volksdemokratien, a. a. O., S. 154.

<sup>63</sup> Konstantin Pritzel, Die Wirtschaftsintegration Mitteldeutschlands, Köln 1969, S. 18.

<sup>64</sup> Elmar Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 71.

<sup>65</sup> Gerhard Binder, Deutschland seit 1945, a. a. O., S. 95.

<sup>66</sup> Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie, a. a. O., S. 209.

<sup>67</sup> Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 693 f.

und dem Aufbau eines auf den sowjetischen Typ der Einparteienherrschaft orientierten politischen Systems, das die SED zur dominierenden politischen Kraft auf steigen ließ, wurde das Privateigentum an den Produktionsmitteln schon 1945/46 weitgehend abgeschafft und das aus der Kriegszeit übernommene Wirtschaftssystem zu einer ‚sozialistischen Planwirtschaft‘ umgeformt.“<sup>68</sup> – Ein besonders krasses Beispiel des Bruchs zwischen flexibler Gegenwartsanalyse der DDR, wie sie im Bericht versucht wird, und traditionell simplifizierender Geschichtsbetrachtung. Auch andere DDRologen bewegen sich, wie Ludz, völlig in einem solchen trüben historischen Fahrwasser. So wird die ganze Problematik der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und die Monopolfrage von Sontheimer/Bleek auf eine von der SMAD durchgeführte „Industriereform“ reduziert. Auf dem Wege der Sequestrierung „wurde der größte Teil der Industrieanlagen erfaßt und enteignet“ sowie verstaatlicht. „Im Lande Sachsen hat ein am 30. Juni 1946 noch relativ frei abgehaltener Volksentscheid die ‚Enteignung der Kriegsverbrecher‘, und damit die weitgehende Entprivatisierung der Industrie gutgeheißen.“<sup>69</sup> Zum Zwecke der Geschichtsfälschung werden immer wieder andere Behauptungen aufgestellt, wie die, daß die Sowjetunion damit nur das Ziel verfolgt habe, ihre Besatzungszone mittels SAG-Betrieben auszubeuten,<sup>70</sup> bzw. daß lediglich an die Stelle des Privatkapitalismus der Staatskapitalismus getreten sei.<sup>71</sup> Die damit verbundene mangelnde private [102] Unternehmerinitiative – und nicht die Kriegsfolgen – hätten die weitere wirtschaftliche Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone erschwert.<sup>72</sup> Die Wirtschaftsplanung, mit der die schwierige Aufgabe eines Wirtschaftsaufbaus aus eigener Kraft bewältigt und die Grundlagen für die wirtschaftlichen Erfolge der DDR in den kommenden Jahren gelegt wurden, hätte angeblich keine Leistungskraft und Effektivität entwickelt.<sup>73</sup>

Hillgruber und Nolte tun die Thematik mit wenigen Zeilen ab, wobei letzterem lediglich – in sicher nicht abwegiger Spekulation auf die Unkenntnis seiner westdeutschen Leser – einfällt zu behaupten, daß „die Enteignungen in der Industrie ... weit über das hinaus(gingen), was aus dem Juni-Aufruf der KPD sinnvollerweise abzuleiten“ gewesen sei.<sup>74</sup> Michael Freund setzt mit seiner deutschen Geschichte sozusagen den i-Punkt auf die Art und Weise bürgerlicher Geschichtsbetrachtung; er hört bei der Darstellung der inneren Entwicklung Ostdeutschlands bei der Bodenreform auf und läßt alles andere einfach weg!

Die gleiche Art des Vorgehens zeigt sich bei der Behandlung der Entnazifizierung. Die Säuberung des Verwaltungs- und Justizapparats von Nationalsozialisten und Militaristen, die Bestrafung der aktiven Nazi- und Kriegsverbrecher, die davon abgehobene Behandlung der Masse der „Mitläufer“ und ihre schrittweise Einbeziehung in den antifaschistisch-demokratischen Aufbau waren wichtige Maßnahmen, die in der sowjetischen Besatzungszone – beispielgebend auch für die Westzonen – auf demokratische Weise durchgeführt wurden. In den Westzonen erfolgte bekanntlich keine wirksame Säuberung, die Entnazifizierung wurde verfälscht und sabotiert. Der Grundtenor der bürgerlichen Darstellungen zu dieser Problematik liegt deshalb nicht zufällig in dieser oder jener Form auf der Abwertung des Gedankens der Entnazifizierung überhaupt. Säuberung und Entnazifizierung seien weiter nichts als Maßnahmen mit dem Ziel gewesen, alle wichtigen Positionen mit Kommunisten zu besetzen.<sup>75</sup> Die Ziele der Entnazifizierung, wird von Deuerlein schließlich behauptet, seien angeblich weder in der östlichen noch in den westlichen Besatzungszonen erreicht worden.<sup>76</sup>

Zu den wahrhaft historischen Ergebnissen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen und bedeutenden Leistungen der SED und der mit ihr zusammenarbeitenden Parteien und Organisationen

<sup>68</sup> Aus: Bericht zur Lage der Nation 1974, Bonn 1974, S. 125 f.; ähnlich: Harald Winkel, Die deutsche Wirtschaft seit Kriegsende, a. a. O., S. 28.

<sup>69</sup> Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR, a. a. O., S. 36 f.

<sup>70</sup> Elmar Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 62.

<sup>71</sup> Gerhard Bindet, Deutschland seit 1945, a. a. O., S. 95.

<sup>72</sup> Elmar Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 71.

<sup>73</sup> Gerhard Binder, Deutschland seit 1945, a. a. O., S. 95.

<sup>74</sup> Ernst Nolte, Deutschland und der kalte Krieg, a. a. O., S. 206.

<sup>75</sup> Hermann Weber, Von der SBZ zur DDR, a. a. O., S. 23; Thilo Koch, Fünf Jahre der Entscheidung, a. a. O., S. 106; besonders gehässig Gerhard Binder, der die Internierungslager für Nazi- und Kriegsverbrecher mit den Konzentrationslagern gleichsetzt, in: Deutschland seit 1945, a. a. O., S. 52.

<sup>76</sup> Ernst Deuerlein, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, a. a. O., S. 78.

gehört zweifellos die humanistisch-progressive [103] Veränderung des Denkens und der Verhaltensweisen breiter Kreise der Bevölkerung, die Überwindung des bürgerlichen Bildungsprivilegs, verbunden mit einer gezielten und praktisch wirksamen Förderung der Entwicklung von Arbeiter- und Bauernkindern, die Schritte zur Überwindung besonders auch der geistigen Rückständigkeit und Enge des Landlebens, die Entwicklung einer humanistischen, den Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verbundenen Kultur.<sup>77</sup>

Angesichts des geistig-moralischen Verfalls, den der Faschismus hinterlassen hatte, sowie der zum Teil tief verwurzelten Bewußtseinsformen des Chauvinismus verbunden mit rassistischem Elitedenken, des preußischen Militarismus, insbesondere auch des Antikommunismus und Antisowjetismus waren die Aufgaben der geistig-kulturellen Umwälzung, Erziehung und Aufklärung ebenso dringlich wie schwierig zu bewältigen. Ihre Bewältigung konnte nicht nur über die Rückwirkung der Revolutionierung des gesellschaftlichen Seins durch die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen auf das gesellschaftliche Bewußtsein erfolgen, obwohl das zweifellos die entscheidende Grundlage für eine ebenso massen- wie dauerhafte Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins war. Aber die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen vollzogen sich nicht spontan und mechanisch, sondern in der Verbindung von politischer Führung und staatlicher Leitung mit demokratischen Masseninitiativen und -aktionen. Das heißt, die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen bedurften der aktiven Rolle des politischen staatlichen Überbaus. Ihr Tempo, ihre Tiefe, ihr Erfolg war ein Produkt der Wechselwirkung zwischen den Veränderungen des gesellschaftlichen Seins und des gesellschaftlichen Bewußtseins. Den unmittelbaren Umwälzungen in den Bereichen Ideologie und Kultur, dem Kampf um die Verbreitung der Ideen eines realen Humanismus, einer realen Demokratie, des Friedens, der Völkerverständigung und des sozialen Fortschritts, der Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Kultur kam daher eine wesentliche Bedeutung zu.

Vor allem mußte garantiert werden, daß die heranwachsende Generation im Geiste dieser Ideen erzogen wurde. Die demokratische Schulreform war deshalb eine der entscheidenden Aufgaben, die es zu bewältigen galt.

Entsprechend der gesellschaftlich-politischen Bedeutung der [104] Arbeiterklasse, ihrer führenden Rolle kam es vor allem darauf an, das Klassenbewußtsein in der Gesamtheit der Arbeiterklasse zu wecken, den Marxismus-Leninismus zu verbreiten, der sie zur Ausübung ihrer führenden Rolle befähigte und sie mit einem klaren Perspektivbewußtsein ausrüstete.

Aus der Arbeiterklasse mußten wesentlich die neuen Kader für die Leitung von Staat und Wirtschaft, für Justiz und Volksbildung, für die Volkspolizei usw. gewonnen und qualifiziert werden. Primär aus Arbeiter- und Bauernkreisen galt es eine neue Intelligenz zu entwickeln.

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung war nicht nur ein Prozeß der Veränderungen des gesellschaftlichen Seins, sondern vor allem auch ein umfassender, vielschichtiger und weitgreifender Prozeß ideologischer Auseinandersetzung, der Schaffung bzw. Verbreitung progressiver geistig-kultureller Werte, ein Prozeß der geistigen Veränderung durch Aufklärung, Schulung und Erziehung, ein Prozeß geistig-moralischer Persönlichkeitsformung.

Die SED verwirklichte auch im ideologischen Kampf, bei der geistig-kulturellen Umwälzung mit ihren vielfältigen Aufgaben und Bezügen ihre führende Rolle und baute sie aus. Von ihrer ideologisch-politischen und weltanschaulichen Wirksamkeit, ihrer Bildungs-, Kultur- und auch Sozialpolitik gingen die

---

<sup>77</sup> Auch dieser Problematik ist von der marxistischen Geschichtsschreibung große Aufmerksamkeit in den angeführten Gesamtdarstellungen und auch in einer Reihe Spezialuntersuchungen gewidmet worden. Siehe z. B.: Zukunft von Anfang an. Der Weg unserer sozialistischen Schule, Autorenkollektiv unter Leitung von K.-H. Günther, Berlin 1970, S. 9-84; Geschichte der Literatur der Deutschen Demokratischen Republik, Autorenkollektiv unter Leitung von Horst Haase u. a., Berlin 1976, S. 31-185; R. Büntig, Zur Bündnispolitik der KPD und SED mit der Hochschulintelligenz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Mai 1945 bis Mai 1948), Phil. Diss., Berlin 1968; E. Schwertner/A. Kepke, Zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED (1945/1946-1966), Berlin 1967; K.-H. Schulmeister, Zur Entstehung und Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin 1965; Helmut Bock/Harald Kintscher, Antimperialistische Demokratie und Kulturentwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945/46, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte, Berlin 1975, S. 10 ff.

richtungweisenden Initiativen und Aktivitäten aus. Dabei kam dem Schulungssystem innerhalb der SED, den eigenen Anstrengungen zur Entwicklung der SED als marxistisch-leninistischer Kampfpartei, eine zentrale Bedeutung zu.

Die führende Rolle der SED bedeutete jedoch nicht, daß der Inhalt ihrer Tätigkeit darin bestand, wie es die bürgerliche Geschichtsschreibung verfälscht, die „kommunistische Ideologie“ zu verbreiten und das ganze geistig-kulturelle Leben sozusagen in diesen Rahmen zu pressen. Die SED widmete natürlich der Verbreitung der Ideen des Marxismus-Leninismus besondere Aufmerksamkeit, sie förderte jedoch alle wirklich humanistischen, auf Frieden und Völkerverständigung, auf Demokratie und sozialen Fortschritt gerichteten Bestrebungen, auch wenn sie von nichtmarxistischen Positionen aus motiviert wurden – und diese waren sogar vorherrschend. An den Universitäten lehrten in der Regel Wissenschaftler bürgerlicher Provenienz, und der Marxismus-Leninismus konnte sich erst in den fünfziger Jahren [105] als anerkannt herrschende Weltanschauung durchsetzen. Der verbindliche und verbindende Konsensus war nicht die „kommunistische Ideologie“, sondern eine antifaschistisch-demokratische Motivation – eindeutig, aber mit einer erheblichen Bandbreite und Vielfalt. Natürlich kam innerhalb dieser umfassenden und vielfältigen geistig-kulturellen Erneuerung dem Wirken marxistischer Kulturschaffender und Funktionäre, der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse und der proletarisch-sozialistischen Kultur eine für die Gegenwart wesentliche und für die weitere Entwicklung immer mehr bestimmende Rolle zu, wie es den objektiven, langfristig wirkenden gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus entsprach.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung geht dieser Problematik deutscher Nachkriegsgeschichte fast noch rigorosier aus dem Wege als der Problematik der Bodenreform und der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher. Waren bei letzteren neben den politischen Intentionen auch erkenntnistheoretisch-methodologische Schranken hindernd wirksam, so trifft das auf jene Problematik nur bedingt zu. Betrachtet doch die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung die Ideengeschichte als eines ihrer besonderen Metiers. Doch hinsichtlich der Nachkriegsgeschichte versagt sie sich diesem Anspruch fast völlig. Bei der Behandlung Ostdeutschlands findet sich kein Ansatz echter wissenschaftlicher Problematisierung. Das ganze Problem wird mit wenigen Zeilen als Durchsetzung der kommunistischen Ideologie bzw. Errichtung der ideologischen Herrschaft des Kommunismus abgetan.<sup>78</sup> Dabei besteht ein zweifacher Bezug. Einmal ergibt sich dieses Herangehen aus der Sowjetisierungsthese einschließlich ihrer Abwandlungen unmittelbar, zum anderen dient die Konstruktion einer Geschichtslücke auf diesem Gebiet dazu, eben diese Sowjetisierungsthese auf der einen und die Konzeption des normalen, demokratischen Weges vom Reich zur BRD auf der anderen Seite gezielt abzusichern.

Indem die positiven Wandlungen des „subjektiven Faktors“ in Ostdeutschland und die „negativen“ in den Westzonen aus der Analyse ausgeklammert werden, kann sich der antifaschistisch-demokratische Entwicklungsprozeß in Ostdeutschland nur so darstellen, daß ihn eine kommunistische Minderheit der Mehrheit oktroyiert hat, einer Mehrheit, die – nach dieser un-[106]historischen und undialektischen Betrachtungsweise – davon abgehalten wurde, gänzlich selbstverständlich die gleiche Option für die Bildung der BRD vorzunehmen wie die Mehrheit der Wähler in den Westzonen.

Darüber hinaus sind es sicher auch noch Beweggründe konterrevolutionärer Absicherung, die die bürgerliche Geschichtsschreibung veranlassen, die Subjekt-Objekt-Dialektik der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen nicht ernsthaft zu behandeln. So beschränkt man sich im wesentlichen auf eine knappe Erwähnung der demokratischen Schulreform. Deuerlein weiß darüber nichts Positives zu berichten, er bemängelt nur die Einführung der russischen Sprache als Pflichtfach.<sup>79</sup> Er behandelt die demokratische Schulreform lapidar in einem Abschnitt zusammen mit der Wiederaufnahme des Unterrichts in den anderen Besatzungszonen und sucht so ihre Bedeutung, ihre qualitative Abhebung zu verwischen.<sup>80</sup> Binder behauptet, die Richtlinien zur Schulreform zeigten, daß man „konsequent“ auf die marxistische Weltanschauungsschule zusteuerte und mit dem Verbot der Privatschule ein Staatsmonopol einrichtete. Und in übler Diffamierung führt er fort: „Das war ganz im Sinne des totalitären Regimes

<sup>78</sup> Ernst Deuerlein, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, a. a. O., S. 79.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 81.

<sup>80</sup> Ähnlich Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, S. 728 ff.

und den Deutschen aus der Zeit des ‚Dritten Reiches‘ wohlbekannt.“<sup>81</sup> Freund, Hillgruber und andere unterschlagen diese Thematik in ihren Darstellungen gänzlich. Auch die DDRologische Literatur bietet zu dieser Problematik keine weitergehenden Ansätze und realistischeren Einschätzungen.<sup>82</sup>

In jüngerer Zeit sind einige wenige Spezialdarstellungen zu dieser Problematik bzw. zu Teilaspekten dieser Problematik veröffentlicht worden. Sie bewegen sich teils in dem charakterisierten Bezugsrahmen, so wenn von der Umgestaltung nach „sowjetischem Vorbild“ und von der „Gleichschaltung der Kunst“ gesprochen wird, die allerdings „nicht bereits unmittelbar 1945 erfolgt sei“<sup>83</sup>. Teils finden sich verstärkt Ansätze, wenigstens hinsichtlich der Schul-, Hochschul- und Bildungsreform zu positiven Teilwertungen zu gelangen,<sup>84</sup> ohne auch hier zu einer tief ergehenden wissenschaftlichen Problematisierung vorzudringen.

Unter dem Einfluß der marxistischen Geschichtsschreibung versuchen einige Vertreter der bürgerlichen Geschichtsschreibung und der DDRologie in ihren historischen Exkursen bei der Behandlung antifaschistisch-demokratischer Umwälzungen [107] zu einigen realistischeren Aussagen vorzustoßen, um den Anschein der Objektivität ihrer Darstellungen und damit deren Wirksamkeit zu erhöhen. Das geschieht ohne Rückkopplung auf eine Veränderung der konzeptionellen Leitlinien. So gesteht Hillgruber zu, daß die „im Herbst 1945 durchgeführte *Bodenreform* (entschädigungslose Enteignung aller landwirtschaftlichen Betriebe über 100 ha) und die *Sozialisierung der Schlüsselindustrien* in der sowjetischen Besatzungszone“ in „der Sicht der meisten Deutschen noch keine ernstere Belastung bedeutete, zumal da auch die übrigen Parteien – mit Ausnahme der LDP – in ihren Programmen eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien und eine Bodenreform in ganz Deutschland forderten“.<sup>85</sup> Zur Beurteilung dieser Ausführungen Hillgrubers muß noch gesagt werden, daß diese wenigen Zeilen alles sind, was Hillgruber zu dieser Thematik in seiner Gesamtdarstellung schreibt. Er macht diese Bemerkungen sozusagen am Rande, gibt der sich aufdrängenden weiterführenden Fragestellung nicht Raum, ganz zu schweigen von Schlußfolgerungen konzeptioneller Art.

Noch weiter in der Wertung gehen Sontheimer/Bleek, nachdem sie die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen als angeblich von der Besatzungsmacht durchgedrückte Reformen kurz beschrieben haben, ohne sie ernsthaft zu problematisieren. In ihrer Wertung, die wir vollständig wiedergeben, verfälschen Sontheimer/Bleek den historischen Prozeß nicht ungeschickt, wobei sie sich den Anschein der Objektivität geben und die neuerdings praktizierte Methode geschickt anwenden, ihre Darstellung der DDR-Geschichte angeblich und scheinbar aus der Sicht des „Selbstverständnisses“ der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft abzurunden. Sie schreiben: „Alle diese Reformen konnten sich auf allgemeine Richtlinien des Alliierten Kontrollrates berufen. Sie dienten nach sowjetischer Auffassung der Zerstörung des Nazismus und Militarismus sowie der Vorbereitung der Demokratie. Es war für die Sowjetunion, wie auch für die Kommunistische Partei Deutschlands, mit der sie am engsten zusammenarbeitete, natürlich selbstverständlich, daß eine Neuordnung des demokratischen Lebens die Beseitigung jener sozialen und ökonomischen Bedingungen zur Voraussetzung hatte, die für das Entstehen des Faschismus verantwortlich gemacht wurden. Durch die Bodenreform sollte der verderbliche Einfluß der Junker und Großgrundbesitzer auf die [108] deutsche Politik ein für alle Mal ausgeschaltet werden; durch die Industriereform wollte man die Produktionsmittel in die Hände des Volkes legen und nicht länger im Besitz von ‚Kriegsinteressenten‘ belassen; durch die Schulreform wollte man die Privilegierung sozialer Gruppen im traditionellen Schulwesen beseitigen; durch die Justizreform wollte man schließlich dafür sorgen, daß die ‚bürgerliche Klassenjustiz‘ ihr Ende fand, indem man die Rechtsprechung einem völlig neuen Personenkreis übertrug, der für die Übereinstimmung der Rechtsprechung mit den politischen Zielen der neuen Herrschenden ausreichende Gewähr bot.“

<sup>81</sup> Gerhard Bindet, Deutschland seit 1945, a. a. O., S. 60.

<sup>82</sup> Siehe z. B.: Werner Bröll/Wolfgang Heisenberg/Winfried Sühlo, Das andere Deutschland, a. a. O., S. 57; Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR, a. a. O., S. 37.

<sup>83</sup> Elmar Schubbe (Hrsg.), Dokumente zur Kunst- und Literatur- und Kulturpolitik der SED, Stuttgart 1972, S. 43.

<sup>84</sup> Volker Granzow, Zur kulturpolitischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis 1973, Diss., (West-)Berlin 1974, S. 132; Horst Siebert, Bildungspraxis in Deutschland. BRD und DDR im Vergleich, Düsseldorf 1970, S. 15 ff.

<sup>85</sup> Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945-1972, S. 760.



Insgesamt genommen bewirkten diese ‚Reformen‘ eine außerordentlich starke Umwandlung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse in der deutschen Ostzone, die sich von der Entwicklung in Westdeutschland entscheidend abhob. Dennoch konnte man die getroffenen Maßnahmen, wenn man sie entsprechend interpretierte, auch aus den Potsdamer Beschlüssen herleiten, denn es wäre unrealistisch gewesen zu erwarten, daß die Sowjetunion unter dem Begriff Demokratisierung und Aufbau der Demokratie in Deutschland dasselbe verstehen würde wie ihre alliierten Partner aus dem Westen. Gerade wenn man die Schuld am Kriege und an der Entstehung des Nationalsozialismus und Militarismus den ökonomischen Mächten des Kapitalismus zuschob, mußte man nach kommunistischer Auffassung das Wirken dieser Mächte nicht allein stärker kontrollieren oder (durch Entflechtungsmaßnahmen z. B.) einschränken, sondern wenn möglich auf Dauer ausschalten. Auf jeden Fall mußte gewährleistet sein, daß der demokratische Aufbau zugleich antifaschistisch war; dies konnte nach kommunistischer Version nur bedeuten, daß den Mächten des Bürgertums, die wesentlich zum Aufstieg des Faschismus beigetragen hatten, keine Möglichkeit mehr gewährt werden sollte, auf den demokratischen Prozeß maßgeblichen Einfluß zu nehmen. Da sich auch die wieder in die politische Verantwortung drängenden bürgerlichen Parteien nach dem Kriege auf ein antifaschistisches Programm festlegen ließen, war die sowjetische Besatzungsmacht bereit, sie in einem ‚Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien‘ mitwirken zu lassen, zumal dadurch für eine Zeitlang eine Fassade bürgerlicher Demokratie aufrechterhalten werden konnte.“<sup>86</sup>

[109] Sontheimer/Bleek packen hiermit das heiße Eisen der Übereinstimmung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen mit den alliierten Beschlüssen, insbesondere den Zielen und Prinzipien des Potsdamer Abkommens an, das von der bürgerlichen Geschichtsschreibung bisher mittels verschiedener direkter und indirekter Methoden liegengelassen bzw. ausgeklammert wurde. Zugleich engen Sontheimer/Bleek die Problematik ein und verfälschen sie, indem sie die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen nicht als solche, sondern – in Anwendung der Sowjetisierungsthese – als administrative Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht charakterisieren und den Bezug zu den alliierten Beschlüssen nicht als Verwirklichung dem Geist und dem Buchstaben nach, sondern im Sinne einer einseitigen kommunistischen Interpretation ausgeben. Dennoch ist die Darstellung dieser Frage gegenüber der bisher in der bürgerlichen Geschichtsdarstellung vorherrschenden bemerkenswert.

Aus dem Kreis nichtmarxistischer Autoren der BRD ist hinsichtlich der Wertung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen Imanuel Geiss besonders hervorzuheben, der zwar – von seiner politisch-historischen Konzeption aus – nicht zu einer vollständigen wissenschaftlichen Problematisierung gelangt und dem Einfluß der Sowjetisierungsthese ebenfalls nicht entgeht. In einer Kernfrage widerlegt er jedoch das vorherrschende bürgerliche Nachkriegsgeschichtsbild, wenn er in einem Aufsatz schreibt: „In beiden Teilen Deutschlands, den westlichen Zonen und der Ostzone entstanden staatliche Gebilde in Übereinstimmung mit der Klassenstruktur und den ideologischen Merkmalen der jeweiligen Besatzungsmacht, in einer Kombination von Freiwilligkeit und Zwang auf beiden Seiten: Im genannten besetzten Deutschland fanden unmittelbar nach 1945 die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und die Bodenreform zur Zerschlagung der verbliebenen (meist adligen) Güter eine breite Zustimmung, wie sich sogar für den Westen an der Volksabstimmung in Hessen im Dezember 1946, auch von Verfassungsartikeln in Nordrhein-Westfalen ebenso ablesen läßt wie im Ahlener Programm der CDU von 1947. Es gibt daher keinen Zweifel, daß diese Strukturveränderungen auch in der Ostzone 1947 in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung erfolgten und noch heute akzeptiert sind.“<sup>87</sup> Das ist ein in der nichtmarxistischen Literatur der BRD vereinzelter Ansatz.

[110] Als Resümee der Wertung, die die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen Ostdeutschlands im konterrevolutionären bürgerlichen Geschichtsbild erfahren, sei die Feststellung Friends als typisch zitiert: „Ein anderes Deutschland war jenseits des Eisernen Vorhangs im Entstehen ... Die

---

<sup>86</sup> Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR, a. a. O., S. 37 f.

<sup>87</sup> Imanuel Geiss, Reich und Nation. Anmerkungen zu zwei zentralen Kategorien deutscher Geschichte und Politik. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Parlament“, B 15/73, 14. 4. 1973, S. 18.

sowjetische Besatzungszone baute ein Gemeinwesen nach ihrem Herzen auf und löste sich damit aus der gemeinsamen Daseinsordnung Deutschlands.“<sup>88</sup>

Bleibt insgesamt festzuhalten, daß die weitgehend das Meinungsbildungsmonopol ausübende, eindeutig vorherrschende bürgerliche Geschichtsschreibung der BRD in ihren Darstellungen der deutschen Nachkriegsentwicklung die Problematik der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen, geschweige denn die Umwälzungsprozesse selbst, wenn überhaupt, dann nur am Rande, auf oberflächliche, unwissenschaftliche, lapidare Art und Weise aufgreift. Bei der Behandlung dieser Grundfrage der Nachkriegsentwicklung tritt die politische Zweckgebundenheit und Tendenz der bürgerlichen Geschichtsschreibung, ihre extreme Parteinahme gegen den historischen Fortschritt, die sie bis zu plumpen Geschichtsfälschungen führt, die Unwissenschaftlichkeit ihrer politisch-historischen Konzeption wie ihrer theoretischen Grundlagen und Leitvorstellungen besonders augenfällig zutage. Die historischen Exkurse in den von Vertretern der Politikwissenschaft bzw. der Kommunismusforschung, insbesondere der DDRologie, verfaßten Arbeiten liegen grundsätzlich auf der gleichen Linie, auch wenn sie stärker als die Exponenten der bürgerlichen Geschichtsschreibung Fragen der gesellschaftlichen Struktur in ihrer Problematisierung berücksichtigen. Wird bei ihnen die Verteufelung nicht so explizit deutlich, ist sie doch der Sache nach ebenfalls vorhanden. Das, was in der BRD über die Entwicklung Ostdeutschlands und die Entstehung der DDR verbreitet wird, hat nach wie vor mehr zu tun mit einer Art Kreuzzugsideologie denn mit einer Darlegung historischer Ereignisse und Entwicklungen. Die DDR wird in ihrer Entstehungsgeschichte politisch-moralisch diffamiert und verteufelt, die SED und die anderen politischen Kräfte eingeschlossen. Früher hatte das den Sinn, ihre Nichtanerkennung und die beabsichtigte Einverleibung in die Staatsund Gesellschaftsordnung der BRD zu legitimieren, diese Politik der Regierung der BRD psychologisch und ideologisch zu [111] unterstützen. Und heute? Es dürfte doch einsichtig sein, daß diese Art Geschichte zu schreiben keineswegs der Entspannung und einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD dient, zu der sich die BRD-Regierung bekennt. [112]

---

<sup>88</sup> Michael Freund, Deutsche Geschichte, a. a. O., S. 1551.

#### 4. Restaurations- und Spaltungsapologie

Die primitiv-simplifizierende Fortschrittsverteufelung im bürgerlichen Geschichtsbild der BRD über die deutsche Nachkriegsgeschichte bildet eine dialektische Einheit mit der Restaurationsverklärung, die im Mittelpunkt dieses Geschichtsbildes steht, Fixpunkt der ihm zugrunde liegenden historisch-politischen Konzeption ist.

Ein entscheidender Bestandteil dieser Konzeption ist die – im Zusammenhang mit der Diffamierung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Entstehung der DDR. stehende – feindselige Ignorierung oder Abwertung der antifaschistisch-demokratischen Bestrebungen in den Westzonen. Die Darstellungen gehen von der schon dargelegten pseudowissenschaftlichen These Thilo Vogel-sangs aus, wonach das deutsche Volk am Ende des zweiten Weltkrieges angeblich „weder für eigene revolutionäre Aktionen noch für nennenswerte evolutionäre Reformen zu haben“ gewesen sei.<sup>1</sup> Die Tatsache, daß in den ersten Jahren die politischen Vorstellungen der Werktätigen bis weit in bürgerliche Kreise hinein von antifaschistisch-demokratischen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen geprägt waren, die keineswegs mit dem restaurativen Weg vom Reich zur BRD übereinstimmten, wird aus der Betrachtung ausgeklammert.

Die Entwicklung und Politik der KPD, der einzigen organisierten Kraft, die konsequent für eine demokratische Alternative zur restaurativen Entwicklung und zur Spaltung Deutschlands kämpfte, wird von aggressiv antikommunistischen Positionen her, unter Zugrundelegung des Totalitarismusschemas, diffamiert. Ihre Rolle und Bedeutung in den ersten Nachkriegsjahren wird abgewertet.

Die verfälschende Darstellung der Politik der KPD und [113] ihrer Entwicklung dient als wichtiger Stützpfeiler, um den Weg vom Reich zur BRD zu legitimieren. Zu diesem Zweck werden die westzonalen Wahlergebnisse so interpretiert, als ob sie das Ergebnis einer angeblich politisch bewußt artikulierten Absage der Mehrheit der Bevölkerung an die Kommunisten und ihr Programm gewesen seien.<sup>2</sup> Dieses Vorgehen dient dazu, eine Reihe wichtiger und unbequemer Tatsachen zu verschleiern. Den Bundestagswahlen ging eine ganze Periode gezielter, zutiefst undemokratischer Aktivitäten der westlichen Militärregierungen, der westdeutschen Bourgeoisie und rechter SPD-Führer zur Behinderung der KPD voraus bis hin zur Entfesselung eines antikommunistischen Kreuzzuges im Zeichen des kalten Krieges. All das wird entweder verschwiegen, nur am Rande erwähnt bzw. „freiheitlich-demokratisch“ umgepolzt. Die historischen Tatsachen weisen demgegenüber aus, daß die KPD trotz aller Behinderungen in den Westzonen in den ersten Nachkriegsjahren eine bedeutsame Rolle im Kampf um Entnazifizierung und Demokratisierung gespielt hat, daß die Forderungen ihres Aktionsprogramms breite Massen beeinflussten, daß insbesondere ihr Kurs auf Aktionseinheit der Arbeiterklasse zunächst auch von der Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder unterstützt wurde, daß sie bedeutsame Initiativen in Betrieben, in den Gewerkschaften, Landtagen und Länderregierungen entwickelte.<sup>3</sup> Zusammen mit großen antikommunistischen Aktivitäten mußten sich sowohl SPD als auch CDU den Anschein geben, als ob die grundsätzlichen Forderungen der KPD nach gründlicher Entnazifizierung und konsequenter Demokratisierung von ihnen ebenfalls, nur besser verwirklicht werden würden.

Der restaurative Weg vom „Reich zur BRD“ hatte die Spaltung der Arbeiterklasse zur Voraussetzung. Die apologetische Darstellung der antikommunistischen Politik der Gruppe von sozialdemokratischen Funktionären um Kurt Schumacher bildet deshalb nach wie vor einen Grundzug des bürgerlichen Geschichtsbildes. „Schlechthin entscheidend war die antisowjetische Orientierung der westdeutschen Sozialdemokratie“ schon 1945,<sup>4</sup> preist Schwarz diese Politik. „Die SPD machte 1945 bis 1947 Nachkriegsgeschichte, indem sie die freiheitliche Demokratie höher stellte als die Einheit der Sozialisten ... So gesehen, war die frühzeitige klare Stellungnahme der SPD gegen [114] jede Volksfront-Strategie ein echter

<sup>1</sup> Thilo Vogel-sang, Das geteilte Deutschland, a. a. O., S. 162.

<sup>2</sup> Die zweite Republik, a. a. O., S. 48.

<sup>3</sup> Siehe außer der bereits angeführten marxistischen Literatur: Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse 1945 bis 1964, Berlin 1965; G. Mannschatz/J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945-1947, Berlin 1962; KPD 1945-1963. Abriß, Dokumente, Zeittafel, Berlin 1966; Max Reimann, Entscheidungen 1945-1966, Frankfurt (Main) 1974.

<sup>4</sup> Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Die zweite Republik, a. a. O., S. 46.

Glücksfall für den späteren westdeutschen Staat.“<sup>5</sup> Und Löwenthal stellte im gleichen Sinne fest, daß die Gründung der BRD ohne den „Kampf Schumachers“<sup>6</sup> nicht zustandegekommen wäre. Die Nachkriegsgeschichte der Arbeiterbewegung in den Westzonen wird weitgehend auf die Darstellung der Politik rechter SPD- und Gewerkschaftsführer reduziert, im Sinne ihrer Vorstellung von „Sozialpartnerschaft“ und das „Hineinwachsen“ der Arbeiterklasse in die bürgerliche Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Ansätze der Aktionseinheit der Arbeiterklasse werden – soweit sie Berücksichtigung finden – vom Standpunkt ihrer Zurückdrängung behandelt.<sup>7</sup> Die gesellschaftspolitischen Alternativvorstellungen, die in gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Forderungen und programmatischen Äußerungen vor allem in den ersten Nachkriegsjahren zum Ausdruck kamen, werden zu Randerscheinungen abgewertet. Alle diese konzeptionellen Ansätze verfolgen das Ziel, den restaurativen Charakter des Entstehungs- und Entwicklungsprozesses der BRD in einen solchen gesellschaftspolitischen, demokratischen Neuordnung umzumünzen. Dabei werden zur Stützung der Legitimationsthese zugunsten der restaurativen Entwicklung und der Gründung der BRD die westzonalen Wahlen herangezogen.

Schwarz verweist auf die Ergebnisse der Wahlen zu den Landtagen in den Westzonen in der Zeit von Oktober 1946 bis zum Oktober 1947. Es gibt genügend Gründe, auf die hier nicht eingegangen werden kann, die diese Wahlen als ein solches Beweismittel ungeeignet machen. Aber selbst davon abgesehen, sticht Schwarz' vermeintlicher Trumpf nicht. Schwarz errechnet einen geringen Vorsprung für den „Bürgerblock“.<sup>8</sup> Er vergißt dabei jedoch zu berücksichtigen, daß zum Beispiel die CDU damals betont als antifaschistisch-demokratische Partei mit antikapitalistischer Akzentuierung (Ahlener Programm) auftrat, so daß es keineswegs statthaft ist, die Stimmabgabe für diese CDU mit einer Option für die kapitalistische Restauration gleichzusetzen. So sehr sich Schwarz auch gegen die Tatsache einer hinter dem Rücken des Volkes und gegen den Willen seiner Mehrheit durchgesetzten Restauration wehrt, widerlegen kann er sie nicht. Es ist eine glatte Geschichtsfälschung, wenn er schreibt: „Die sozialistische ‚Neuordnung‘ ist also in den Jahren 1948/49 nicht durch Manipulation ‚verhindert‘ worden. [115] Sie wurde von den Wählern verworfen. Die Bevölkerung wünschte in ihrer Mehrheit eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft ...“<sup>9</sup> Um die Glaubwürdigkeit der Legitimationsthese trotz allem zu erhalten, wendet man sich prononciert gegen die Auffassung vom restaurativen Charakter der Entwicklung vom Reich zur BRD. Es kann als ein Zeichen der Schwäche und Defensive gewertet werden, wenn sich die Exponenten dieses Geschichtsbildes in diesem Zusammenhang immer mehr veranlaßt sehen, sich mit demokratischen Alternativvorstellungen bzw. marxistischen Darstellungen auseinanderzusetzen, die sie früher einfach ignorierten.

Richard Löwenthal argumentiert zum Beispiel gegen die Auffassung vom restaurativen Charakter der BRD auf durchsichtige Weise: „In Wirklichkeit waren Staat und Gesellschaft auch der konservativen Demokratie, als die sich die zweite Republik zunächst präsentierte, etwas völlig Neues nicht nur gegenüber der untergegangenen Hitlerdiktatur, sondern auch gegenüber der Weimarer Republik und dem Kaiserreich.“<sup>10</sup> Immerhin gesteht er, daß „der Vorwurf der Restauration, der das Gesamtbild der BRD verfehlte, wichtige Teilaspekte“ traf.<sup>11</sup> Wenn von marxistischer Seite – und nicht nur von ihr – der Begriff der Restauration Anwendung findet, so bezieht er sich auf die sozialökonomischen Strukturen, die entscheidenden Klassenverhältnisse, auf die Klassenherrschaft und ihre Attribute, auf die realen Machtverhältnisse. Der in diesem Sinne nachgewiesene Restaurationsprozeß verband sich – und das wurde nie in Abrede gestellt – mit neuen Formen bürgerlich-kapitalistischer Politik und Ideologie, insbesondere unter Zurückdrängung der preußisch-junkerlichen Herrschaftstraditionen.<sup>12</sup> In

<sup>5</sup> Ebenda, S. 48, 50.

<sup>6</sup> Richard Löwenthal, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Die zweite Republik, a. a. O., S. 609.

<sup>7</sup> Vgl. Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966; Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit, a. a. O.

<sup>8</sup> Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen, a. a. O., S. 48 ff.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 59.

<sup>10</sup> Richard Löwenthal, Prolog: Dauer und Verwandlung, in: Die zweite Republik, a. a. O., S. 10. (Im gleichen Sinne Schwarz sowie Manfred Hättich, Geschichtsbild und Demokratieverständnis, in: Die zweite Republik, a. a. O., S. 908 f.).

<sup>11</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>12</sup> Siehe Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung, a. a. O., S. 89 ff.

dieser Sicht handelt es sich eindeutig bei der Entstehung und Entwicklung der BRD um einen restaurativen Prozeß als grundlegendes Wertungskriterium und umfassendes Bezugssystem. Die in Aufsätzen geführte Auseinandersetzung der bürgerlichen Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft mit der Restaurationsproblematik, oder besser lediglich mit dem „Vorwurf“ der Restauration, spiegelt sich (bisher) nicht in ihren Geschichtsdarstellungen wider. Hier wird die Restaurationsfrage nicht problematisiert, ja kaum artikuliert. Die gesellschaftspolitischen Klassen- und Machtfragen werden an den Rand gedrängt und von den konzeptionellen Ansätzen, Leitlinien und Schwer-[116]punkten sowie den gesellschaftstheoretischen Grundlagen her aus diesem Geschichtsbild eskamotiert. Klassenauflösende „Industriegesellschaft“, „Sozialpartnerschaft“ bzw. soziale Konfliktregelung im Rahmen des gegebenen „Pluralismus“, über den Klassen stehende Demokratie- und Staatsentwicklung als explizite und implizite Leitlinien; die Darstellung des Handelns von Politikern wie Adenauer und Schumacher, der Entstehung der Länder,<sup>13</sup> des Aufbaus der Verwaltungen der Länder, der Bizone und Trizone,<sup>14</sup> der Entwicklung der bürgerlichen Parteien und der SPD unter dem Aspekt des bürgerlichen Parlamentarismus<sup>15</sup> als Schwerpunkte prägen den Hauptinhalt dieses Geschichtsbildes von der Entwicklung der Westzonen.

In den letzten Jahren sind zahlreiche Untersuchungen über Längsschnitte bzw. Einzelfragen der westzonalen Entwicklung erschienen, in denen teilweise wichtige neue Quellen erschlossen werden. Die überwiegende Anzahl dieser Darstellungen ordnet sich konzeptionell, durch Themenwahl, Ausrichtung und bewußte Beschränkungen, in die Grundlinie des herrschenden Geschichtsbildes ein und sucht sie direkt oder mittelbar zu untermauern, auch wenn das mitunter recht schwierig ist, wie bei der Behandlung der Entnazifizierung.<sup>16</sup> Zugleich treten neue Tendenzen in Erscheinung. Einmal werden, insbesondere von jüngeren Wissenschaftlern, Forschungsergebnisse vorgelegt, die Axiome des herrschenden Geschichtsbildes untergraben, zum anderen treten Autoren hervor, die – mit unterschiedlicher Konsequenz – ein alternatives Geschichtsbild entwickeln. In einigen Arbeiten finden sich marxistische Ansätze. Außerdem erscheinen eine Reihe von BRD-Wissenschaftlern geschriebene marxistische Arbeiten. Das herrschende Geschichtsbild wird jedoch – ungeachtet dessen – von der hier analysierten bürgerlichen Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft geprägt und über Schule und Massenmedien millionenfach propagiert bzw. kolportiert.

Nach wie vor große Schwierigkeiten bereitet der bürgerlichen Geschichtsschreibung die Darstellung des Problems der Spaltung Deutschlands, von Ursachen, Triebkräften und Verantwortlichkeiten in dem Sinne, wie sie sie für die Legitimierung des Weges vom „Reich zur BRD“ benötigt. Die Politik von KPD und SED war, in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen, auf die Errichtung eines demokratischen deutschen [117] Staates auf dem gesamten deutschen Nachkriegsterritorium gerichtet. Diese Zielsetzung wurde auch von bürgerlichen Demokraten und Patrioten, insbesondere in der CDU und der LDPD Ostdeutschlands, unterstützt. Zahlreiche Initiativen bezeugen das, vom Verfassungsentwurf der SED vom Herbst 1946 bis zur Volkskongreßbewegung. Demgegenüber steht die westzonale Separatpolitik der Westmächte und der führenden bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Politiker. So muß beispielsweise Schwarz eingestehen, daß Adenauer „früh“ und „kompromißlos für die Gründung eines *westdeutschen* Bundesstaates und für dessen unwiderrufliche

<sup>13</sup> Kurt Jürgensen, Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein unter dem Ministerpräsidenten Theodor Steltzer 1945-1947, Neumünster 1969.

<sup>14</sup> Vgl. z. B. Walter Vogel, Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil 1 (Schriften des Bundesarchivs, Nr. 12), Boppard am Rhein 1964; Tilman Pünder, Das Bizonale Interregnum. Die Geschichte des vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946 bis 1949, Waiblingen 1966.

<sup>15</sup> Vgl. z. B. Wolf-Dieter Narr, CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945, (West-)Berlin 1966; Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/Düsseldorf 1955; Hans Georg Wieck, Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958; ders., Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953; H. G. Schumann, Die politischen Parteien in Deutschland nach 1945, Frankfurt (Main) 1967.

<sup>16</sup> Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt (Main) 1972; Justus Fürstenau, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied/(West-)Berlin 1969.

Westbindung“ eintrat und sich „keine bessere Schützenhilfe“ wünschen konnte als die Kurt Schumachers und anderer rechter SPD-Führer.<sup>17</sup> Diese Tatsachen bereiten den bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibern der BRD nach wie vor große Schwierigkeiten. Mit allen möglichen Mitteln wird versucht, die Geschichte so darzustellen, als ob die Spalter Deutschlands in Wirklichkeit auch damals Verfechter der angeblichen „Einheit der Nation“ gewesen seien. Die Initiativen der SED werden als kommunistische Manöver abgewertet. Immerhin muß man einräumen, daß hinsichtlich der Schuldfrage in bezug auf die Spaltung Deutschlands „die Sowjetunion und die ostdeutsche Seite dokumentarisch den besseren Anschein für sich“ haben.<sup>18</sup>

Um dennoch die Politik Adenauers und Schumachers als unverzichtbaren Bestandteil für die Legitimationsthese zu rechtfertigen, wird das System einer hintergründigen Apologetik installiert. Mit Person und Politik Jakob Kaisers wird eine Alibifunktion aufgebaut, soll zugleich die drängende Frage nach historischen Alternativen zugunsten des Weges vom Reich zur BRD beantwortet werden. Für Schwarz ist Kaiser eine Schlüsselfigur deutscher Nachkriegspolitik, sein „Scheitern ein Testfall und eine Art Alibi. Wenn es nicht einmal ihm, dem relativ schmiegsamen, kompromißbereiten, Rußland mit Sympathie gegenüberstehenden Propagandisten einer Blockfreiheit Deutschlands gelang, die Sowjetunion von dem Vorhaben abzubringen, ganz Deutschland oder zumindest ihre Besatzungszone zu sowjetisieren, so war den Möglichkeiten dieser Politik damit das Urteil gesprochen.“<sup>19</sup> Der Weg zur BRD sei somit der einzig mögliche gewesen und seit Sommer 1947 zwangsläufig. [118] Gemäß ihrer zentralen Bedeutung wurde der Belegung dieser Grundthese eine vierhändige Kaiser-Biographie gewidmet. Werner Conze schrieb den dritten Band, der die Periode von 1945 bis 1949 im Wirken J. Kaisers behandelt.<sup>20</sup> Weder Schwarz noch Conze gelingt es, ihre These zu beweisen. Im Gegenteil, ihre Darstellungen weisen aus, daß Kaiser keineswegs eine in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen sich befindende demokratische Alternativpolitik zur Restauration in den Westzonen und zum Kurs auf Separatstaatbildung verfolgte, sondern von eindeutig antisowjetischen, konterrevolutionären und revanchistischen Positionen ausging. Er verfolgte eine unmittelbare Wiederherstellung der kapitalistischen Gesellschafts- und Staatsordnung auf dem Wege der Zonenvereinigung, die Rückgängigmachung antifaschistisch-demokratischer Veränderungen und die Revision der Oder/Neiße-Grenze.

Gegenüber dieser Pseudoalternative der Kaiser-Politik bestand, wie die marxistische Geschichtswissenschaft nachgewiesen hat, die echte historische Alternative darin, einen einheitlichen antiimperialistisch-demokratischen deutschen Staat im Rahmen eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit und Zusammenarbeit zu schaffen. Darauf zielten gleichermaßen die Deutschland- und Europapolitik der Sowjetunion und die Politik der SED ab. Diese Zielsetzung konnte sich auf das Potsdamer Abkommen als völkerrechtliche Grundlage stützen. Sie fand im deutschen Volk breite Unterstützung. Die Westmächte und die reaktionäre deutsche Großbourgeoisie, unterstützt von rechten SPD-Führern, fanden sich in einer antisowjetischen Politik des kalten Krieges zusammen, die zum Ziel hatte, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges mittels einer Politik der Stärke zugunsten des Imperialismus zu revidieren. Für diese Politik benötigten die Westmächte die Aufrechterhaltung ihres Einflusses auf ihre Besatzungszonen in Deutschland bzw. bedurften deren dauerhafter Einbeziehung in das imperialistische Paktsystem. Der USA-Imperialismus war keinesfalls bereit, seine Truppen aus Deutschland abzuziehen – im Gegenteil. Eine Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage, die Errichtung eines deutschen demokratischen Staates und der Abschluß eines Friedensvertrages waren mit diesem imperialistischen Kurs nicht mehr vereinbar. Die Alternative bestand in der Schaffung eines fest in das imperialistische Paktsystem integrierten west-[119]deutschen Separatstaates. Die politisch maßgebenden Kreise der deutschen Bourgeoisie paßten sich dieser Politik an bzw. ordneten sich in sie aktiv ein. Dabei war von Anfang an deutlich, daß der Kurs auf die Errichtung des westdeutschen Separatstaates und die damit verbundene Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus keine bloß restaurativ-konterrevolutionäre Defensivpolitik war, sondern von Anfang an darauf abzielte, einen imperialistischen deutschen Staat in den Vorkriegsgrenzen zu errichten – in Etappen und

<sup>17</sup> Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O., S. 425 u. 503.

<sup>18</sup> Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR, a. a. O., S. 30.

<sup>19</sup> Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O., S. 343.

<sup>20</sup> Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945 bis 1949, Stuttgart 1969.

unter Ablehnung jeder echten Verständigung mit den Vertretern der Ostzone bzw. der DDR. Rechte SPD-Führer entwickelten in diesem Zusammenhang eine illusionäre Magnettheorie von einer möglichen „Anziehung“ der Länder der sowjetischen Besatzungszone an die BRD. Diese Zusammenhänge werden von der bürgerlichen Geschichtsschreibung vertuscht und verfälscht.

Da man offensichtlich trotz aller, zum Teil raffinierter geschichtsfälschender Bemühungen selbst bezweifelt, die Schuldfrage an der Spaltung Deutschlands überzeugend im antikommunistischen Sinne darlegen zu können, möchte man diese Frage überhaupt nach Möglichkeit eskamotieren. Die Schuldfrage sei angeblich „wissenschaftlich nicht ergiebig“, behauptet Erdmann dreist und gottesfürchtig.<sup>21</sup> Mit der Hervorhebung Jakob Kaisers werden von Schwarz, Conze und anderen jedoch gleichzeitig ungewollte Fragen nach Alternativen im Jahre 1947 im Zusammenhang mit dem Ringen um eine nationale Repräsentation und die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz provoziert. Auch in einer von Conze angenommenen Dissertation müssen die Akzente für die Bewertung der Schuldfrage für das Scheitern der Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder, die Anfang April 1947 in München stattfinden sollte, gegenüber früheren Darstellungen wie der Deuerleins wesentlich verschoben, die Kompromißbereitschaft der Ministerpräsidenten der Länder der sowjetischen Zone zugegeben werden. Heraus kommt letztlich, daß die Mehrheit der Chefs der Länder der Westzonen den bizonalen Zusammenschluß unbedingt wollten, „wofür schon die Anwesenheit der ostdeutschen Ministerpräsidenten“ eine Gefährdung bedeutete.<sup>22</sup>

In den bürgerlichen Geschichtsdarstellungen muß zugegeben werden, daß die Westmächte auf der Konferenz des Rates der Außenminister in Moskau, die im März und April 1947 statt-[120] fand, von der Sowjetunion erpresserisch verlangten, ihre imperialistischen Pläne gegenüber Deutschland zu akzeptieren. Es muß ferner zugegeben werden, daß Amerikaner wie Briten, nachdem sie die Londoner Konferenz 1947 zum Scheitern gebracht hatten, in ihren Zonen begannen, umgehend ihre Vorstellungen von einem westdeutschen Separatstaat zu verwirklichen.

Man kommt in diesem Zusammenhang auch nicht daran vorbei, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik erst als Reaktion auf die Bildung eines Westzonenstaates erfolgte. In dem Bemühen, dies zu vertuschen, schlägt die Argumentation zum Teil unglaubliche Kapriolen. So sucht Deuerlein mit der Formulierung, die Sowjetunion habe den Westmächten bei dem Geschehen der Jahre 1948/49 „den Vortritt gelassen“<sup>23</sup>, den Eindruck zu erwecken, als habe die Sowjetunion ebenfalls zielstrebig eine ostdeutsche Staatsgründung vorbereitet. Da es dafür keine Beweise gibt, versteigt er sich zu folgender absurder Konstruktion: Die Tatsache, daß in zeitgenössischen Dokumenten und in marxistischen Darstellungen die antifaschistisch-demokratische Umwälzung als ein „gesetzmäßiger Ablauf“ interpretiert wird, beweise, daß die Gründung der DDR nicht zufällig, sondern zielstrebig erfolgt sei.<sup>24</sup>

Deuerlein „vergibt“ dabei, seinen Lesern zu erläutern, daß hier vom Wirken der objektiven historischen Gesetzmäßigkeit des antiimperialistischen Kampfes der Volksmassen die Rede ist, die 1945 nicht nur in Ostdeutschland, sondern in ganz Deutschland wirkte. Nolte wärmte jüngst ebenfalls wieder die These auf, die DDR sei nach 1945 zielstrebig installiert worden, und erhebt den Vorwurf eines angeblichen Zeit- und Bodengewinns an Staatlichkeit vor der BRD.<sup>25</sup>

Als Bestandteil der Konzeption des „normalen Weges vom Reich zur BRD“ wird jede reale Alternative gegenüber der Spaltung verneint und demgegenüber die These der angeblichen „Zwangsläufigkeit“ der Spaltung Deutschlands aufgestellt. Sie soll die Gründer des Westzonenstaats von der Schuld an der Spaltung Deutschlands befreien. Als Begründung für diese „Zwangsläufigkeit“ greift man wieder auf die Legenden von der sowjetischen „Expansion“ und von der Sowjetisierung zurück.

Unterschiede in den Darstellungen ergeben sich hinsichtlich [121] des Zeitpunktes für das Einsetzen dieser Zwangsläufigkeit. Für Rothfels, R. Wagner und K. D. Erdmann ist die Teilung und damit die

<sup>21</sup> Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, a. a. O., S. 758.

<sup>22</sup> Marie-Elise Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945-1947, Stuttgart 1974, S. 130.

<sup>23</sup> Ernst Deuerlein, DDR, a. a. O., S. 18; vgl. ferner: Tilman Pünder, Das Bizonale Interregnum, a. a. O.

<sup>24</sup> Ernst Deuerlein, DDR, a. a. O., S. 19.

<sup>25</sup> Ernst Nolte, Deutschland und der kalte Krieg, a. a. O., S. 259 ff.

Zwangsläufigkeit dieses Weges bereits 1945 eine grundlegende Tatsache, für Deuerlein ein noch untergründiger Prozeß, der erst später „offengelegt“ wird<sup>26</sup>, während es für Schwarz noch bis Anfang 1947 Alternativen gibt und der Weg zur Bundesrepublik erst 1947 zur Zwangsläufigkeit wird.<sup>27</sup> Indem er die imperialistische Spaltungspolitik rechtfertigt, meint schließlich Rothfels, einen eindeutigen Klassenstandpunkt formulierend, daß die „Teilung Deutschlands“ gegenüber der Möglichkeit seiner Einheit auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens „nicht das schlimmste“ gewesen sei.<sup>28</sup>

Die These der angeblichen „Zwangsläufigkeit“ der Errichtung des westdeutschen Separatstaates wird in jüngerer Zeit mehr oder weniger weitgehend auch von bürgerlichen Autoren in Zweifel gezogen. W. Grünewald wertet die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz als „verpaßte Gelegenheit“<sup>29</sup> und stellt die angebliche Zwangsläufigkeit der Westbindung in Frage. Darüber entspann sich eine heftige Kontroverse, in der Eschenburg, Krautkrämer und andere Exponenten des herrschenden bürgerlichen Geschichtsbildes gegen Grünewald zu Felde zogen.

Doch Restaurations- und Spaltungsapologie bildeten und bilden nach wie vor in der Dreieinigkeit mit der Fortschrittsverteufelung die historisch-politischen Komponenten des in der BRD herrschenden Geschichtsbildes. [122]

---

<sup>26</sup> Ernst Deuerlein, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, 2. Teil: Die Offenlegung der Teilung Deutschlands 1948/49, a. a. O.

<sup>27</sup> Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O.

<sup>28</sup> Hans Rothfels, Zeitgeschichtliche Betrachtungen, a. a. O., S. 250.

<sup>29</sup> Wilhard Grünewald, Die Münchner Präsidentenkonferenz 1947. Analyse und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens, Meisenheim am Glan 1971.



## **5. Das konterrevolutionäre Zerrbild der Geschichte und die Politik der herrschenden Kreise der BRD**

Unsere Analyse weist eindeutig aus, daß das bürgerliche Geschichtsbild der ersten Nachkriegsjahre, das in der BRD verbreitet wird, ungeachtet aller Modifizierungen und Modernisierungsversuche das geblieben ist, was es von Anfang an war: ein unwissenschaftliches Zerrbild, das den objektiven historischen Prozeß völlig unzureichend widerspiegelt und entstellt. Kern dieses Zerrbildes ist die Restaurationsapologie und Fortschrittsverteufelung in ihrem gegenseitigen Zusammenhang und mit einseitigem Bezug auf die politisch-ideologischen Bedürfnisse der herrschenden Kreise der BRD. Der Klassencharakter dieses Geschichtsbildes, seine politische Bindung und Funktion und die damit im Zusammenhang stehende historisch-politische Konzeption bestimmen die ihm zugrunde liegenden Leitlinien, Wertvorstellungen und Aussagen. Und da sich die Klassenherrschaft der Bourgeoisie im Gegensatz zu den entscheidenden Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche befindet, muß sich zwangsläufig ihr Geschichtsbild im Widerspruch zur historischen Objektivität befinden. Das trifft auf das bürgerliche Geschichtsbild der BRD im allgemeinen, auf das Geschichtsbild der Nachkriegsjahre im besonderen Maße zu. Die Hauptursachen liegen in der besonderen Konfrontation der imperialistischen deutschen Bourgeoisie mit der Entstehung und Entwicklung des sozialistischen deutschen Staates, der DDR, und in ihren besonderen Problemen bei der Vergangenheitsbewältigung. Mit dieser historisch-politischen Problematik verbindet sich diejenige der theoretisch-methodologischen Grundlagen, denn nicht nur politischer Standort und politische Zielfunktion versperren und versperren den Weg zur Erfassung der historischen Objektivität, insbesondere der historischen Objektivität der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen in Ostdeutschland bzw. [123] der volksdemokratischen Revolutionen und damit des Hauptinhalts dieser Jahre, sondern auch die mangelnde Wissenschaftlichkeit des theoretisch-methodologischen Instrumentariums, oder umgekehrt: Gerade die hohen Anforderungen, die die Nachkriegsjahre an ihre geschichtswissenschaftliche Bewältigung stellen, machen die Unwissenschaftlichkeit und damit die Grundlagenkrise bürgerlicher Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft besonders deutlich. Sie verdeutlichen ebenfalls die Unwissenschaftlichkeit bürgerlicher Gesellschaftstheorien, seien es solche der „sozialen Marktwirtschaft“, wie sie in den Nachkriegsjahren vorherrschten, oder solche, wie sie in „modernisierter“ Form in den sechziger und siebziger Jahren entwickelt wurden, vor allem die Industriegesellschaftslehre.

Die in den letzten Jahren innerhalb der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD geführten Diskussionen und Versuche, diese Grundlagenkrise zu überwinden, haben zu einem Vordringen „modernerer“ bürgerlicher Wissenschaftsmethodologie bzw. zu Erscheinungen der Modernisierung der bürgerlichen Geschichtsmethodologie geführt, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Vordringen der Struktur- und Sozialgeschichte.

Das zeigt sich auch im Geschichtsbild der Nachkriegsjahre, vor allem in Darstellungen, die von Vertretern der Politikwissenschaft, der Wissenschaft von der internationalen Politik, der Kommunismusforschung und der DDRologie angefertigt wurden. Die damit verbundenen Möglichkeiten zur Erfassung der historischen Objektivität werden jedoch methodologisch wieder entscheidend durch die idealistisch-subjektivistischen Grundpositionen bürgerlicher Struktur- und Sozialgeschichte eingeschränkt. Indem die bürgerlichen Vertreter der Strukturgeschichte die Gesellschaft nicht als einen Organismus mit einer Wechselwirkung der Teile und einer die Entwicklung dominierenden Grundstruktur auffassen, setzen sie an die Stelle des Faktenchaos des traditionellen Historismus das Chaos einzelner Strukturen. Das zeigte sich auch deutlich in einer Reihe von Darstellungen der Nachkriegsgeschichte, in denen einzelne Strukturen, wie die des politischen Systems, des Parteiensystems oder auch des Systems „kommunistischer Machtergreifung“ oder „Machtausübung“ isoliert untersucht werden. Es erwies sich, daß die in den letzten Jahren von der DDRologie angefertigten [124] historischen Komponenten zu Strukturanalysen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR keine wesentlichen Fortschritte im Sinne der Annäherung an die historische Objektivität der Nachkriegsjahre beinhalten. Der „immanente Historismus“ der Struktur- und Sozialgeschichte<sup>1</sup> ermöglichte

---

<sup>1</sup> Siehe Hans Schleier, Theorie der Geschichte – Theorie der Geschichtswissenschaft, a. a. O., S. 84.

die Durchsetzung der Tendenz der Integration sozialwissenschaftlicher Positionen und Methoden in die traditionelle bürgerliche Geschichtsschreibung der BRD, ihre „Modernisierung“, den Ausbau des Theorien- und Methodenpluralismus bei Beibehaltung der Grundpositionen des Historismus „... Zentrum der Historie ist nach wie vor die politische Geschichte, wenn auch in modernisierter Form (W. J. Mommsen, Hillgruber), die Ereignisgeschichte dominiert gegenüber der Strukturgeschichte als einer unteren Region, in der sich diese Ereignisse in der Tiefe auswirken (Th. Schieder) ...“<sup>2</sup>

Diese Feststellung Hans Schleiers trifft auch voll und ganz auf die bürgerlichen Darstellungen der Nachkriegsgeschichte zu. Weder von der politischen Geschichte an sich und im traditionellen Verständnis des bürgerlichen Historismus noch, von einer Teilstruktur aus ist ein wissenschaftliches Gesamtbild der Nachkriegsgeschichte möglich, das wiederum in dialektischer Wechselbeziehung Voraussetzung und Rahmen bildet, um auch Teilbereiche und Einzelereignisse exakt darstellen und bestimmen zu können. Dieses Gesamtbild wird von der Dialektik von Ereignis, Struktur und Entwicklung geprägt, deren treibende Kraft der Klassenkampf ist. Ohne eine allgemeine Theorie der Gesellschaft, ihrer Struktur und eine allgemeine Theorie der historischen Entwicklung der Gesellschaft sowie die Verbindung zwischen den Aktionen der Volksmassen und einzelner Persönlichkeiten und den Struktur- und Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft im allgemeinen und eine darauf aufbauende Epochentheorie im besonderen ist kein wissenschaftliches Gesamtbild der Nachkriegsgeschichte – und nicht nur dieser – möglich. An einem solchen geschichtlichen Gegenstand wie der deutschen Nachkriegsgeschichte, in dessen Mittelpunkt geschichtsverändernde Aktionen der Volksmassen und grundlegende Veränderungen wirtschaftlicher, politischer und geistig-kultureller Strukturen und Inhalte stehen, in denen sich der gesellschaftliche Organismus als Ganzes und in seinen Teilbereichen wandelt, wird die Unwissenschaftlichkeit bürgerlicher Geschichtsmetho-[125]dologie besonders deutlich. Der politische Auftrag der bürgerlichen Geschichtsschreibung, der in der Verteufelung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf dem Gebiet der DDR und in der Apologie des restaurativen Weges vom Reich zur BRD besteht, verbindet sich mit einem theoretisch-methodologischen Instrumentarium, das von sich aus ebenfalls dazu beiträgt, den Weg zur Erfassung historischer Objektivität zu versperren.

So konnten wir in unserer Analyse nachweisen, daß die von der bürgerlichen Geschichtsschreibung und politischen Wissenschaft vorgenommene Problematisierung der Grundfragen der deutschen Nachkriegsgeschichte, ihrer Inkubationsphase und der Entwicklung in Ostdeutschland nicht an die historische Objektivität heran-, sondern von ihr wegführt. Der Mangel an Objektivität und wissenschaftlicher Methodologie erreicht insbesondere bei der Behandlung der Politik der SED und der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen – ebenso wie bei der Behandlung der sozialistischen Umwälzungen – ein Ausmaß, für das sich selbst in der bürgerlichen Geschichtsschreibung kaum ein weiteres Beispiel finden läßt. Die bürgerliche Geschichtsschreibung ist in bezug auf das Geschichtsbild der Nachkriegsjahre von ihrer historisch-politischen Konzeption aus weder willens noch von ihrem theoretisch-methodologischen Instrumentarium her fähig, den revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus überhaupt zu erfassen und einigermaßen seriös darzustellen.

So kommt ein besonders grobschlächtig-antikommunistisches, simplifizierendes Geschichtsbild heraus, dem selbst die Methode bürgerlicher „Immanenz“-Kritik weitgehend fremd ist, wie sie seit Jahren in der DDRologie Anwendung findet.

Das Arsenal der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird, verbunden mit den Ziel- und Wertvorstellungen bürgerlicher Staats- und Gesellschaftslehren, dem historischen Objekt der Nachkriegsgeschichte in keiner Weise gerecht. Die Grundproblematik der Beseitigung von Faschismus und Militarismus und einer Demokratisierung von Wirtschaft, politischem System und des geistig-kulturellen Lebens wird nicht oder nur am Rande reflektiert. Der entscheidenden Frage, wie und auf welchem Wege diese historischen Aufgaben zu lösen waren, in welcher Beziehung die Politik der Siegermächte und der deut-[126]schen politischen Parteien und Kräfte zu ihnen stand, wird bewußt nicht nachgegangen. Damit werden die objektiven Kriterien für das, was demokratisch legitimiert war und

---

<sup>2</sup> Ebenda, S. 53.

was nicht, schon vom Ansatz her verfälscht. Die antifaschistisch-demokratischen Aufgaben werden, soweit überhaupt erwähnt, nicht als Klassen- und Machtfragen charakterisiert, ihr Charakter und ihr gesellschaftspolitischer Bezug, das heißt ihre antikapitalistische, prosozialistische Tendenz wird negiert. Die Problematik des Verhältnisses des Kampfes um Demokratie und des Kampfes um Sozialismus wird ausgeklammert. Statt einer auch nur ansatzweisen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Politik von KPD und SED sowie der Sowjetunion, der Problematik der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen tritt in den bürgerlichen Darstellungen das simple Schema „kommunistischer Machtergreifung“, der Sowjetisierung bzw. der Oktroyierung des Willens der kommunistischen Minderheit über die Mehrheit, einer „Revolution von oben“. Da der Klassenkampf, die Volksmassen als Triebkräfte der Geschichte von der bürgerlichen Geschichtsschreibung ebenso wie historische Gesetzmäßigkeiten ausgeklammert werden, werden Besatzungsmacht und KPD bzw. SED in ihrer Wirksamkeit ins Allmächtige übersteigert. Der historische Prozeß in Ostdeutschland wird subjektivistisch auf das Wirken dieser Kräfte bzw. Mächte reduziert, das wiederum undifferenziert und im Grunde unhistorisch dargestellt wird. Die DDRologie konnte den Standpunkt der „Allmacht des SED-Regimes“ bekanntlich nicht aufrechterhalten und mußte zur These übergehen: Erfolge der DDR durch die Tätigkeit der Werktätigen trotz SED oder noch größere Erfolge bei einer anderen „nationalkommunistischen“ oder liberalisierten SED! DDRologie und Geschichtsschreibung hüten sich wohlweislich, dieses Schema auf die revolutionären Umwälzungen anzuwenden und verharren hier bei ihrer simplen Allmacht-These. Daraus resultiert, wie wir in unserer Analyse nachwiesen, daß im Grunde die revolutionären Umwälzungen auf dem Gebiet der DDR als objektiver Prozeß und Forschungsgegenstand aus der bürgerlichen Forschung und Darstellung eliminiert werden.

Die Darstellung der Politik von KPD und SED sowie der Sowjetunion und der antifaschistisch-demokratischen Ordnung erfolgt nicht von objektiven historischen Kriterien aus, sondern [127] von den Ziel- und Wertvorstellungen bürgerlicher Staats- und Gesellschaftslehren und der Apologie der Politik der Westmächte, der westzonalen bürgerlichen Parteien und der Schumacher-SPD. Alles, was von der restaurativen Westzonenpolitik und ihrem Produkt, der kapitalistischen BRD, abweicht, wird einzig und allein an diesen Maßstäben gemessen und damit schematisch als undemokratisch, antifreiheitlich, totalitär, abnorm diffamiert. Ein solches Vorgehen ist wissenschaftsmethodologisch unhaltbar und kann nur zielbewußt zu einer globalen Fortschrittsverteufelung als Bestandteil der Restaurations- und BRD-Apologie, nie aber zu einem Geschichtsbild führen, das den Kriterien wissenschaftlicher Objektivität auch nur ansatzweise entspricht. Die Unwissenschaftlichkeit dieses Geschichtsbildes ergibt sich also nicht nur aus Verfälschung und Simplifizierung der Prozesse und Fakten der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen, sondern vor allem besonders deutlich aus der weitgehenden Ausklammerung dieser Problematik, einer unwissenschaftlichen konterrevolutionären Konzeption mit einem frappierenden „Mut“ zur Geschichtslücke. Was die Darstellung des Weges vom „Reich zur BRD“ anbetrifft, so ist sie zweifellos differenzierter geworden. Die bürgerliche Geschichtsschreibung sah sich hier veranlaßt, wenigstens in der direkten Auseinandersetzung und in wissenschaftlichen Artikeln die Restaurationsfrage zu problematisieren, ohne daß sich diese Fragestellung allerdings auf die konzeptionelle Anlage von Darstellungen bisher ausgewirkt hätte. Diese bleiben davon bisher unberührt im alten Fahrwasser des nur leicht modifizierten Geschichtsbildes des kalten Krieges.

Als die geschichtstheoretisch entscheidende Frage erweist sich auch bei der Darstellung der Nachkriegsgeschichte – im Zusammenhang mit dem Formations- und Epochenaspekt – die Problematik strukturell-genetischer Gesetzmäßigkeiten. Von ihrer Existenz und Wirkungsweise hängen wiederum Möglichkeit und Inhalt einer wissenschaftlichen Periodeentheorie ab, die gleichermaßen die Objektivität und Komplexität des historischen Prozesses, die Wechselwirkung gesellschaftlicher Teilbereiche und historischer Faktoren und die Aktionen der Volksmassen und Handlungen von Persönlichkeiten berücksichtigt. Nur die marxistische Geschichtswissenschaft ist in der Lage, ein komplexes wissenschaftliches Bild der Nachkriegsjahre zu [128] entwickeln, Existenz und Wirkungsweise der gesetzmäßigen Alternative von antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen oder Konterrevolution, Einleitung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus oder Restauration des Imperialismus, politischer Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten oder Herrschaft der Monopolbourgeoisie

und die damit zusammenhängenden Fragen von Bedingungen, Weg und Methoden herauszuarbeiten. Die Herausarbeitung und Berücksichtigung der strukturell-genetischen Gesetzmäßigkeiten ermöglicht es einerseits zu erklären und darzustellen, warum und wie auf dem Gebiet der DDR der Weg des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus mit Erfolg besritten werden konnte, warum und wie in den Westzonen Deutschlands bzw. der BRD andererseits die Restauration erfolgte. Dies war nicht nur einfaches Ergebnis einer restaurativen Politik, sondern Ergebnis der reaktionären Entwicklung in der Staats- und Machtfrage, des spontanen Wirkens solcher Strukturgesetze, wie des Gesetzes von Basis und Überbau sowie des Gesetzes von der aktiven Rolle des Überbaus usw. Die bürgerliche Geschichtsschreibung ist von ihrer Methodologie her auch hinsichtlich der Nachkriegsgeschichte grundsätzlich nicht in der Lage, ein wissenschaftliches Geschichtsbild zu entwickeln, das ohne Anerkennung historisch-gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten und einer Theorie der Geschichte bzw. der Geschichtsperioden nicht möglich ist.

Das bürgerliche Geschichtsbild der BRD der Jahre 1945 bis 1949 spiegelt in seiner Einseitigkeit und seinem Mangel an Wissenschaftlichkeit zugleich eine bestimmte Stufe der Aufarbeitung der Geschichte dieser Jahre wider. Sie ist hinsichtlich der Geschichte der damaligen sowjetischen Besatzungszone und damit hinsichtlich des historisch Neuen und Entscheidenden völlig unzureichend, desgleichen hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung zur BRD. Es wäre jedoch verfehlt, das bürgerliche Geschichtsbild dieser Jahre mit dem ungenügenden Grad der Aufarbeitung gerade der entscheidenden Probleme und Prozesse zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Denn dieses Zurückbleiben in der bzw. Ausweichen vor der Erforschung und Darstellung dieser entscheidenden Probleme und Prozesse ist ja selbst Ausdruck geschichts- oder politikwissenschaftlicher Konzeption und Methodologie. Und diese bewußten „Versäumnisse“ haben ja die Vertreter der bundesdeutschen Geschichts- [129] und Politikwissenschaft nicht daran gehindert, Gesamtdarstellungen dieser Periode vorzunehmen, die sie als Fachliteratur bzw. in Schulbüchern und in den Massenmedien mit dem Anspruch auf grundlegende Gültigkeit und Richtigkeit verbreiten.

Das bürgerliche Geschichtsbild in der BRD über die Nachkriegsperiode von 1945 bis 1949 hat bereits eine eigene Wissenschaftsgeschichte, die aufs engste mit der Entstehung und Entwicklung der BRD und der Politik ihrer herrschenden Klasse bzw. der sie repräsentierenden politischen Kräfte verbunden ist.

Das zeigt sich besonders deutlich an der Behandlung der Geschichte der Entstehung und Entwicklung der DDR. Solange die herrschenden Kreise der BRD ihre illusionäre aggressive Politik der Stärke und des Tages X gegenüber der DDR betrieben, schien eine nähere Beschäftigung mit der DDR unnötig, und die DDR-Forschung wurde stark vernachlässigt. Die Veränderung, die hier als Konsequenz der neuen strategischen Situation der herrschenden Kreise der BRD, mit der Entwicklung der DDRologie als eigener Wissenschaftsdisziplin in der BRD vor sich gegangen ist, ist noch nicht bis in die Geschichtsdarstellung durchgeschlagen. Aber die bürgerliche Geschichtsschreibung der BRD wird nicht an einer ernsthafteren und intensiveren Beschäftigung mit der DDR-Geschichte vorbeikommen. Das wiederum wird nicht nur zu raffinierteren Verfälschungen der objektiven historischen Realität, zur „besseren“ Fortschrittsverteufelung und Restaurationsapologie führen, sondern sicher auch neue Widersprüche aufbrechen, neue Differenzierungen entstehen lassen – als Ausdruck der Krise und der Defensive, in der sich die bürgerliche Geschichtsschreibung, insbesondere die der neuesten Zeit, befindet.

Das Ergebnis unserer Analyse des in der BRD herrschenden bürgerlichen Geschichtsbildes über die Nachkriegsjahre besteht nicht nur in dem überzeugenden Nachweis seiner Unwissenschaftlichkeit, seiner Diskrepanz zum objektiven historischen Prozeß. Natürlich ist dieser Nachweis notwendig und wichtig, aber es geht dabei nicht schlechthin darum, diese Diskrepanz nachzuweisen, sondern sie zu charakterisieren. Das bürgerliche Geschichtsbild der BRD ist – entgegen allen Beteuerungen seiner Exponenten – parteilich, es dient – unmittelbar oder vermittelt – den Interessen der herrschenden Klassen der BRD [130] und ihrer Politik. Beim Nachkriegsgeschichtsbild ist das objektiv und auch subjektiv – durch die Stellung seiner Exponenten in der Staats- und Gesellschaftsordnung, die zugleich der Geschichtsgegenstand ist – in besonderem und unmittelbarem Maße der Fall. Dieser Zusammenhang konnte nachgewiesen werden. Und es zeigt sich, daß wie in der Vergangenheit so auch

in der Gegenwart die spezifische Situation des westdeutschen Imperialismus, die spezifische Interessenlage der herrschenden Klassen der BRD und ihre politischen Leit- und Zielvorstellungen das bürgerliche Nachkriegsgeschichtsbild beherrschen. Die halbherzige Wende zur Entspannung und Anerkennung der friedlichen Koexistenz, verbunden mit dem Festhalten an wesentlichen Axiomen ihrer sogenannten Deutschlandpolitik und an einer Verteufelung der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR, bestimmt auch den Hauptinhalt, die Leitlinien, Wertvorstellungen und Zielfunktionen des bürgerlichen Geschichtsbildes über die Nachkriegsjahre von 1945 bis 1949.

Natürlich schließt die friedliche Koexistenz den Klassenkampf, die ideologische Auseinandersetzung auch in Zukunft nicht aus, sondern ein, und damit auch eine historische Kritik der Entstehung und Entwicklung der DDR im bürgerlichen Geschichtsbild, ebenso natürlich eine historische Kritik der Entstehung und Entwicklung der BRD, der Politik ihrer herrschenden Klassen im marxistisch-leninistischen Geschichtsbild. Das in der BRD vorherrschende bürgerliche Geschichtsbild über die Nachkriegsjahre ist jedoch nicht durch mangelnde Wissenschaftlichkeit schlechthin charakterisiert, die der bürgerlichen Geschichtsschreibung ebenso immanent ist wie die zwangsläufige Diskrepanz zum objektiven historischen Prozeß, sondern letztlich durch blindwütige Reaktion und Verteufelungs- und Vernichtungsentention gegenüber dem historischen Fortschritt, vor allem auf deutschem Boden in Gestalt der sozialistischen DDR. Dieses Geschichtsbild ist noch weitgehend vom Geist, von Ziel-, Leit- und Wertvorstellungen des kalten Krieges geprägt, insbesondere von einem simplifizierenden und militanten Antikommunismus. Es spiegelt auf seine Weise die Tatsache wider, daß die Ära des kalten Krieges in den herrschenden Kreisen der BRD und ihrer Politik noch keineswegs wirklich überwunden ist, daß im Zuge einer Tendenz des Bodengewinns für die [131] um die CSU bzw. CDU/CSU gruppierten Kräfte die entspannungsfeindlichen Umtriebe erneut zunehmen. Und das charakterisierte Nachkriegsgeschichtsbild, mit nur geringen Unterschieden zwischen seinen mehr konservativen oder mehr sozialliberalen Exponenten, wirkt seinerseits zurück und tendenziell ebenfalls entspannungsfeindlich.

Das in der BRD vorherrschende bürgerliche Geschichtsbild über die Nachkriegsjahre ist, bei allen Modifikationen, in seinem Wesen zutiefst entspannungsfeindlich. Die Exponenten der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD haben die jüngste Vergangenheit, die Ära des kalten Krieges, nicht überwunden und bewältigt. Das bleibt festzuhalten, davor muß gewarnt werden, und es muß sorgfältig beobachtet werden, ob sich im bürgerlichen Geschichtsbild der BRD Tendenzen zeigen, die eine Überwindung dieser Ausläufer des kalten Krieges und eine echte Hinwendung zur Entspannung und friedlichen Koexistenz signalisieren. Natürlich wird auch ein solcherart verändertes Geschichtsbild ein bürgerliches Geschichtsbild mit immanenter Diskrepanz zur historischen Objektivität bleiben, das einer prinzipiellen wissenschaftlichen Kritik unterzogen werden muß. Die ideologische Auseinandersetzung wird ja durch friedliche Koexistenz keineswegs aufgehoben. Dennoch – im Interesse der Sicherung von Frieden und Entspannung ist es keineswegs gleichgültig, mit welcher Politik die bürgerlichen Klasseninteressen verfolgt werden, und es ist keineswegs gleichgültig, in welcher Weise das bürgerliche Geschichtsbild diese Klasseninteressen reflektiert.

Das die Szenerie der BRD – auf dem Büchermarkt, im Lehrbetrieb und auch in den Massenmedien – noch immer beherrschende bürgerliche Geschichtsbild, in dessen Mittelpunkt in Wechselwirkung mit der Restaurationsapologie und historischen Legitimierung der BRD die Verteufelung der DDR und des Sozialismus steht, ist ein ernster Hinweis auf die Gefahren für die Fortführung des Entspannungsprozesses in der BRD, es ist eine ideologische Waffe jener Kräfte, die der Entspannung offen oder verdeckt entgegenarbeiten.